

Rinderspacher, Jürgen P.

Working Paper

Zeitwohlstand in der Moderne

WZB Discussion Paper, No. P 00-502

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rinderspacher, Jürgen P. (2000) : Zeitwohlstand in der Moderne, WZB Discussion Paper, No. P 00-502, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50297>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Veröffentlichungsreihe der Querschnittsgruppe **Arbeit & Ökologie**
beim Präsidenten des
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

P00-502

Zeitwohlstand in der Moderne

Jürgen P. Rinderspacher



Berlin, im Februar 2000

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, 10785 Berlin
Telefon: (030) 254 91-0

Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

Im WZB sind auf Initiative des Präsidenten „Querschnittsgruppen“ zu Themen eingerichtet worden, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden neu ausgerichtet auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin, deren Erforschung von der Verknüpfung unterschiedlicher abteilungsspezifischer Kompetenzen profitieren kann. In Querschnittsgruppen werden auf Zeit problembezogene Forschungs Kooperationen organisiert.

Die Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie konzentriert ihre Aktivitäten in den Jahren 1998 und 1999 auf ein Forschungsprojekt, das soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zum Untersuchungsgegenstand hat. Es wird in einem Forschungsverbund mit den Kooperationspartnern Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) gefördert. An dem Projekt „Arbeit + Ökologie“ beteiligen sich seitens des WZB Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten. Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit“) und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt“) koordinieren die Querschnittsgruppe und leiten das Forschungsprojekt, an dem auch externe Experten beteiligt sind.

Über die Arbeitsergebnisse wird fortlaufend in WZB-discussion-papers informiert. Eine Übersicht der bisher erschienenen Papiere findet sich am Ende des vorliegenden papers.

Weitere Projektinformationen sind im Internet unter <http://www.wz-berlin.de/aoe/> und <http://www.a-und-oe.de> erhältlich.

Verbundprojekt „Arbeit + Ökologie“

Die Gewerkschaften haben im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Ihre Suche nach einer sozial-ökologischen Reformstrategie steht unter der Prämisse, daß ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleichwertig verfolgt werden müssen, wobei erhebliche Defizite bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeitskonzepten konstatiert werden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei Forschungsinstitute DIW, WI und WZB mit ihren jeweils spezifischen fachlichen Kompetenzbereichen zum Forschungsprojektverbund „Arbeit + Ökologie“ zusammengetan. Dessen Hauptziel ist es, soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zu untersuchen. Damit soll die Diskussion in Deutschland mit neuen Aspekten belebt und den Gewerkschaften eine fundierte Grundlage für ihren Strategiebildungsprozeß geboten werden.

Dabei wird sich das Forschungsprojekt auf drei Leitfragestellungen konzentrieren: (1) das Verhältnis zwischen den sozialen Implikationen von Nachhaltigkeitsstrategien und gewerkschaftlichen Zielen, (2) die Bausteine einer sozial-ökologischen Reformstrategie und (3) die Rolle der deutschen Gewerkschaften in einem gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Das Projekt ist in die folgenden drei, zeitlich gestaffelten Phasen gegliedert:

Querschnittsanalysen: Sie dienen der Erfassung und Klärung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Nachhaltigkeit und Arbeit, die sich aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht ergeben. Hierbei wird es auf der Makroebene etwa um Fragen von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung, sozialer Sicherheit und Ressourcenverbrauch gehen; auf der Mikroebene werden neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten, das Verhältnis von formeller und informeller Arbeit sowie sozial-ökologische Innovationspotentiale untersucht. Die Analyseergebnisse sollen Grundlagen für die Beurteilung von Szenarien schaffen und der Formulierung von Strategien dienen.

Szenarioanalysen: Um dem Spektrum verschiedener Positionen in der Nachhaltigkeitsdiskussion gerecht zu werden, sollen zwei unterschiedliche Nachhaltigkeitsszenarien entwickelt und analysiert werden. Das sogenannte ökonomisch-soziale Szenario (DIW) geht von der ökonomischen Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftspolitik aus, während das sogenannte ökologisch-soziale Szenario (WI) auf der ökologischen Kritik vorherrschender umweltrelevanter Politikmuster basiert. Als Hintergrundfolie für die Beurteilung dieser beiden Nachhaltigkeits-szenarien dient ein sogenanntes angebotsorientiertes Kontrastszenario (DIW), das auf einer Fortschreibung bisher dominierender wirtschaftspolitischer Konzepte beruht.

Erarbeitung von Strategieelementen: Die Bewertung der Szenarien nach (aus den Querschnittsanalysen gewonnenen) ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien der Nachhaltigkeit soll Zielkonflikte und -synergien aufdecken und damit der Strategieformulierung dienen. Diese können – gemeinsam mit weiteren Strategien, die aus der Analyse von Konfliktpotentialen und aus den Querschnittsanalysen gewonnen wurden – einen Beitrag für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen sozial-ökologischen Reformstrategie liefern.

Arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalysen

Der Versuch, soziale Interessenlagen und gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken mit ökologischen Anforderungen in Verbindung zu bringen, stößt unmittelbar auf die tiefe Trennung der gesellschaftlichen Systemlogiken (Ökologie, Ökonomie, Soziales), die in den gültigen Regelungssystemen, den Strategien und Maßnahmen der gesellschaftlichen Akteursgruppen in den jeweiligen Politikfeldern und auch in den Köpfen der Wissenschaftler eingeschrieben ist. Obwohl immer wieder Initiativen zur Verknüpfung von Arbeit und Ökologie gestartet werden, sind diese bisher punktuell und widersprüchlich geblieben. Das Beispiel der Beschäftigungswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen ist hier das prägnanteste. Eine systematische Analyse der Vielfalt und der Vielschichtigkeit der Zusammenhänge steht bisher aus.

Zur Überwindung dieser Segmentierung, und um die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Ökologie zu erfassen, führt das WZB für den arbeitspolitisch-sozialen Teil des Forschungsvorhabens eine breite Überblicksanalyse zu den Berührungspunkten zwischen Arbeit und Ökologie durch, die durch drei Politikfelder geprägt werden: den Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit (Wettbewerbsmodelle), der Stellung der Arbeit in Nachhaltigkeitskonzepten bzw. ihre arbeitspolitischen Folgen und den Zukunftserwartungen an Arbeit, wie sie von der Arbeitsbevölkerung und ihren Interessenvertretungen gesehen werden (Wohlstandsmodelle).

Mit dieser Vorgehensweise soll (a) die ganze Breite arbeitspolitischer Gestaltungsfelder durchgeprüft werden, um sicherstellen, daß auch die eher indirekten ökologischen Voraussetzungen und Folgen arbeitspolitischer Strategien erfaßt werden, (b) die verschiedensten Wechselwirkungen analysiert werden, ohne sie aus den arbeitspolitischen Bewertungszusammenhängen zu lösen, sowie (c) durch die breite Überblicksanalyse alle für eine gewerkschaftliche Nachhaltigkeitsstrategie relevanten Felder und Strategien ausfindig gemacht werden, d. h. sowohl Bereiche hoher Synergie wie auch Bereiche absehbarer Konflikte.

Aufgrund der Wahl eines breiten, überblicksanalytischen Ansatzes ergab sich notwendigerweise das Problem der Strukturierung und Bündelung der zahlreichen Themenbereichsanalysen. Hierzu wurden fünf Themenfelder konstruiert, in denen Detailanalysen anzufertigen waren, die um Überblicksanalysen ergänzt werden. Die Themenfelder lauten:

- I. Arbeit im und durch Umweltschutz
- II. Risiken und Chancen in der Erwerbsarbeit, neue Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse
- III. Gesundheitsschutz – Arbeitsschutz – Umweltschutz
- IV. Neue Formen der Arbeit und der Versorgung
- V. Neue Regulierungsformen

Die arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalyse des WZB stellt mit ihrer Vielzahl von Bereichsanalysen durch die analytische Erschließung des Zusammenhangs von Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit mit den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung unter Einbeziehung der subjektiven Wertvorstellungen zu Arbeit einen eigenständigen Forschungsschritt dar. Mit der Veröffentlichung der einzelnen Studien werden die Resultate der arbeitspolitisch-sozialen Querschnittsanalysen einer breiten Diskussion zugänglich gemacht.

P00-502

Zeitwohlstand in der Moderne

Jürgen P. Rinderspacher*

* Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bochum

Zusammenfassung

Der Begriff Zeitwohlstand findet zunehmend Verbreitung, ohne daß dem bisher ein ausgearbeitetes Konzept zugrunde liegt. Im vorliegenden Papier wird eine makrosoziologische und -ökonomische Präzisierung versucht und dabei paradigmatisch auf die Modernisierungsdiskussion der vergangenen Dekade Bezug genommen. Ein historischer Abriss entfaltet die These, daß für vorindustrielle Gesellschaften das dringliche Problem ihrer Wohlstandsmaximierung in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln bzw. Gebrauchsgütern bestand, während in der Zweiten Moderne die Knappheit der Zeit in den Vordergrund rückt. Zeit als solche, genauer: die möglichst weitgehende Disposition über die „eigene“ Zeit wird als solche zu einem Konsumgut. Der Wohlstand einer Gesellschaft bemißt sich dann an einem – wie immer verstandenen – ausgewogenen Verhältnis zwischen der Verfügung über Güter und über Zeit. Die Frage ist, wie ein solches Optimum hergestellt werden kann und vermittelt über welche Institutionen dieser Prozeß in Zukunft gesteuert werden sollte. In der Ersten Moderne wurde Zeitwohlstand wesentlich über sogenannte zeitliche Areale realisiert. In einer säkularisierten, pluralen Gesellschaft selbstbewußter Individuen findet eine solche kollektive Regelungsstruktur aus unterschiedlichen Gründen jedoch nicht mehr nur Zustimmung bei den Beteiligten. Unter anderem drücken sich diese Interessengegensätze in den Diskussionen über die Flexibilisierung der Arbeitszeiten aus, die Teil des Prozesses der Modernisierung der Moderne sind. In der Neuformulierung eines gesellschaftlichen Rahmenvertrages über die Nutzung der Zeit liegen Chancen, aber auch Risiken, da dessen Nebenfolgen weniger als bisher kalkulierbar sind.

Abstract

Although the expression, *Zeitwohlstand*, literally “time abundance” (referring to “free time”), has come increasingly into use, there is no fully developed formal concept that underlies it. In this paper I attempt to define the term more precisely, from the standpoint of macro-sociological and macro-economic theory, and I try to develop a “time abundance” model based upon the on-going modernization debate of the past ten years. A brief survey of history suggests that the most pressing problem for pre-industrial societies was how to maximize public welfare in terms of food supply and provision of consumer goods, whereas, during the second period of modernization, “scarcity of time” has moved to the forefront public welfare concerns. Time – or, more precisely, the greatest possible freedom of disposition over one’s own time – has become a (a highly valued) consumer good. A society’s prosperity is measured according to the balance between the availability of goods (and services) and its individual members’ ability to dispose over their own free time. What is at issue, here, is, first of all, how to achieve the optimal balance and, second, which institutions shall be designated to direct this process in the future. In the first period of modernization time abundance or free time accumulated essentially according to so-called time areas. However, in a secular, pluralistic society, among self-assured individuals, this kind of collective regulatory structure is no longer acceptable. Conflicting interests find ex-

pression in the debate over flexibility of work time and they are a part of the (further) modernization process today. To reform the basic societal contract over the use of time carries the promise of benefit; at the same time, however, it entails some risks whose side-effects will be even less calculable than heretofore.

Inhalt

Einleitung: Zeitwohlstand und Modernisierung	1
1 Zeit und Moderne – der innere Zusammenhang	3
1.1 Was heißt Modernisierung?	3
1.2 Die Zeit des Individuums	9
1.3 Zukunft, Fortschritt, Hoffnung	12
2 Wohlstand durch rationelle Zeitwirtschaft	15
2.1 Zeit für den gerechten Tausch: Die zivilisatorische Dimension	15
2.2 Gütermangel beseitigen durch Zeitwirtschaft	16
3 Arbeitszeitpolitik als Modernisierungsprogramm	21
3.1 Arbeitszeit als Errungenschaft: Sicherheit und Gerechtigkeit	21
3.2 Zeitpolitische Ziele der Gewerkschaften	23
3.3 Horizonte im Wandel	28
3.4 Zielkonflikte als Ausdruck der Modernisierung	31
4 Zeitwohlstand in der Zweiten Moderne	34
4.1 Herstellung einer arealen Zeitordnung	34
4.2 Zeitliche Areale – Kosten und Nutzen	39
4.3 Zeitgewinn für Zeitkonsum	43
4.4 Funktionswandel der Zeitinstitutionen	48
4.5 Arbeitszeitpolitik zwischen Defensive und Offensive	56
5 Die Arbeit am Zeitwohlstand als Risiko	58
Literatur	65

Einleitung: Zeitwohlstand und Modernisierung

Der Aufbruch der vorindustriellen Gesellschaft in ein neues Zeitalter, das später als das der Moderne bezeichnet werden sollte, wurde durch eine ganze Reihe von Kräften und bewegenden Momenten hervorgerufen. Zu diesen gehörte die Ausbreitung und wachsende Bedeutung von „Zeit“, genauer: von unterschiedlichen, großenteils neuartigen zeitlichen Bezugssystemen im Leben der Menschen. Der enge, systematische Zusammenhang von Modernisierung und Verzeitlichung der Gesellschaft läßt sich sowohl im historischen Rückblick als auch an den Veränderungen in der Gegenwart verdeutlichen. „Die Zeit“ – eine genauere Differenzierung erfolgt im Verlauf dieses Beitrages – erscheint sowohl als eine Voraussetzung wie als Folge der Modernisierung: Ohne die bewußte Anwendung zeitlicher Rationalkriterien in Wirtschaft und Gesellschaft wäre eine wie auch immer verstandene Modernisierung Europas nicht denkbar gewesen. Umgekehrt ist die Ausdifferenzierung von Zeitstrukturen in der elaborierten Form, in der sie uns heute als ein „Netz der Zeit“ vorliegt, nur als Element eines umfassenden gesellschaftlichen Projekts, dem der Modernisierung, denkbar.

Mit ihrer Ausdifferenzierung seit der Industrialisierung ist „Zeit“ aber nicht nur relevant als äußerer Bezugsrahmen, gewissermaßen als zeitliches Gelände der industriellen Produktion und des modernen Alltagslebens. Die Verfügung über Zeit und die Qualität der verbrachten Zeit sind mit der allgemeinen Anhebung des Wohlstandes nun selbst zu einem Ziel des Wirtschaftens und damit zu einem käuflichen Produkt geworden. Die Nutzung der Zeit mit dem Ziel höchstmöglichen Wohlbefindens ist Gegenstand und Ziel wirtschaftlicher Aktivität. Während die Verfügung über die eigene Zeit in den vormodernen Gesellschaften den Eliten vorbehalten war, ist dies nun breiteren Schichten möglich.

Zu dem klassischen Ziel wirtschaftlicher Aktivität, der Herstellung von Gütern und Leistungen, ist mit der fortschreitenden Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft also ein weiteres hinzugetreten. Der Wohlstand einer modernen Gesellschaft drückt sich schon lange nicht mehr nur in der Verfügung über Güter, sondern in wahrscheinlich ebenso großem Umfang in der über Zeit aus. Man kann diesen Zusammenhang theoretisch als eine Erweiterung des traditionellen Wohlstandsverständnisses um die Zeitkomponente verstehen und unter dem Begriffspaar Güterwohlstand – Zeitwohlstand diskutieren.

Dieses Konzept geht auf die achtziger Jahre zurück. Der Autor hatte seinerzeit im Kontext der Forderung nach einem alternativen Wohlstands begriff hierzu erste konzeptionelle Überlegungen vorgelegt. „Das Richtige im richtigen Moment tun zu können – darin besteht der Zeitwohlstand in einem System der Ökologie der Zeit“ (Rinderspacher 1985, S. 297). Was dies im einzelnen bedeuten, worin Zeitwohlstand genauer bestehen könnte, sollte einer späteren Ausarbeitung vorbehalten bleiben. Infolge der Entwicklung der Arbeitszeitsysteme in der letzten Dekade hat der Begriff

Zeitwohlstand sich als eher umgangssprachliche Beschreibung für all die angenehmen Dinge, die man sich von einer Modernisierung der Arbeitszeiten erhofft, zwar verbreitet, eine theoretische Fundierung steht jedoch nach wie vor aus. Dies wurde besonders deutlich in den Diskussionen der Workshops im Projekt „Arbeitsstile – Lebensstile – Sustainability“ (ALS) am Wissenschaftszentrum Berlin, einem von der HBS geförderten Projektverbund, der sich über mehrere Jahre empirisch und theoretisch mit der Perspektive nachhaltiger Arbeitszeitsysteme im Modernisierungsprozeß beschäftigt hat. Unter anderem hieraus entstand für den Autor der Anstoß zur längerfristigen Weiterarbeit am Thema Zeitwohlstand. Das vorliegende Papier versteht sich als vorläufige Zusammenfassung einiger noch keinesfalls gesicherter Zwischenergebnisse und will im wörtlichen Sinne als Discussion Paper verstanden sein, das zum weiteren Nachdenken und Forschen anregt. Weitere Aspekte des Themas unter stärkerer Berücksichtigung der Flexibilisierungsdiskussion der letzten zwei Dekaden werden in einem Beitrag für den Sammelband des ALS-Verbundes behandelt (Hiel-scher/Hildebrandt 2000), der in Kürze erscheint.

1 Zeit und Moderne – der innere Zusammenhang

1.1 Was heißt Modernisierung?

Im Kontext der neueren Arbeitszeitdiskussion (Zühlke-Robinet 1997) wird, wenn von einer Veränderung zeitlicher Strukturen die Rede ist, immer öfter von „zeitlicher Modernisierung“ gesprochen. Die gegenwärtigen Modernisierungsstrategien in Wirtschaft und Gesellschaft deuten darauf hin, daß die Gestaltung von Zeitstrukturen nicht nur ein Randphänomen ist – und es möglicherweise nie gewesen ist –, sondern eine Schlüsselfunktion im kommenden Modernisierungsprozeß haben könnte.

Der Sprachgebrauch im öffentlichen Diskurs suggeriert, jede zeitliche oder sonstige Innovation sei zwangsläufig eine Modernisierungsmaßnahme. Indem fast alle gesellschaftlichen Kräfte – auch die, die sich einst als konservativ bezeichneten – sich neuerdings als Protagonisten der Modernisierung verstehen möchten, erscheint es kaum noch möglich, eine politische oder wirtschaftliche Strategie auszumachen, die sich *nicht* explizit hieraus begründen würde (vgl. hierzu Offe 1986, S. 97ff.). Der Bereich der Zeitgestaltung macht dabei keine Ausnahme. Ist überhaupt (noch) eine Veränderung von Arbeitszeiten, Betriebszeiten, Ladenöffnungszeiten, aber auch eine Veränderung von Geschwindigkeiten, z. B. von Arbeitsgeschwindigkeiten, Transportgeschwindigkeiten oder eine Beschleunigung des Datentransports (vgl. Rinderspacher 1997a), denkbar, die nicht zugleich als Fortschritt im Prozeß der Modernisierung reklamiert würde? Insbesondere die Flexibilisierung der Zeiten scheint geradezu ein Synonym für deren Modernisierung wie auch für die Modernisierung der Gesellschaft im allgemeinen zu sein.

Der Gebrauch des Modernisierungsbegriffes bezieht sich auf eine von zwei konträren Modernisierungsvorstellungen, die ihrerseits in zahlreichen Einzeltheorien ausgearbeitet vorliegen. Die eine Konzeption behauptet eine sogenannte „weitergehende Modernisierung“, ein Konzept, das im wesentlichen auf der Vorstellung einer ohne qualitative Sprünge verlaufenden Entwicklung beruht und darauf vertraut, daß für die mit der Modernisierung entstehenden neuen Probleme auch stets adäquate Lösungen bereitstehen, die sich im realhistorischen Prozeß als die besten im Wettbewerb behaupten können (vgl. Zapf 1990). Moderne Gesellschaften werden von Zapf charakterisiert „durch die Grundinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft und der Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat ..., und die These lautet, daß Gesellschaften, die diese Institutionen entwickeln, erfolgreicher, anpassungsfähiger, d. h. moderner sind als solche, die das nicht tun.“ Die genannten seien die Basisinstitutionen, *innerhalb* (nicht außerhalb) derer um Innovation gekämpft werde. „Inklusion, Wertegeneralisierung, Differenzierung, Statusanhebung sind die Mechanismen des sozialen Wandels. Dies nenne ich weitergehende Modernisierung im Doppelsinn von Richtungskonstanz und Strukturverbesserung“ (ebd., S. 34-35).

Diesem steht das alternative Konzept der „Zweiten Moderne“ gegenüber, das eben jenen linearen Entwicklungsgang der Dinge vehement bestreitet und mit Blick auf die Nebenfolgen des Industrialisierungsprozesses gerade die Unerläßlichkeit einer qualitativ neuen Entwicklungslogik und -richtung betont, soll das Überleben der Menschheit auch nur als wahrscheinlich gelten dürfen. Inzwischen verbindet sich diese Denkrichtung einer alternativen Entwicklungslogik, ob zu Recht oder zu Unrecht, sei dahingestellt (vgl. Weiß 1998), mit den Namen Beck und Giddens. Beck (1990, S. 40) unterscheidet zwischen „einfacher und reflexiver Modernisierung. Einfache Modernisierung meint Rationalisierung der Tradition, reflexive Modernisierung meint Rationalisierung der Rationalisierung“. Und weiter: „Modernisierung wurde bislang immer in Abgrenzung gedacht zur Welt der Überlieferungen und Religionen, aus den Zwängen der unbändigen Natur. Was geschieht, wenn die Industriegesellschaft sich selbst zur Tradition wird?“ (ebd.) „Rationalisierung der Rationalisierung“ sei ein Schlüsselthema angesichts der globalen Herausforderungen der Industriegesellschaft. Pointiert faßt Beck zusammen, welche theoretischen Ansätze der Theorie der reflexiven Moderne untereinander konkurrieren. Er wirft diesen vor, „daß ihnen der diagnostische Biß“ fehle: Gegen Krisentheorien wende die Theorie ein, „daß die drängenden Fragen nicht Ausdruck von Krisen, sondern vom Siegen des Industrialismus sind. Gegen den Funktionalismus behauptet sie die Selbstdemoralisierung der Industriegesellschaft. Gegen Theorien der Postmoderne besteht sie darauf, daß die Moderne erst beginnt. Und gegen die Theorien von sozialen und ökologischen Grenzen verweist sie auf den Prämissen- und Koordinatenwandel der industriellen Moderne“ (ebd., S. 50).

Während Beck von der Industriegesellschaft als „Erster Moderne“ spricht, neigt Giddens eher zu deren Charakterisierung als „posttraditionale Gesellschaft“. „Die Moderne zerstört die Tradition. Dennoch (und dies ist von großer Bedeutung) war das Zusammenwirken von Moderne und Tradition für die früheren Phasen der Moderne (bestimmend), in denen ... Risiken noch kalkulierbar waren“ (Giddens 1996, S. 169). Zwar ist auch nach Giddens in der darauffolgenden Phase die Unmittelbarkeit des gesellschaftlichen Zusammenhalts aufgebrochen, die Frage nach dem Gemeinsamen, nach dem Wir, damit als solche aber nicht obsolet. „Eine Gemeinschaft muß in einem sehr fundamentalen Sinne in einer ‚Welt‘ sein, sie muß ‚geweltet‘ sein. Selbst Reflexivität muß im Zusammenhang von Gemeinschaft ‚in der Welt‘ sein ... Gemeinschaftliches Wissen ist vielmehr hermeneutisches Wissen und nur dann möglich, wenn der Erkenntnissuchende sich in derselben Welt befindet und unter den Dingen und anderen menschlichen Lebewesen ‚wohnt‘, deren Wahrheit er sucht. Gemeinschaft bedeutet keine ständige Problematisierung des Signifikanten, sondern ist in geteilten Bedeutungen und selbstverständlichen lebensgeschichtlichen Praktiken verwurzelt. Die gemeinsamen Praktiken finden hier ihren Zweck“ (Giddens 1996, S. 269). Hierzu stellt Giddens ausführlich die verschiedenen Formen von Reflexivität in unterschiedlichen Epochen dar (vgl. ebd., S. 270f.). Diese Suche nach den Konstitutionsbedingungen der Gemeinschaft jenseits der gewachsenen Gemeinschaften früherer Perioden wird im Zusammenhang der neueren Arbeitszeitdiskussion, auf der Suche nach der gemeinsamen Zeit in der Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft (vgl. Rinderspacher 1987, 1999) eine zentrale Rolle spielen.

Aus Becks Sicht unterscheidet sich seine Position von der Giddens' darin, daß dieser der von ihm, Beck, gestellten Frage danach, was sich auflöst, „wie kein zweiter“ die Frage entgegenstelle, was (danach neu) entstehe. Dies tue er dadurch, daß er die Rolle *institutioneller* Reflexivität betone sowie die Möglichkeiten des „aktiven Vertrauens“, das gerade nicht mehr abgerufen, sondern erst erzeugt werden müsse. Giddens unterschätze jedoch die Bedeutung der Pluralisierung von Rationalitäten und Wissensakteuren und die Schlüsselrolle gewußter und verdrängter Nicht-Wissensarten, die überhaupt erst die Diskontinuität „reflexiver Modernisierung“ begründeten (Beck 1996, S. 9). Leider wird weder bei Giddens noch bei Beck so recht deutlich, ob neue Gesellschaftsformationen gleichsam mit dem Gewicht einer historischen Gesetzmäßigkeit auf uns zukommen oder ob wir im Gegenteil gehalten sind, diese neue Form der Moderne erst durch unseren politischen Gestaltungswillen herbeizuführen, ansonsten es bei der Ersten Moderne bliebe.

Wenn es um die Anwendung der unterschiedlichen Grundansichten über Modernisierung auf das Thema Arbeitszeiten geht, stellt man erstaunliche Übereinstimmungen fest. Sowohl die Anhänger einer „weitergehenden“ als auch die einer „reflexiven“ Modernisierung thematisieren deren Zukunft nach einem sehr einfachen Muster, indem nämlich der eine Typus von Arbeitszeiten als „starr“ charakterisiert und der traditionellen Moderne, der andere als „flexibel“ und damit der modernisierten Moderne zugeschlagen wird. Im Anschluß hieran wird die flexible Form als die eindeutig bessere gegenüber der starren Tradition dargestellt. Die „starr industriellen Zeitstrukturen“ bzw. das gesamte Zeitregime der ersten Moderne seien aus unterschiedlichen Gründen „den modernen Anforderungen“ nicht mehr gewachsen. Daher müsse dies, wo immer möglich, ersetzt werden durch ein gesellschaftliches Zeitsystem, das sich zum einen den wirtschaftlichen Erfordernissen flexibel anpassen könne (vgl. Hartz 1996) und das zum anderen bedürfnisbezogene zeitliche Optionen ermögliche (Mückenberger 1998). Das meint im Klartext die Flexibilisierung der gesamten Arbeits- und Lebenswelt. Trotz sehr unterschiedlicher politischer Provenienz finden sich diesbezüglich bei diesen hier pars pro toto genannten Autoren erstaunliche Übereinstimmungen, wenn es um die Aufhebung der von beiden beklagten Starrheit der Zeit geht, zumindest solange man eine bestimmte Abstraktionsebene nicht verläßt. Wenn auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher Weltansichten scheint Einigkeit darüber zu bestehen, daß ganz generell ein Mehr an zeitlicher Handlungsfreiheit in Wirtschaft und Gesellschaft einen Gewinn darstelle.

Unterschiedlich fällt dagegen das Urteil über den einzuschlagenden Weg der zeitlichen Modernisierung aus der Sicht der beiden Ansätze aus, wenn es um die Geschwindigkeit unserer Alltagsorganisation, etwa des Transportwesens u. a. m. geht oder um eine Integration technischer und natürlicher Rhythmen im Alltag mit dem Ziel der umfassenden Entzeitlichung der Gesellschaft (vgl. Nowotny 1989; Reheis 1998; Rinderspacher 1985, 1997a). Hier stehen die Befürworter der voranschreitenden Modernisierung in der Tradition des Weiter, Höher, Schneller und betrachten das damit einhergehende quantitative Wachstum letztlich als einen Wohlstandsgewinn. Wie etwa der Konflikt um den Hochgeschwindigkeitszug Transrapid deutlich macht, sind die Gräben an dieser Stelle sehr tief.

Einigkeit besteht demgegenüber darin, daß sich die Arbeit der Modernisierung in einer aktiven Umgestaltung der Dinge ausdrückt. Das passive Zusehen oder das Belassen der Dinge, so wie sie sind oder sich ohne menschliches Zutun entwickeln könnten, gilt für beide als die schlechtere Alternative. Die Modernisierungstheorien eint die Vorstellung, Veränderung an sich sei ein positiver Wert. Dieser Grundüberzeugung entsprechend setzt jede Modernisierung die ausdrückliche Absicht eines personalen oder institutionellen Protagonisten einer Veränderung voraus. Das gilt selbstverständlich auch für die Modernisierung der Zeiten. Diese ist dann mit anderen Worten angewandte Zeitpolitik (vgl. den Überblick bei Eberling/Henckel 1997; Rinderspacher 1997b). Dagegen wären Zeitstrukturen (wie auch andere Strukturen), die sich ganz ohne menschliches Zutun verändern, nicht als Modernisierung anzusprechen. Etwas komplizierter wird der Fall, wenn, wie unten noch zu diskutieren ist, eine bestehende Zeitinstitution (z. B. der arbeitsfreie Sonntag) in ihrer jetzigen Form nur durch *aktive* politische Unterstützung *konserviert* werden kann, ansonsten sie durch veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen erodieren würde.

Soll Modernisierung nicht bloß ein triviales Synonym für jede Art von Veränderung vorfindlicher Strukturen, d. h. für sozialen Wandel sein, muß bestimmt werden, welche Arten zeitlicher Innovation denn ausdrücklich als *nicht* modern aufzufassen wären. Nach meinem Verständnis gilt als Minimalbedingung, daß Modernisierung nur als Ergebnis von Modernisierungspolitik sinnvoll zu denken ist, was impliziert, daß es einen oder mehrere Akteure geben muß, die mit bestimmten Zielsetzungen und Interessen eine Innovation vorantreiben. Modernisierung der Zeiten hieße dann, daß gesellschaftliche Akteure entweder nach Maßgabe ihrer Partikularinteressen oder aber der Staat unter der Überschrift des Gemeinwohls bestehende Zeitstrukturen verändern (vgl. Rinderspacher 1997b).

Die permanente Ermöglichung des Neuen ist von Beginn an der übergreifende Bezugspunkt jedes Programms der Modernisierung gewesen. Modernisierung ist, wie sich hier andeutet, kein inhaltlich bestimmtes Konzept, das mit konkreten Bildern vom guten Leben aufwartet, wenngleich im historischen Verlauf die betroffenen Menschen bzw. Nationen mit zum Teil massiven Versprechungen, ja mit „Großen Erzählungen“ von einer besseren Welt zum Aufbruch ins Ungewisse überredet worden sind. Ebenso wie die Modernisierung Akteure benötigt, ist sie aber auch ein Selbstläufer, ein im Grunde nicht mehr aufhaltbarer historischer Prozeß. Dessen Botschaft besteht darin, sich dem „Weitergehen“ nicht zu verschließen, da alle anderen Optionen die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern würden. Insofern bleibt der Modernisierungsprozeß als solcher mit seinem formalen Imperativ „Der Veränderung den Weg bereiten“ ziemlich alternativlos.

Zum Teil ersetzt der Modernisierungsbegriff den in Verruf gekommenen alten Fortschrittsmythos, und zwar sowohl in seiner kapitalistisch-industrialistischen wie ehemals sozialistisch-industrialistischen Gestalt. Das Ende der Wohlstandsgesellschaften bzw. der Wohlfahrtsstaaten und die Kritik am linearen Wachstum seit den Tagen des Club of Rome haben tiefgreifende Zweifel bei den Akteuren über die Gradlinigkeit bzw. noch grundsätzlicher über die Linigkeit des Weges in die Zukunft aufkommen lassen. Der rechte Weg des Fortschritts erschien einst relativ sicher, nun aber ist er

der Diskussion um die Weggabelungen der verschiedenen Entwicklungspfade hinein in eine plötzlich für wesentlich weniger kalkulierbar gehaltene Zukunft gewichen (vgl. Rinderspacher 1997a). Und mit dem Theorem der reflexiven Modernisierung ist selbst die beruhigende Vorstellung der Linigkeit – d. h. eines wenn auch inhaltlich nicht vorhersehbaren, so doch wenigstens auf einer fiktiven Geraden immerhin *voranschreitenden* Prozesses, einer Entwicklung hin zum Höheren und Besseren – gewichen. Es erscheint plötzlich als eine Entdeckung, daß andere, nicht-lineare Konzeptionen vom Gang der Gesellschaft möglich sind, Wege, die nicht aus dem bisherigen Gang der Geschichte mehr oder weniger eindeutig zu extrapolieren sind (vgl. Rapp 1992). Was heute kaum jemand wahrhaben will: Noch in den sechziger Jahren galten nicht nur Fortschritt, sondern auch Modernisierung lediglich als Nachvollzug einer ehernen historischen Gesetzmäßigkeit, die zur höheren Entwicklung aller Völker der Erde drängt (vgl. Bendix 1969).

Bei beiden genannten Modernisierungs-Konzeptionen bleibt unklar, ob es sich entweder um *Beschreibungen* bestimmter realhistorischer Vorgänge handelt bzw. um die Herausarbeitung ihrer immanenten logischen Abläufe, die dann als Modernisierung gedeutet werden, oder aber um politische Programmatiken (vgl. Weiß 1998). Im ersten Fall wäre der Modernisierungsansatz zugleich eine Theorie über die Entwicklungsgesetze der Geschichte. Im zweiten Fall wäre Modernisierung ein anderer Begriff für eine politische Utopie, in der die historischen Ereignisse nur als Beispiele verwendet werden können, um die Plausibilität des Modernisierungsprogramms zu erhöhen.

Wichtig wäre es in diesem Zusammenhang, zu unterscheiden, ob eine Modernisierungstheorie *tatsächliche* Vorgänge beschreiben will oder sich eher als ein Rahmenkonzept zur *Deutung* eines vermeintlich real abgelaufenen historischen Prozesses versteht. Dabei ist klar, daß beide, die Realität und ihre Deutung, häufig untrennbar ineinander übergehen. Nach meinem Verständnis ist die Moderne bzw. die Modernisierung für sich ja keine Tatsache, vielmehr nur der Versuch einer theoretischen Beschreibung und Interpretation historischer Tatsachen bzw. künftiger Entwicklungspfade, die ihrerseits wieder eine eigene Wirkungsgeschichte aufweisen. Wir sprechen, wenn wir über Modernisierung reden, also letztlich über die *Plausibilität eines (oder mehrerer) Deutungsmuster(s) einer Gesellschaft bezüglich ihres eigenen Werdeganges*. Und es ist klar, daß je nach Interessenlage unterschiedliche Interpretationen darüber bestehen, was gewesen ist, was heute ist und was in Zukunft möglich sein kann, d. h. über Möglichkeiten, Wahrscheinlichkeiten und Grenzen der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse. Der Modernisierungsprozeß ist also seinem Wesen nach ein *diskursiver Vorgang der Selbstbeschreibung und Wegbeschreibung* einer Gesellschaft. Diese Feststellung ist, wie zu zeigen sein wird, auch für die Beurteilung des Weges der Zeitorganisation einer Gesellschaft von großer Bedeutung.

Der Modernisierungsprozeß schlägt sich mit anderen Worten zum einen nieder als der Vorgang der Veränderung von *Sozialstrukturen*, d. h. der tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, zum anderen aber auch als der ebenfalls in der (Ideen-)Geschichte verlaufende Prozeß der *Deutung* der vorfindlichen „realen“ Prozesse – einschließlich der Herleitung gesellschaftlich anerkannter Regeln und Normen für das

Voranschreiten der Gesellschaft in eine ihr ungewisse Zukunft. Diese zweite Ebene des Modernisierungsprozesses kann man als die *semantische* Behandlung der Thematik des gesellschaftlichen Wandels bezeichnen. (vgl. Luhmann 1992, S. 11ff.). Modernisierung ist damit also sowohl ein realgeschichtlicher als auch ein ideengeschichtlicher Vorgang, der impliziert, daß Geschichte mit Blick auf zukünftige Problemstellungen oder Interessenlagen ständig neu interpretiert und geschrieben wird. Dies gilt insbesondere für das Stadium der reflexiven Moderne.

Nicht zufällig haben sich die aufbrechenden Gesellschaften Mitteleuropas, wo sie sich selbst beschrieben haben, auf ein Zeitschema bezogen. Dieser Zustand hält seit der Aufklärung und dem Durchbruch des Fortschrittsdenkens an. Luhmann sieht darin eine gewisse Verlegenheit der nachtraditionalen Gesellschaft, sich selbst *positiv* zu bestimmen. „Sie (die Gesellschaft) kann sich noch nicht ausreichend begreifen, also markiert sie ihre Neuheit durch Abstempelung des Alten und verdeckt damit zugleich die Verlegenheit, nicht zu wissen, was eigentlich geschieht. – Wenn die moderne Gesellschaft sich selbst als modern titulierte, identifiziert sie also sich selbst mit Hilfe eines Differenzverhältnisses zur Vergangenheit. Sie identifiziert sich in der Zeitdimension ... Ob wir wollen oder nicht: wir sind nicht mehr, was wir waren, und wir werden nicht mehr sein, was wir sind ... Es geht ... (in der Moderne, J. R.) um ein ständiges Erzeugen von Anderssein“ (1992, S. 14f.).

Dieses unstillbare Veränderungsbedürfnis bezieht sich auf beide Ebenen, die der tatsächlichen Veränderung harter *Strukturen* der Wirklichkeit wie auf die eher weichen, aber nicht weniger im Wandel begriffenen *semantischen* Bewältigungsversuche dieser Vorgänge durch Erklären. Die Ebene der Deutungen zielt aber durchaus auf eine aktive Beeinflussung der Realität in Form globaler Leitbilder, eben in der Absicht, sie realgeschichtlich wirksam werden zu lassen. Das galt für die traditionelle Modernisierungstheorie mit ihrem linearen Modell des Voranschreitens oder der „weitergehenden Modernisierung“ (Zapf 1990, S. 35, vgl. auch 1969, 1990, S. 23ff.) nicht weniger, als es für die Theorie der „reflexiven Modernisierung“ gilt. So etwa, wenn Beck (1990, S. 40ff., 1993, S. 40ff.) explizit die Politisierung aller Lebensverhältnisse fordert.

Hieran wird deutlich, daß „Modernisierung“ ein im doppelten Sinne aus der Zeit (im Sinne einer Dynamisierung aller Verhältnisse) und in die Zeit (in die Epoche) hinein geborenes Konzept ist, das als solches ständigen Wandlungen ausgesetzt ist bis hin zu seinem möglichen Verfall. Die Veränderungen der Modernisierungskonzepte selbst, ihre Entwicklungen auf der Zeitachse, bieten damit immer wieder die Möglichkeit von Neuinterpretationen dessen, was gewesen ist, so auch der „Geschichte der Zeit“ von ihren Anfängen über die Phase der klassischen Industrialisierung bis hin in die Zweite Moderne. Wenn es zutrifft, daß die Zeit und die Zeitstrukturen der Gesellschaft wesensmäßig eine soziale Konstruktion sind (vgl. Elias 1984; Rinderspacher 1985; Nassehi 1993), dann kann Zeit ebenfalls nicht ohne die Einbeziehung von Modernisierungstheorien verstanden werden. Denn die Zeit (und ihre unterschiedlichen Konkretionen, wie etwa in den uns umgebenden Arbeitszeitsystemen oder Öffnungszeiten) ist, wie noch weiter zu erläutern ist, selbst ein Kind der Moderne.

Im weiteren soll, im Bewußtsein dieser Schwierigkeiten, der Versuch unternommen werden, die Veränderungen der Gesellschaft im Umgang mit der Zeit mit Blick auf

die Entstehung einer Konstruktion wie „Zeitwohlstand“ nachzuzeichnen. Darüber hinaus soll aber auch der parallel dazu verlaufende Wandel der globalen gesellschaftlichen Interpretationsmuster und Leitbilder berücksichtigt werden, also die innerhalb einer gesellschaftlichen Epoche jeweils bereitstehenden Schablonen der Deutung der vor sich gehenden Veränderungen im Umgang der Menschen mit der Zeit.

1.2 Die Zeit des Individuums

Eine – wie auch immer verstandene – Modernisierung der abendländischen Gesellschaft wäre nicht denkbar gewesen ohne einen tiefgreifenden Umbruch im Verhältnis der Menschen zur Zeit. Das meinte vor allem einen bewußteren Umgang mit der Zeit, bis hin zu ihrer systematischen Bewirtschaftung, und dies nicht nur im ökonomischen Sektor, sondern bezogen auf den Alltag und den gesamten persönlichen Lebenskontext. Schon in den frühen städtischen Gesellschaften des 14. Jahrhunderts (vgl. Aries/Duby 1991) verbreiten sich Verhaltensweisen der Bewohner, die ganz allgemein auf „Bewirtschaftung“ abstellen. Viele Dinge werden als eine Ressource entdeckt, die vorher als solche noch nicht erkannt waren (Borst 1983, S. 37). Die Handlungen der Menschen richteten sich nun stärker an Zweck-Mittel-Relationen aus. Dies ist in vorindustriellen außerstädtischen Gesellschaften nicht nur nicht selbstverständlich, sondern wird im Kontext religiöser Vorschriften u.ä. häufig sogar ausdrücklich in Abrede gestellt (vgl. Weiß 1998). Erst allmählich gilt rationales Handeln als legitim – eine Voraussetzung, um sich an einem abstrakten Zeitgerüst und den damit verbundenen Anforderungen an das eigene Verhalten zu orientieren. Die Gesellschaft benötigt ein globales Rahmenkonzept und ein entsprechendes Leitbild. So bildet sich die Uhrzeit Schritt für Schritt als ein mächtiges Instrument der Rationalisierung des Verhaltens heraus, wie umgekehrt die Rationalisierung des Verhaltens eine Voraussetzung darstellt, um sich in das mit der Moderne bzw. der Industrialisierung allmählich entstehende, immer engmaschiger werdende Netz der Zeit einfügen zu können.

Nach Borst (1983) beginnt die europäische Welt im 15. Jahrhundert aufzubrechen. In den Städten entsteht ein neues Bürgertum, das Protagonist des Neuen wird. „Wie sehr sich unter der Decke nicht nur die politisch-gesellschaftlichen, sondern auch die mentalen Verhältnisse verändert haben, verrät das Auftreten der schicksalsschwersten Erfindung der ganzen Epoche, der Pendelgewichtuhren und der Uhren mit mechanischer Hemmung“. Sie bringe „etwas gänzlich Neues: die exakt meßbare und exakt beherrschende Zeit“ (Borst 1983, S. 37). Die Erziehung einer Bevölkerung, die die psychische und physische Beschaffenheit aufweist, um diesen Rationalitätskriterien zu entsprechen, war und bleibt über Jahrhunderte eine gewaltige zivilisatorische Aufgabe (vgl. Kuchenbuch/Sokoll 1990; Kößler 1997), wie etwa auch in der Gegenwart noch die Schwierigkeiten zeigen, sogenannte weniger entwickelte Länder der westlichen Zeitdisziplin anzupassen (vgl. Wendorff 1989).

Die Zurichtung von instrumentalisierbaren Menschen, die in ein durchrationalisiertes Zeitschema passen und am Ende so intrinsisch motiviert sind, daß sie selbst in ihrem je individuellen Verhalten, mit ihren konkreten alltäglichen Einzelentscheidungen, zu

Protagonisten eines durchrationalisierten Alltags werden, ist eines der großen, epochalen Projekte an der Schwelle zur Neuzeit gewesen (vgl. Thompson 1967). Dabei hat bekanntlich die religiös bzw. protestantisch begründete Umerziehung der Menschen im Einflußbereich der Kirchen hin zu einem rational bestimmten Lebensstil (vgl. Schluchter 1988) den Vorgang der Verzeitlichung des Alltagslebens erheblich vorangetrieben und der zielgerichteten Verwendung der Zeit teilweise den Status einer Heilslehre verliehen (vgl. Seyfarth 1973).

Der neue Mensch der Moderne unterschied sich von seinen Vorfahren vor allem auch dadurch, daß er ein *Bewußtsein der eigenen Subjektivität* ausbildete (Guttandin 1980; Gröll 1991). Er löste sich aus seinem angestammten Sozialverband als selbstbewußtes Individuum heraus (vgl. Borst 1983, S. 47). Das relativ unhinterfragte Einhalten alltäglicher institutionalisierter Verhaltensmuster, wobei man einfach nur dumpf das Verhalten der anderen Mitmenschen zu imitieren brauchte, um im Doppelsinn des Wortes auf der Höhe der Zeit zu sein, wurde im Verlauf des Zivilisationsprozesses abgelöst durch sehr viel bewußteres Agieren (vgl. Elias 1977; Loewenstein 1990, S. 221ff.). *Zeitbewußtsein* wird nun ein wesentliches Element des neu entstehenden Selbst- oder Individualbewußtseins. Freilich war dieses Selbstbewußtsein nicht vergleichbar mit dem in der Zweiten Moderne. Doch immerhin galt bereits die Erkenntnis, daß das Individuum innerhalb gewisser Grenzen für sein persönliches Verhalten und damit für seinen Umgang mit der individuellen Lebenszeit selbst verantwortlich sei.

Die Alltagsorganisation hatte sich nun mit Blick auf eine Ziel-Mittel-Relation zu rechtfertigen. Dafür stehen als plastischer Beleg die zahlreichen Aufrufe von Industriellen und Predigern an das Volk seit Mitte des 18. Jahrhunderts, mit der Zeit sparsam umzugehen, etwa die berühmte Formel von Benjamin Franklin. Der kalkulatorische Verwendung der Zeit als neuer Globalanspruch ist sicher kein unwesentlicher Motor für die Konstitution der Menschen als selbstverantwortliche Wirtschaftssubjekte sowie als eigenständige Rechtspersönlichkeiten gewesen – Dinge, die zunächst vor allem als Konstruktionen der Vordenker der Moderne existierten und nur bei den höheren Ständen im Ansatz realisiert war. Umgekehrt setzt die Aufforderung, mit seiner Zeit zu wirtschaften, ein hohes Ausmaß an Autonomie voraus. Beides entwickelt und verstärkt sich im Verlauf des Modernisierungsprozesses. Dessen Ergebnis ist vor allem die Vermassung eines Selbstbewußtseins sowie in enger Verbindung damit eines Zeitbewußtseins, das zuvor den gesellschaftlichen Eliten vorbehalten war.

Die tiefgreifende Rationalisierung der traditionellen Gesellschaft führt dazu bzw. besteht darin, die „Verhältnisse zu entzaubern“, wie Max Weber es formuliert hat. Damit ist gemeint die Tendenz, die Dinge, so wie sie sind oder wie sie sein sollten, einer Begründung zu unterziehen, sie ihrer Selbstverständlichkeiten zu entkleiden (vgl. Habermas 1988, S. 162ff., auch Schluchter 1988). Die Selbstverständlichkeiten und Unhinterfragbarkeiten traditionaler Sinn- und Begründungsstrukturen werden mit dem Anbrechen der Neuzeit ersetzt durch ein vernunftbasiertes Begründungsschema, das nun eine Voraussetzung darstellt, um Dinge sinnhaft erscheinen zu lassen. Obwohl „Irrationalitäten“, wie etwa die charismatisch begründete Herrschaft, nicht verschwinden, gewinnen doch Zweck-Mittel-Relationen an Bedeutung.

Der moderne, „zeitgemäße“ Mensch besitzt also erstens ein Bewußtsein seiner eigenen Subjektivität und zweitens ein grundsätzlich positives Verhältnis zu den verschiedenen Ausprägungsformen rationalen Handelns, das nicht zuletzt ein Ergebnis religiöser Einflüsse des neuzeitlichen Protestantismus ist. Dabei ist im Zuge des epochalen Umerziehungsprozesses der europäischen Modernisierung stets ein Heilsversprechen mit im Spiel gewesen als Begründung dafür, warum eine „methodische Lebensweise“ der Gesellschaft als Ganzer und der Individuen notwendig und sinnvoll sei. Es war dies immer der Verweis auf Zukünftiges – entweder in Form des ewigen Lebens oder der Erwartung einer materiellen und kulturellen Höherentwicklung der Menschheit (vgl. unten sowie die Darstellung bei Habermas 1988, S. 299ff.).

Dabei spielt es keine Rolle, daß, wie Max Weber schon befürchtete, der große Internalisierungsprozeß von Rationalität und Aufklärung am Ende ganz andere Folgen gezeitigt hat, als die Protagonisten der Moderne intendierten. „Am Ende bleibt das religiös artikulierte Bedürfnis, das der Antrieb zu allen Formen der Rationalisierung gewesen ist, unerfüllt zurück, nämlich der Anspruch, ‚daß der Weltverlauf, wenigstens soweit er die Interessen der Menschen berührt, ein irgendwie *sinnvoller Vorgang sei*‘. Das Paradoxe an der gesellschaftlichen Rationalisierung sei die Erfahrung der ‚Sinnlosigkeit der rein innerweltlichen Selbstvervollkommnung zum Kulturmenschen‘, des letzten Wertes also, auf welchen die Kultur reduzierbar schien“ (Weber 1965, S. 569 bei Habermas 1988, S. 330). Wenn man so will, beruht der Zwang, den sich die Menschen angetan haben, indem sie allmählich die Zeit als eine der Basisstrukturen ihres rationalen Handelns akzeptieren lernten, auf einer großen Illusion. Damit erscheint die aufkommende Verzeitlichung der Gesellschaft in gewissem Sinne zunächst durchaus als Nebenfolge der Modernisierung der frühen Epoche – die sich im weiteren Verlauf der Sozialgeschichte, wie noch zu zeigen ist, zu einem eigenständigen Ziel, ja zu einem Substitut für den ursprünglichen Perfektionierungsgedanken, der die Welt zunächst revolutionierte, geworden ist.

Allerdings hat, wie Giddens hervorhebt, die Industriegesellschaft oder „Erste Moderne“ gerade auch davon profitiert, daß sie die Hinterfragbarkeit nicht zu weit getrieben und sich noch einige Refugien an Mythen und Mysterien bewahrt hat, sich also im Grunde bei weitem nicht radikal modernisiert hat (Giddens 1996; auch Beck 1993; Buchholz 1989; Dubiel 1992). Die sogenannten aufgeklärten Gesellschaften leben zum Teil noch immer von Voraussetzungen, die sie selbst nicht hervorbringen können; so etwa die durch keine genuin moderne Letztbegründung zu ersetzende Religiosität (Berger 1994). Die Moderne bringt jedoch neue Institutionen hervor, die diesem neuen, entzauberten Weltbild entsprechen, aber auch neue Mythen begründen.

Wie auch immer, eine Folge der Rationalisierung ist die zunehmende Infragestellung tragender sozialer Institutionen. Ihre Anerkennung aufgrund der Tatsache ihrer bloßen Existenz schwindet, nicht nur bei gesellschaftlichen Eliten. Soziale Bindungen werden immer öfter begründungsbedürftig, aber auch begründungsfähig, wie etwa die Existenz und Integration des Individuums in den Familienverband bzw., je nach Blickwinkel, die Möglichkeit seiner Herauslösung aus demselben. Das in der Entstehung begriffene Individuum kann sich mit der Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in materieller Hinsicht von Unterstützungsleistungen genealo-

gisch begründeter Sozialverbände zunehmend unabhängig machen. Das Ganze wird dadurch beschleunigt, daß die Schaffung von Institutionen der individuellen Daseinsvorsorge im Laufe der Industrialisierung voranschreitet, vor allem seit sich die Gewerkschaftsbewegung formiert hat (Renten-, Arbeitslosen-, Krankenversicherung etc.). Individualisierung ist also sowohl eine generelle, immanente logische Konsequenz des Voranschreitens einer sich modernisierenden, verbürgerlichenden Gesellschaft als auch ein praktisch gelebtes Massenphänomen, welches seinerseits jedoch abhängig ist von der Verfügbarkeit sehr handgreiflicher Ressourcen für den einzelnen Menschen.

Es läßt sich bis hier festhalten: Mit dem Wandel der basalen Weltsicht seit Beginn der Moderne, vor allem seit der Aufklärung in Verbindung mit einem fundamentalen Wandel der Sozialstrukturen entsteht und verfestigt sich erstmalig ein emphatisch *individuelles* Verhältnis der Menschen zur Zeit. Jeder Mensch verfügt nun, dem geltenden Konstrukt zufolge, über seine „eigene“ Lebenszeit, die erst unter diesen Voraussetzungen als individueller Anspruch oder Besitz gedacht werden kann. In der sozialen Realität entwickeln sich die Dinge zunächst sehr langsam oder sogar im Widerspruch dazu, denn der relativ (!) großen zeitlichen Freiheit der bäuerlichen oder handwerklichen Existenz der Vormoderne (die zu jener Zeit allerdings als solche von den Menschen noch gar nicht registriert werden konnte) folgten zunächst die zeitlichen Zwänge der Hausindustrie (Verlagswesen) und anschließend die zeitliche Despotie der Fabrikherren. Die „eigene“ Zeit diente den abhängig arbeitenden Individuen also erst einmal dazu, sich diese auf den entstehenden Arbeitsmärkten gegen Geld oder für materielle Gegenwerte abkaufen zu lassen.

1.3 Zukunft, Fortschritt, Hoffnung

Zukunftserwartung und Fortschrittsglaube waren von Beginn an unverzichtbare Elemente der Modernisierung, um nicht zu sagen die eigentlichen Katalysatoren des Umbruchs. Das läßt sich leicht anhand ideen- und sozialgeschichtlicher Fakten nachvollziehen. Im 18. Jahrhundert, insbesondere in Frankreich, bildete sich die auch politisch sehr einflußreiche Vorstellung heraus, daß die Geschichte einem Ziel zustrebe und der Mensch als Gattungswesen an der Verwirklichung dieses Zieles durch den Gebrauch der Vernunft beteiligt sei. Dieses Ziel bestand in der unaufhörlichen Verbesserung der bestehenden Zustände durch deren aktive Umgestaltung. Hierfür steht der Begriff der Perfektionierung (vgl. Rohbeck 1990). So wurde ein Fortschrittsmythos begründet, der sich nicht darauf beschränkte, von einer bloß punktuellen oder regionalen Besserstellung menschlicher Verhältnisse zu sprechen. Vielmehr umfaßt der Fortschritt als historisches Phänomen das Ganze des Menschengeschlechtes und alle einzelnen Gesellschaften. Der Fortschritt als solcher ist unteilbar (vgl. Rapp 1992).

Die französischen Aufklärer hatten dabei weniger ein statisches, endgültiges Ziel der Entwicklung vor Augen. Mit dem Begriff der Perfektionierung verband sich die Vorstellung eines *infiniten* Prozesses der Verbesserung menschlicher Verhältnisse, gewissermaßen ein Dauerprojekt, das sich seine inhaltlichen Ziele im Verlauf der Entwick-

lung sukzessive selbst setzt. In der *Arbeit am Projekt der Perfektionierung als solcher* vollzieht sich die entscheidende zivilisatorische Höherentwicklung des Menschen. Entsprechend ist vorab nicht eindeutig auszumachen, wohin dieser Prozeß materialiter führen wird, dies ergibt sich als eine Folge der Einhaltung der Regeln des Voranschreitens.

Wenn im Fortschrittsmythos, der seit der Aufklärung die Geschichtsdeutungen in unterschiedlichen Varianten beherrscht (vgl. Gröbl-Steinbach 1994), behauptet wird, der Entwicklungsgang der Menschheit sei Universalgeschichte, also ein ganzheitliches Gebilde, das alle Menschen und alle Völker in gleicher Weise tangiere, dann folgt daraus, daß im Vergleich einige Gesellschaften auf dem Wege zur objektivierbaren Höherentwicklung bereits weiter vorangeschritten sind als andere, da ja materielle Entwicklungsunterschiede nicht zu ignorieren sind. Einige Gesellschaften, die sich noch nicht dorthin entwickelt haben, wo alle Entwicklung zwangsläufig hinläuft, weisen demzufolge einen „cultural lag“ auf. Dieser geistige Hintergrund des 18. und 19. Jahrhunderts erhellt, warum auch die Soziologen und Gesellschaftswissenschaftler der frühen Epoche von Comte (vgl. 1994) über Marx bis Simmel nach Gesetzmäßigkeiten, ja nach Naturgesetzmäßigkeiten der Entwicklung suchten, sowohl was die eigene Gesellschaft als auch was deren Verortung im Vergleich zu anderen Völkern anging. Entwicklung bzw. Geschichte gerät folgerichtig zu einer Veranstaltung, in deren Zentrum der Wettbewerb um den jeweils höchsten Stand der Kultur und Ökonomie einer Epoche (vgl. Comte 1994, S. XXVII), d. h. der Zivilisation eines Landes, steht.

In diesem Zusammenhang erlangten Utopien eine ganz neue Bedeutung. Zwar existieren bereits vor der Moderne, in den antiken Gesellschaften ebenso wie in den mittelalterlichen, Bilder und Mythen vom besseren Leben. Diese waren jedoch entweder „nach rückwärts“ hin orientiert, indem sie auf ein vermeintlich goldenes Zeitalter verwiesen; das gilt besonders für das Altertum. Andere Utopien etwa des Spätmittelalters, wie die von Thomas Morus, siedelten die alternativen Gesellschaften, die in ihren Entwürfen zum Teil sehr ausführlich beschrieben wurden, irgendwo auf einer Insel im Ozean an, die (mit Ausnahme des Autors) allerdings noch niemand zu sehen bekommen hatte. Erstmals in der Moderne findet ein qualitativer Umbruch, nämlich ein Richtungswechsel bzw. überhaupt erst eine Richtungsgebung der Utopie statt: das Land der neuen Möglichkeiten lag weder zurück noch zeitgleich mit der bestehenden Gesellschaft an einem anderen Ort (also irgendwo, daher der Name Utopoi, auch: an gar keinem Ort). Von nun an siedelten die Menschen im *Reich der Zukunft*, das durchaus von dieser Welt war, jedoch erst hinter der Gegenwart lag. Die neuen Verhältnisse zu erreichen, war also nicht mehr eine Frage der guten Navigation, sondern – zumal der Fortschritt unaufhaltsam vorandrängte – nur eine Frage der Zeit. Warten war angesagt. Das Ungeheure und politisch Provokante dieser neuen Sichtweise bestand darin, daß sich die Herrschenden nun mit solchen Entwürfen ernsthaft auseinandersetzen hatten, die Wirklichkeit werden sollten und dabei, wie allerdings andere vor ihnen auch, die Lebensweise und materielle Versorgung der Menschen zum Gegenstand hatten. Damit wurden Utopien in einem ganz neuen Sinne politisch relevant (vgl. Elias 1985; Voßkamp 1985).

Unübersehbar steckt in dieser Sichtweise eine temporale Drift: Der Blick der Gesellschaften richtet sich fast ausschließlich nach vorn, später wird sogar von der „Zukunftsgesellschaft“ (Moles 1979) die Rede sein. Man kann von einer Temporalisierung der Perspektive der Menschen in der anbrechenden Neuzeit sprechen (vgl. auch die Darstellungen bei Luhmann 1998). Die Themen der Zeit waren bekanntlich die Herstellung von mehr politischer und im Gefolge davon sozialer Gerechtigkeit, von der Mehrung des materiellen Wohlstandes (vgl. Borst 1983, S. 36f.) und ganz allgemein die Vision der kulturellen Veredelung des Menschen bis hin zu einem Wesen, das sich mit Gott messen konnte. Politische Partizipation begründete sich nicht zuletzt aus der Einsicht, daß alle Stände und Klassen, vor allem die bürgerliche wie aber auch der Dritte Stand, durch originäre Leistungen zum Wohlstand der Nation beitrugen. Die bessere Welt wurde nun also als diesseitige Melioration der Lebensverhältnisse vorgestellt und in vielen Facetten ausgeführt. In der Konsequenz mußten daher Pläne entworfen werden, die darlegten, wie der Umbau von einer Mangelgesellschaft hin zu einer Gesellschaft der Gleichheit und des materiellen Wohlstandes zu beschreiten war.

Somit erhielt das wirtschaftliche und politische Handeln, in dem es unter die Überschrift bestimmter, langfristiger Zielvorgaben gestellt wurde, eine neue bzw. überhaupt erst eine Perspektive, einen Fluchtpunkt, an dem sich die Gesellschaft zu einem neuen Ganzen ausrichten konnte. Mit der Differenzierung zwischen einem Jetzt-Zustand und einem anzustrebenden, verbesserten Zustand wird ein zeitlicher Horizont eingeschoben, woraus sich die Temporalisierung der Sichtweise speist, von der eingangs im Luhmann-Zitat die Rede war. Aus dem kreisförmigen Denken des Mittelalters wird eine Linie (vgl. Hohn 1984). Die Moderne hat sich von Beginn an als eine auf dem Weg befindliche Gesellschaft konstituiert und aus dieser Temporalisierung ihrer Globalperspektive bezogen, die ihre spezifische Dynamik ausmacht.

Temporalisierung der Gesellschaft meint hier also einmal, wie eben dargestellt, Richtungsgebung, zum anderen, wie weiter oben diskutiert, ein auf die Alltagszeit bezogenes Rationalverhalten der Menschen. Temporalisierung meint darüber hinaus die Verzeitlichung des ökonomischen Denkens und Handelns und der zeitlichen Standardisierung der Arbeit. Hierzu war es zunächst nötig, den Volkswohlstand als ökonomische Zielsetzung sui generis zu proklamieren – eine Utopie, für deren Verwirklichung sich vor allem die Ökonomie der Ersten Moderne stark machte.

2 Wohlstand durch rationelle Zeitwirtschaft

2.1 Zeit für den gerechten Tausch: Die zivilisatorische Dimension

Die Modernisierung der alten feudalen Gesellschaft zielte, was die Wirtschaft betrifft, zum einen auf die Durchsetzung neuer *Spielregeln* in der ökonomischen Kommunikation, zum anderen auf die handgreifliche Verbesserung der *materiellen Situation* der breiten Masse des Volkes. Für beides steht beispielhaft das Oeuvre des prominentesten Vertreters der „politischen Ökonomie“, Adam Smith. Nicht zufällig ist sein Hauptwerk mit „Der Wohlstand der Nationen“ überschrieben.

Was die neuen Spielregeln angeht, beschäftigte Smith das Grundproblem, wie die Masse der verfügbaren Güter zu steigern sei, ohne daß diese Steigerung mit einer entsprechenden Wohlstandsminderung anderer Länder erkauft werden müsse. Im ökonomischen Weltbild einer der vorangegangenen und zunächst konkurrierenden Theorien über den Charakter und die Quellen des gesellschaftlichen Reichtums, dem Merkantilismus, war eben diese Ansicht herrschende Doktrin (vgl. Neumark 1964, S. 10). Mehr noch waren Raub und gewaltsame Aneignung als eine der Quellen des Reichtums bis lange in die Neuzeit hinein durchaus nicht grundsätzlich geächtet. Nicht Markt-, sondern Machtverhältnisse und Standesprivilegien bestimmten die Regeln des Wirtschaftens und der Versorgung. Ein zentrales Thema zu Beginn der Industrialisierung war daher, wie eine zivilisierte Gesellschaft ihren materiellen Stoffwechsel zur möglichst großen Zufriedenheit einer möglichst großen Zahl von Menschen regeln könne.

Die vormodernen Ansichten über die Vermehrung des Wohlstands bewegten sich mit anderen Worten auf der Ebene eines Nullsummenspiels, bei dem der eine nur das gewinnen kann, was der andere verliert. Die revolutionäre Behauptung der sogenannten klassischen Ökonomie bestand nun darin, man könne durch andere Formen des Wirtschaftens und die Stärkung bestimmter Institutionen, vor allem der des Marktes, bei gleichzeitiger Zurückdrängung der politischen Steuerung des Wirtschaftslebens zu einem Interessenausgleich zwischen allen wirtschaftlichen Akteuren kommen. Im Ergebnis würden alle Akteure des Wirtschaftsprozesses besser dastehen als zuvor, der Reichtum *aller* wirtschaftlich starken Nationen und der Individuen könnte wachsen, ja würde sich sogar bedingen.

Damit wurde ein weiterer Schritt in eine bessere Gesellschaft vorgezeichnet. Das Grundmuster dieses Denkens findet man in der oben skizzierten Fortschrittskonzeption (vgl. auch Loewenstein 1990, S. 172ff.). Der Fortschritt forderte ökonomische Basisinnovationen heraus (vgl. Priddat 1993), die einen zivilisierten Umgang der Menschen miteinander überhaupt erst nachhaltig begründen können. Adam Smith und andere seiner Zeitgenossen propagierten daher den Markt und die gerechten Austauschverhältnisse nicht nur als angemessenes ökonomisches Steuerungsmedium, son-

dern zugleich als Instrumentarium zur sukzessiven Herstellung einer in Wohlstand und Frieden lebenden Zivilisation (Smith 1973, S. 30; vgl. auch Bohlender 1999).

Das leitende Kriterium des gerechten Tausches sollte der klassischen Ökonomie zufolge der Arbeitsaufwand und damit der zeitliche Aufwand sein, den die Herstellung einer Ware erfordert (vgl. Smith 1973, S. 49ff., 22ff., 26, 30). Die Prämissen und Begründungen dieser Theorie können hier nicht weiter ausgeführt werden. In unserem Zusammenhang genügt es festzustellen, daß Zeit als Referenzrahmen plötzlich auch explizit in den Theorien der seinerzeit vorherrschenden Ökonomie zum Thema wurde (ebd., S. 49f.) – was vorher nicht der Fall war. Man müßte wohl noch anmerken, daß die Zeit als Referenzsystem des gerechten Tausches von den Klassikern als Maßstab der benötigten Arbeitsleistung als eine Art Naturgesetz des Tausches dargestellt wurde. Demzufolge hätten in allen Epochen der Menschheit dort, wo getauscht wurde, sich die Menschen an dem Kriterium des Arbeitsaufwandes orientiert. So konnte insbesondere Marx, der sich auf die – von ihm modifizierte – Arbeitswertlehre der Klassik berief, behaupten, alle Ökonomie laufe auf eine Ökonomie der Zeit hinaus. Wir wissen heute, daß dies nicht der Fall ist, etwa in der Ökonomie der Jäger und Sammler (vgl. Sahlins 1974). In einem anderen Licht erscheint die Bemerkung, wenn man sie so deutet, daß alle *moderne* Ökonomie letztlich – was immer das meint – *Zeit-Ökonomie* sei.

Smith hat seinen Grundansatz bis in die betriebswirtschaftliche Ebene hinein weiter ausgeführt: Wenn es stimmt, daß die Warenwerte mit dem Arbeitsaufwand und dieser wiederum mit den für die Herstellung einer Ware benötigten Zeiten in einem direkten Zusammenhang stehen, dann ist die Ökonomie der Zeit – ob Naturgesetz oder nicht – in jedem Fall die praktische betriebliche Konsequenz. Die Perfektionierung als Leitbild besteht dann in der konsequenten, und das heißt: infiniten, Reduktion der Zeitaufwände, die für die Herstellung einer Ware benötigt werden. Smith hat das, was er meinte, am Beispiel der Nadelherstellung ausführlich beschrieben (Smith 1973, S. 23f.; vgl. hierzu auch Rinderspacher 1985). Die Schlüsselbegriffe hierfür waren Standardisierung und Arbeitsteilung, deren Vorteile er ausdrücklich darin sah, daß durch die Einübung der Arbeitskräfte und durch die Wiederholungen der Arbeitstätigkeiten eine höhere Ausbringungsmenge pro Zeiteinheit erreichbar sei. Die Masse der für eine Volkswirtschaft verfügbaren Güter wird erstmals ausdrücklich erkannt als eine Funktion der möglichst effizienten Zeitorganisation der Arbeit in den Unternehmen.

2.2 Gütermangel beseitigen durch Zeitwirtschaft

Die Modernisierung der Ökonomie zielte außer auf den allgemeinen zivilisatorischen Fortschritt auf die bessere Versorgung der Bevölkerung mit materiellen Dingen, die seinerzeit vor allem die ungelöste regelmäßige Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln betraf (vgl. Recktenwald 1988, S. 49f.; Schumann 1988, S. 173). Die materielle Ausgangssituation in der Vormoderne ist durch eine weit verbreitete Unterernährung, vor allem aber durch sehr unregelmäßige und von vielen Zufälligkeiten abhängige Zufuhr von Lebensmitteln gekennzeichnet. Viele Autoren stellen das Mit-

telalter diesbezüglich als eine Dauerkrise dar (vgl. Borst 1983; Cipolla 1976, S. 9ff., 231ff.; Braudel 1977), die nur von gelegentlichen Ausnahmen unterbrochen wurde. So blieb etwa der Fleischkonsum auf die Festtage beschränkt, diese hatten damit nicht nur eine ideelle Bedeutung (vgl. Schmutge 1987). Die Bitte um das tägliche Brot war also nicht nur eine leere Formel in den Gebeten der Menschen. Auch Bekleidung war knapp und so kostspielig, daß nur die höheren Stände sich längere Kleider leisten konnten, während die niederen eine Bekleidung tragen mußten, die höchstens bis zum Knie reichte (Cipolla 1976, S. 9, 31). Daher muß es als eine kühne Vision gelten, wenn der französische König Heinrich IV. an der Schwelle zur Moderne den Wunsch hegte, „que le dimanche chaque paysan ait sa poule au pot“ (nach Neumark 1964, S. 29). Daß jeder Bauer zur Mittagszeit ein Huhn im Topf haben sollte, ist auch deshalb ein zu jener Zeit ungewöhnliches Wunschbild gewesen, weil die Versorgungslage der einfachen Bevölkerung in den frühen Wirtschaftstheorien, in denen der Wohlstand eines Landes vor allem an seinen Gold- und Geldreserven und dem Wohlergehen des Herrscherhauses gemessen wurde, schlicht nicht vorkam. Der Begriff des Volkswohlstandes wie überhaupt der des Wohlstandes erhält erst mit Adam Smith seinen modernen, d. h. auf die Menschen bezogenen Sinn (vgl. Neumark 1964, S. 12ff.).

Die Unkalkulierbarkeit der Ernährungssituation der agrarischen Gesellschaften (vgl. Borst 1983, S. 36; Baroich 1985, S. 228) beruhte unter anderem auf den jahreszeitlichen bzw. witterungsbedingten Schwankungen sowie der Unveränderlichkeit der Bodenbeschaffenheit. Zu dieser Ernährungsgrundlage trat hinzu die Abhängigkeit von den unsicheren Quellen der Energiezufuhr, vor allem von Wind- und Wasserkraft. Die hygienischen Bedingungen führten regelmäßig zu verheerenden Seuchen. Aber auch Kriege und kleinere Raubzüge, die an der Tagesordnung waren und vom Adel großenteils als eine Art sportliches Unterfangen im Kampf um Ruhm, Ehre und Reichtum betrachtet wurden (vgl. Bellebaum 1990, S. 144f.), erschwerten den Aufbau einer zuverlässigen Lebensgrundlage für die einfachen Menschen. Um dem beizukommen war eine umfassende Neustrukturierung der materiellen Reproduktionsbedingungen erforderlich. Die zahlreichen technischen Erfindungen seit dem späten Mittelalter drängten, in einem übergreifenden Konzept gebündelt und umgesetzt zu werden (Borst 1983, S. 48, 34).

Der Prozeß der Modernisierung durch Industrialisierung verlief in fast allen Ländern der Welt als ein Prozeß der Revolution von oben (vgl. Kößler 1993). Die Verarmung oder Enteignung der bäuerlichen Existenzen, die Protoindustrialisierung, die Hausindustrie, die Gründung von Manufakturen u. a. m. (vgl. Kocka 1990; Pöls 1988), sie alle waren überwiegend Ergebnisse erzwungener Veränderungen der bisherigen Lebensgrundlagen (Thompson 1968). Modernisierung in ihrer konkreten Gestalt als Industrialisierung fand zumeist unter Tränen statt, und es dauerte in Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten zu zählende Perioden, bis die Popularisierung des gesellschaftlichen Reichtums einsetzte.

Die Protagonisten der Industrialisierung verfolgten das Ziel, eine weithin artifizielle Welt zu bauen, die der Kontrolle der Menschheit unterworfen ist und in der Berechenbarkeit und Gleichförmigkeit dominieren. „Industrie“ meint das Prinzip der Un-

abhängigkeit der Produktions- und Lebensbedingungen gegenüber den Zufälligkeiten der Natur; die Maschinen und Fabriken, die aus diesem Grundgedanken entstehen, sind die Konkretisierungen dieser Idee. Der französische Sozialutopist Saint-Simon hat, als einer der Protagonisten nach vielen Vorgängern, Anfang des 19. Jahrhunderts die zentralen Probleme jener Epoche nochmals auf den Punkt gebracht. Für ihn ist, wie Gröbl-Steinbach zusammenfaßt, „das Ziel der neuen Epoche die Entfaltung aller Produktivkräfte des Landes, die Verbesserung von Techniken der Naturbeherrschung und der Produktion und der Einsatz der anwendungsorientierten Erfahrungswissenschaften mit dem Ziel der Steigerung der Produktion.“ Der Fortschritt besteht nach Saint-Simon (1994, S. 234f.) in der Subsistenzweise der Menschen mit Hilfe der Herstellung nützlicher Güter; die Steigerung der Produktion war für ihn wie für die klassische Ökonomie der einzige Maßstab für Wohlstand.

Entsprechend dem allgemeinen Verständnis jener Zeit ist die Industrie darüber hinaus die neue materielle Grundlage einer bestimmten *umfassenden Lebenskultur*, die sich von Beschränkungen der äußeren Natur des Menschen immer weiter abhebt, wozu etwa auch die Kontrolle über die Körperlichkeit des Menschen (vgl. Beutelspacher 1986) gehört. Die Zweifel am Wert der zunehmenden Künstlichkeit der Lebensverhältnisse, sowohl als Programm wie als praktische Lebensführung, gehörten allerdings von Beginn an zu den Begleiterscheinungen des Modernisierungsprozesses und blieb über die Jahrhunderte erhalten, von den kritischen Äußerungen Rousseaus über die Jugendbewegung zu Anfang unseres Jahrhunderts bis hin zur Ökologie-Bewegung des ausgehenden 20. Jahrhunderts (vgl. Rucht 1994).

Verfügten die vorindustriellen Gesellschaften über wenig Güter, so verfügten sie jedoch, sehr verallgemeinernd gesprochen, über reichlich Zeit. Ein wirkliches Zeitproblem im Sinne chronischer Zeitnot wie in der modernen Lebenswelt (vgl. Müller-Wichmann 1986) existierte aufgrund der Strukturen der Alltagsorganisation in jener Zeit in den Städten und vor allem auf dem Lande praktisch nicht (vgl. Borst 1983). Abgesehen von einigen gesellschaftlichen Eliten, in denen das Zeitthema (allerdings zu jener Epoche eher als virtuelles Zeitproblem) schon hin und wieder angesprochen wurde, so etwa in der römischen Antike bei Seneca oder zu Beginn der Neuzeit etwa in der Sozialutopie des Thomas Morus, war „Zeitnot“ in der Literatur praktisch nicht vorzufinden. Das, was die Menschen bedrückte, hatte erstens wenig mit Zeit zu tun, vielmehr mit dem Mangel an Lebensmitteln, mit Krankheiten oder anderen lebensbedrohlichen Situationen, und zweitens, selbst wenn es damit zu tun hatte, konnte es noch nicht in Zeitbegriffe gefaßt werden. Das Unbehagen an der Arbeit etwa artikuliert sich eher in Begriffen wie Mühe, Last, Erschöpfung oder, für den Weltschmerz allgemein, im Jammertal und in ähnlichen Bildern.

Vorindustrielle Gesellschaften lebten in einer Art *ursprünglichem Zeitwohlstand*. Sie verfügten im Verhältnis zu den Gütern über unendlich viel Zeit, ohne allerdings diesen Reichtum erkennen oder gar würdigen zu können. Im Gegenteil gehörte zu den wichtigen Themen früherer Gesellschaften die Langeweile, die sich insbesondere in bestimmten Jahreszeiten ausbreitete (vgl. Bellebaum 1990). Das hing unter anderem zusammen mit dem von der Natur geprägten Lebensrhythmus, der eine höchst ungleiche jahres- und tageszeitliche Verteilung von Phasen der Last und Phasen der Lust

mit sich brachte. Phasen, in denen nach heutigen Maßstäben überlange gearbeitet werden mußte, etwa zur Ernte, wechselten sich ab mit solchen der Muße (vgl. Otto 1990). Man muß sich in diesem Zusammenhang noch einmal vergegenwärtigen, daß die Zeit der Menschen wenig organisiert, schon gar nicht durchrationalisiert verlief. Das Individuum *entschied* nicht über *seine* Zeit(-verwendung), vielmehr bestimmten äußere Rituale wie das gemeinsame Essen, der tägliche, zum Teil mehrmalige Kirchgang, also soziale Institutionen, denen man sich nicht entziehen konnte, den Tagesverlauf. „Zeitgestaltung“ als eine irgendwie wichtige Sache konnte schlicht noch nicht vorhanden sein, schon weil es an Instrumenten der Zeitmessung fehlte (vgl. Dohrn van Rossum 1992). Selbst nachdem die industrielle Revolution schon viele Regionen Europas erfaßt hatte, blieb Zeitmessung noch lange eine elitäre Angelegenheit. Die Zeit als Suprastruktur einer Gesellschaft und als universelles Referenzsystem im Alltag mußte sich erst regional sowie innerhalb der unterschiedlichen Gesellschaftsschichten allmählich Geltung verschaffen. Und es dauerte Jahrhunderte, bis ein einheitlicher Weltstandard der Zeitmeßsysteme erreicht wurde.

Die Zeit fand zunächst als Instrument der Koordination Eingang in die moderne Welt, angefangen von den großen Entdeckungsfahrten der Europäer (vgl. Fusion 1989, S. 83ff.) bis hin zur Strukturierung des Tagesablaufs der höheren Schichten, die der methodischen Lebensführung des Calvinismus huldigten. Die Zeit als ökonomische Ressource war im Zusammenhang mit den aufkommenden Kaufmannskapitalen und der Zinsrechnung durchaus als solche erkannt. Ein weitere, revolutionäre Tat bestand nun jedoch darin, die (Lebens-)Zeit der Menschen als Ressource zu beschreiben und in einer Theorie zum Ausdruck zu bringen. Es war Adam Smith, der erkannt hatte, daß die Ressource Zeit, genauer: die Möglichkeit einer systematischen Bewirtschaftung menschlicher Lebenszeit, in Form einer marktförmig organisierten Industriekultur in seiner Epoche mehr oder weniger brach unter der aufbrechenden Gesellschaft lag wie ein noch nicht eröffnetes Bergwerk. Hier lag der Schlüssel sowohl zum allgemeinen zivilisatorischen Fortschritt als auch zur Hebung des allgemeinen materiellen Lebensniveaus. Folgerichtig bestand seine Intention darin, zu klären, in welcher Form man sich diesen Zeitfund als ökonomische Ressource praktisch vorstellen und vor allem praktisch nutzbar machen konnte (vgl. Smith 1973, S. 22, 23, 26). *Die Ressource Zeit zu bergen, meinte im Grunde, die mehr oder weniger unerkannte amorphe Lebenszeit des vorindustriellen Menschen in eine Form zu gießen.*

Neben einer konsequent angewandten Ökonomie der Zeit im Betrieb fordert er implizit eine „Durchzeitlichung“ der ganzen Gesellschaft dadurch, daß allerorten Marktbeziehungen etabliert werden sollten. Diese sind für Smith die Voraussetzung fairer und freier Beziehungen, wie er in einem bekannten Zitat plastisch deutlich macht: „Nicht von dem Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von ihrer Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Humanität, sondern ihre Eigenliebe und sprechen ihnen nie von ihren Bedürfnissen, sondern von ihren Vorteilen. Nur einem Bettler kann es passen, ganz vom Wohlwollen seiner Mitmenschen abzuhängen“ (Smith 1973, S. 31). Wo diese „Durchmarktung“ der Gesellschaft, um es in neueren Begriffen auszudrücken, Platz greift, setzt sich zugleich das Prinzip der Ökonomie der Zeit und damit die Zeit als allgemeines Bezugssystem der Menschen in ihrem Verhältnis zueinander

durch. Wenn die Grundlage des Tausches – mit welchen Modifikationen auch immer – die für die Herstellung der Waren aufgewandte Zeit ist, kommen definitionsgemäß Zeitmaße ins Spiel. Die Vergleichbarkeit von Arbeiten bzw. Leistungen basieren auf dem Zeitfaktor immer dort, wo Marktmechanismen zur Anwendung gelangen (vgl. auch Seyfarth 1973; Ermert/Rinderspacher 1981).

Die Zurichtung der Menschen auf die moderne Zeitordnung geht also nicht nur von den Appellen der puritanischen Prediger aus. Zeitdisziplin wird zu einer Grundvoraussetzung um in einer Marktgesellschaft als Individuum zu bestehen und um an den Segnungen der neuen Maschinengesellschaft teilzuhaben. Nur wer sich in den geltenden Zeitmustern bewegen kann, wer schnell, effektiv und ausdauernd seine Arbeit verrichtet (vgl. Smith 1973, S. 26), hat die Chance, am Güterreichtum zu partizipieren.

Erstmalig wird nun die gesamte Zeit der Gesellschaft und ihrer Mitglieder als potentielle Produktions- und Arbeitszeit gedacht und in der Praxis so behandelt werden. Damit verwandelt sich, ökonomisch gesprochen, die Zeit der Menschen von einem freien zu einem knappen, bewirtschafteten Gut. Unterlag sie zuvor keiner besonders präzisen Bewertung, so wird sie nun zu einer Sache, von der man immer zu wenig hat bzw. unendlich viel mehr haben könnte.

3 Arbeitszeitpolitik als Modernisierungsprogramm

3.1 Arbeitszeit als Errungenschaft: Sicherheit und Gerechtigkeit

In der ersten Phase der Industrialisierung verwandelt sich auf diese Weise sowohl faktisch als auch kalkulatorisch, d. h. im Bewußtsein der Protagonisten der neuen Industriekultur, grundsätzlich alle verfügbare Zeit der Menschen in potentielle Arbeitszeit. Wie allgemein aus der Sozialgeschichte bekannt ist, führte das neue Bewußtsein vom Wert der Zeit in der Phase der frühen Industrialisierung zunächst weniger zur Intensivierung der Zeit – auch wenn hier schon eine erhebliche Arbeitsdichte erreicht wurde –, sondern eher zur maßlosen Ausdehnung der Arbeitszeiten (Otto 1990). Es sind schon früh die Gewerkschaften, die den ungezügelter Zugriff der Unternehmer jener Epoche auf die Zeit der Arbeiter einschränken wollen. Es entstehen gegen den Willen der Arbeitgeber erstmals geregelte Arbeitszeiten – eine bis dahin völlig unbekannte Zeitinstitution (vgl. Deutschmann 1990). Übrigens hat bereits Adam Smith diese „Kartellbildung der Arbeitskräfte“ beschrieben – aber im Gegensatz zu heutigen Liberalen, die sich gern auf ihn berufen, für völlig berechtigt erklärt.

Die Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften war in ihren Anfängen zunächst *eine Politik der Arbeitszeitverkürzung*. Die seit der Protoindustrialisierung und der Hausindustrie einsetzenden regelmäßigen langen Arbeitszeiten erfaßten ganze Familien einschließlich der Kinder. Im Gegensatz zur Agrarkultur, in der sich wie gesagt Phasen der Ruhe oder gar Langeweile mit solchen der Arbeit bis zur absoluten Erschöpfung abwechselten, ermöglichten die neuen Arbeitsformen praktisch keine Erholzeiten, weder im Tages- noch im Wochen- oder Jahresverlauf (vgl. Lüdtker 1980). Selbst die Sonn- und Feiertage waren für die Produktionsarbeiter normale Werkstage. Der Grund für diese Entwicklung lag vor allem in dem hohen Arbeitsangebot und den damit zusammenhängenden äußerst geringen Löhnen. Die natürliche Reaktion war und ist die Tendenz zur *Ausdehnung der Arbeitszeiten* durch die Arbeiter selbst: Je geringer der Stundenlohn, desto stärker das Bemühen, die *relativ* schlechte Entlohnung durch eine Erhöhung des absoluten Zeiteinsatzes zu kompensieren, um auf diese Weise die Reproduktionskosten der Familie zu erwirtschaften (vgl. etwa Rinderspacher 1935; Deutschmann 1990, S. 88).

Mit der allgemeinen Verbreitung der Fabrik als Produktionsstätte haben sich die Arbeitszeiten noch weiter verlängert, und auch dies, aufgrund des gleichen Mechanismus, vordergründig nicht einmal gegen die unmittelbaren Interessen der Arbeiter. Mit der Fabrikarbeit und ihrem, soweit es sich durchsetzen ließ, relativ strengem Zeitregime gingen jedoch die noch vorhandenen Reste eigener Zeitgestaltung und Selbstverantwortung (so die Beschreibung durch den Beobachter von heute in terms of time) der Hausindustrie verloren. Die Durchmischung des Erwerbslebens mit Elementen der Arbeit und der Freizeit löste sich allmählich auf.

Vor allem aber war in der neuartigen Industriearbeit nun die Dauer der Arbeit nicht mehr selbst zu bestimmen. Zuvor galt: Wenn das angestrebte Einkommen erreicht ist, wird die Arbeit beendet. Dies war das ursprüngliche Rationalverhalten von Arbeitern vor der Industrialisierung, wie man etwa am Arbeitsverhalten in den sogenannten Entwicklungsländern noch heute studieren kann (vgl. Wendorff 1989). In der vorindustriellen Periode haben die Arbeitskräfte, sofern sie als Freie Lohn erhalten haben (und nicht Alimentation oder ähnliches), also ein noch gewissermaßen natürliches Verhältnis zur eigenen Zeit. Die Verfügung über mehr Zeit für persönliche Bedürfnisse (wieder formuliert aus dem Blickwinkel des Beobachters) wird in der Regel präferiert vor einer weiteren „entfremdeten“ Verwendung der Zeit für Erwerbszwecke. Allerdings kalkulierte der Tagelöhner nicht so sehr in terms „der persönlichen Bedürfnisse“ oder der Zeit: Allein das Erreichen der Subsistenzgrenze der *jeweiligen Epoche* gab den Anlaß, die Arbeit niederzulegen. Das zu erwirtschaftende Einkommen – also das gewohnte Lebensniveau – stellt mit anderen Worten in der vorindustriellen Ökonomie die unabhängige Variable dar, die hierfür einzusetzende Zeit die abhängige Variable. Mit der Industrialisierung kehrt sich dieses Verhältnis um, und das Lebensniveau wird zu einer Funktion der (geregelten) Arbeitszeit, bezogen auf den jeweils geltenden Lohnsatz.

Mit den Fabriken bildete sich Schritt für Schritt ein System geregelter Anfangs- und Schlußzeiten heraus (vgl. Deutschmann 1990). Doch zunächst blieben die Arbeitszeiten, ihre Dauer, Lage und Verteilung weithin der Willkür der Arbeitgeber und ihrer Beauftragten unterworfen, bisweilen verloren diejenigen Arbeiter, die mit einer Taschenuhr eine überschaubare Arbeitszeit einklagen wollten, ihren Arbeitsplatz. Nicht zufällig war das Tragen von Uhren in der Fabrik streng untersagt. Es galt die Zeit des Unternehmens, die nicht selten manipuliert wurde. Vor diesem Hintergrund muß man die Durchsetzung eines verbindlichen zeitlichen Referenzrahmens in der Fabrik als einen gewaltigen Schritt der Emanzipation der Arbeitnehmerschaft sehen. Indem sie gegen die Willkür der Zeitbestimmung opponierte, manifestierte sie das Recht auf den Besitz der eigenen Lebenszeit jedes einzelnen Arbeiters. Der erste Schritt dorthin bestand in dessen Anmerkung als freies Subjekt im Arbeitsvertrag (nicht unbedingt schriftlich), der neben der Lohnhöhe etc. im Grundsatz das Recht auf die Zusage von Grenzen der persönlichen Verfügbarkeit enthielt. So begann der Weg des Arbeiters in die heutige Individualität paradoxerweise mit kollektiven Arbeitszeiten.

Aus dieser Vorgeschichte der Arbeitszeitpolitik wird schnell verständlich, warum *erstens eine Standardisierung* und *zweitens eine Verkürzung* der Arbeitszeiten im vorigen Jahrhundert und lange Zeit danach als der sozialpolitische Fortschritt schlechthin gelten mußte. Standardisierung, wie sie in der Massenfertigung praktiziert wurde, entsprach ohnedies als allgemeine innovative Schablone dem Trend der Modernisierung. Die Verkürzung der Arbeitszeiten setzt Standardisierung als Grundidee voraus, und diese wiederum die Fiktion, daß eine Abnahme der Arbeitsdauer in einem Zeitintervall, z. B. eines Tages oder einer Woche, mit einer entsprechenden Reduktion der Belastung der Arbeiterin/des Arbeiters einherginge.

Man muß sich aus heutiger Perspektive vergegenwärtigen, daß „Arbeitszeitverkürzung“ als Konzept und Strategie zunächst einmal im Wortsinne erfunden werden

mußte, mit anderen Worten eine epochale soziale Innovation darstellte. Als Teil eines alternativen oder zumindest anders akzentuierten Modernisierungsentwurfs der Arbeiterbewegung bzw. der Gewerkschaften durchlief das Konzept im Laufe von fast anderthalb Jahrhunderten mehrere Phasen, die im folgenden kurz skizziert werden sollen (vgl. hierzu ausführlicher Rinderspacher 1999).

3.2 Zeitpolitische Ziele der Gewerkschaften

Arbeitszeitverkürzung entstand als Instrument der Abwehr, sozusagen als Strategie des reinen Überlebens der Arbeiterschaft (vgl. Schneider 1984; Sauer 1984), doch tendierte sie im Laufe der Jahrzehnte dazu, über die einfache Abwehr von Not hinauszugehen. Die mit der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik verbundenen Ziele haben sich, das eine aus dem anderen hervortretend, bis in unsere Gegenwart zu einem bunten Strauß der Vielfalt entwickelt. Bis heute lassen sich, sehr vorsichtig formuliert, insgesamt sechs Globalziele unterscheiden.

1. Ursprünglich diente die Forderung nach verkürzten Arbeitszeiten seit der Anfangsphase der Industrialisierung wie gesagt vor allem der Abwehr inhumaner Arbeitsbelastungen durch die Länge des Arbeitstages, damit der zeitlichen Reduzierung von Belastungen (reduzierte Belastungsexposition), wie sie in der modernen Fabrik, um nur einige zu nennen, vor allem durch schwere körperliche Arbeit, durch einseitige Beanspruchung, durch Kälte, das Einatmen chemischer Verbindungen und natürlich durch die Anspannung bei hohen Arbeitsgeschwindigkeiten entstehen. Darüber hinaus stellt, unabhängig von der konkreten Arbeitssituation, selbstredend allein die Dauer der Beanspruchung durch Arbeit eine extreme Gesundheitsgefährdung dar. Aus dieser Abwehr gesundheitsschädlicher und sozial unverträglicher Arbeitszeiten entstand erst der typische *industrielle Arbeitstag* (vgl. Otto 1990; Deutschmann 1990), eine sozialhistorisch völlig neue Institution. Komplementär zum Arbeitstag erhielt der Feierabend eine neue Bedeutung, den es zwar in anderen Formen schon vorher gegeben hatte, der nun aber durch die Standardisierung der Arbeitsdauer plötzlich ein festes Zeitmaß erhielt – anders als in der Agrargesellschaft, in der der Bauer oder Landarbeiter mehr oder weniger individuell bzw. abhängig von der Witterung und der Jahreszeit sein Tagwerk beendete (außer bei kollektiven Ernteinsätzen etc.). So geriet der Feierabend mit der Industrialisierung zu einem Massenereignis, wenn nämlich die Fabriksirene den Arbeitstag auf die Minute genau beendete. Im wesentlichen beschränkte sich die auf die Abwehr von Not gerichtete Arbeitszeitpolitik der frühen Jahre auf die Regelung des Tagespensums; später, um die Jahrhundertwende, kam die Gestaltung des Wochenpensums hinzu, vor allem in Form der Verwirklichung von Sonntagsarbeits-Verboten (vgl. Nuß 1996).

2. In den zwanziger Jahren trat eine neue Zielsetzung in der öffentlichen und gewerkschaftlichen Diskussion auf, die Regulierung des Arbeitsmarktes. Nachdem bis 1931 die Arbeitslosenzahl in Deutschland auf 4,5 Millionen angestiegen war, breitete sich die Idee der Umverteilung der Arbeit im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und in den christlichen Gewerkschaften aus. Zeitgleich liefen darüber Diskussionen in den USA, die sowohl von Teilen der Gewerkschaftsbewegung wie auch

von einflußreichen Politikern befürwortet und teilweise umgesetzt wurden (vgl. Klein/Worthmann 1999). Die 40-Stunden-Woche konnte zu diesem Zeitpunkt in Deutschland allerdings nur als Forderung in die Sozialgeschichte eingehen, denn schon in den darauffolgenden Jahren stieg die durchschnittliche Arbeitszeit faktisch wieder bis auf 45 Stunden und mehr an (vgl. Schneider 1982).

Anfang der achtziger Jahre lebte die Idee erneut auf, zunächst eher außerhalb der organisierten Gewerkschaften (vgl. Kutsch/Vilmar 1983). Hier dominierte die Vorstellung einer Arbeitszeitverkürzung bzw. Arbeitsumverteilung mit entsprechenden Lohnabschlägen, etwa entsprechend dem über ein Jahrzehnt später umgesetzten VW-Modell (vgl. Promberger et al. 1997). Aus der organisierten Gewerkschaftsbewegung dagegen wurden solche Modelle zunächst zurückgewiesen mit dem Hinweis darauf, daß das Produktivitätswachstum hinreichend sei, um unter Beibehaltung der geltenden Verteilungsregeln in absehbarer Zeit die 35-Stunden-Woche durchzusetzen. Dies war – mit allen Schwierigkeiten der Umsetzung – dann Mitte der neunziger Jahre bekanntlich der Fall. Dieser Gedanke der Reduzierung des Arbeitsangebots auf dem Arbeitsmarkt durch Verkürzung der Arbeitszeiten ist nach wie vor in den meisten Einzelgewerkschaften in der Diskussion (vgl. IG Metall 1998). In Frankreich soll im Jahr 2000 die 35-Stunden-Woche als neue Normalarbeitszeit eingeführt werden (vgl. Handelsblatt vom 29.3.99).

3. Nach dem Zweiten Weltkrieg bildete sich zusätzlich zu dem Ziel der Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Westen Deutschlands (zur Entwicklung in Ostdeutschland vgl. Zierke 1999) ein weiteres eigenständiges Ziel heraus. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung diente Arbeitszeitpolitik zunehmend nicht mehr nur als ein Instrument, um Arbeitsbelastung, Arbeitslosigkeit und die daraus folgende Not und Krankheit abzuwehren. Allmählich erschien es vorstellbar, die Visionen des 18. und 19. Jahrhunderts vom besseren Leben und der kulturellen Höherentwicklung nun auch in der zeitlichen Dimension ins Werk zu setzen. Schon bei den Frühsozialisten und etwas später bei Marx oder Lafargue verbinden sich mit der rein quantitativen Zurückdrängung der Arbeit aus dem Leben große, um nicht zu sagen die denkbar größten Utopien von der sozialen Zukunft der Individuen und der gesamten Gesellschaft. Arbeitszeitverkürzung verbindet sich bereits hier mit dem Fernziel der Befreiung des Menschen vom Joch der notwendigen Arbeit und wird damit für die Akteure der Arbeiterbewegung zugleich zum Hebel einer umfassenden Gesellschaftspolitik, die sich manche nur als grundlegende Umwälzung aller Verhältnisse vorstellen können, wogegen andere sie in kleinen Schritten zu erreichen trachteten. Auch wenn im Verlauf eines Jahrhunderts diese weitreichenden gesellschaftspolitischen Aspekte an Anziehungskraft eingebüßt hatten, so sollte zumindest für die Gewerkschaften die nun einsetzende Verwendung eines erheblichen Teils der jährlichen Produktivitätszuwächse für den Aufbau einer Gesellschaft, in der das Leben nicht nur aus notwendiger Arbeit besteht, für Jahrzehnte ein übergeordnetes Leitbild bleiben.

Damit vollzog sich eine *Wende von einer defensiven zu einer offensiven Arbeitszeitpolitik*. Sie manifestierte sich in der Kreation bis dahin völlig unbekannter und zum Teil in der Verwirklichung bisher nur erträumter, neuartiger Zeitinstitutionen (vgl. Maurer 1992). Mit dem freien Wochenende, dem Urlaub und dem sozial abgesicherten

Ruhestand, aber auch dem Bildungsurlaub u. a. m. entstand schrittweise, wie man aus heutiger Sicht sagen könnte, ein komplexes System von Zeitwohlstand. Der breiten Masse wurde damit neben dem materiellen Wohlstand ein über bloße Regenerationsnotwendigkeiten hinausgehendes Maß an Verfügung über Zeit ermöglicht. Ebenso wie der entstehende Wohlfahrtsstaat (entgegen mancher Fehlinterpretation liberaler Kräfte in der gegenwärtigen Diskussion) nicht nur ein Staat ist, der Elend vermeiden will, sondern der – offensiv – in dieser Funktion eine sozial *gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums* ausdrücklich zum Programm erhebt (vgl. Rieger 1992), so sind nach damals herrschender Auffassung die zur Verteilung anstehenden Zeitkontingente ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen über ein gerecht zu verteilendes Sozialprodukt.

Entsprechend dem Entwicklungs- bzw. Modernisierungsniveau der Nachkriegsgesellschaft ging es seit den fünfziger Jahren also nicht mehr nur um die Bereitstellung basaler, systemnotwendiger Reproduktionsmöglichkeiten für die arbeitende Bevölkerung in Form erweiterter oder neuer Zeitinstitutionen. Etwa an der Entstehung des freien Wochenendes (vgl. Herrmann-Stojanov 1999) oder des Jahresurlaubs über das rein regenerative Ausmaß hinaus läßt sich gut verdeutlichen, wie die Verwirklichung von Zeitwohlstand in verschiedenen Ausprägungen, die erst noch zu (er-)finden waren, als ein gesellschaftliches Großprojekt systematisch betrieben wurden (vgl. Dirks 1957). Dies gehörte zur Verwirklichung einer „großen Erzählung“ (Lyotard), einer konkreten Utopie. Explizit hat unter anderem Ludwig Erhard (1957) in seinem viel beachteten Standardwerk den Wohlstand der breiten Masse als mögliches und wünschenswertes Ziel des Wirtschaftens dargestellt, sofern er ein Ergebnis des Fleißes und des unternehmerischen Geistes der Menschen in Deutschland sei. Damit ging er ausdrücklich über bloße Reproduktionserfordernisse hinaus. Dieses Leitbild der sozialen Marktwirtschaft (vgl. auch Brakelmann/Jänichen 1994; Zinn 1999) erweist sich spätestens im nachhinein als außerordentlich wirksames Konzept, auf dem sich sowohl der Zuwachs an Konsumgütern (vgl. Stihler 1998) als auch der Zuwachs an verfügbarer Zeit im Grundsatz rechtfertigen ließ.

Das Ziel der Nachkriegsperiode kann man auf den Begriff „*Zeit für Freizeit*“ bringen. Damit ist noch nicht unbedingt das Bedürfnis nach völlig freier Verfügbarkeit über die eigene Zeit gemeint. Die Gesellschaft der Bundesrepublik befindet sich vor dem Anfang der siebziger Jahre einsetzenden Wertewandel (Klages et al. 1992) ihrem Selbstverständnis nach noch tief in der Ersten Moderne und hat die Individualisierung (vgl. Fröhlich 1992) der breiten Schichten noch nicht vollzogen (vgl. Zapf et al. 1987). Auch das Zeitbewußtsein der Menschen jener Epoche muß demzufolge als noch nicht wirklich individualisiert gelten. Der zeitliche Bezugsrahmen sind vielmehr der private Haushalt mit seinen Pflichten und zeitlichen Ansprüchen sowie der Betrieb, ein Leben für die Arbeit und die Familie. Insofern ist die bekannte Parole der Gewerkschaften zur Durchsetzung des freien Samstags „Samstags gehört Vati mir!“ durchaus bezeichnend für den Charakter des angestrebten Zeitwohlstandes bis Ende der siebziger Jahre hinein: Die gewonnene freie Zeit gehört „uns“ – und (noch) nicht „mir“.

4. Eines der neueren allgemeinpolitischen Ziele in der Phase des aufkommenden Wertewandels bildete die *Vereinbarkeit von Familie und Beruf*. Arbeitszeit entwickelte

sich in Verbindung hiermit zumindest programmatisch mehr und mehr zu einem Instrument der Gleichstellungspolitik (vgl. Kurz-Scherf/Breil 1987). Insbesondere schwedische Vorbilder wurden gern als Beleg für die Machbarkeit dieses Konzepts herangezogen (vgl. Petterson 1990). Sie zielten nicht nur auf quantitative Veränderungen nach dem bisherigen Muster der linearen Verkürzung der Arbeitszeit – die weithin noch der Logik der in jener Epoche männlich dominierten Gewerkschaften folgten, mit denen sich die Frauen allerdings noch weitgehend identifizierten –, sondern auf qualitativ neue Arbeitszeitmuster. Das beinhaltete einen Aufbruch in neuartige Zielvorstellungen – auch wenn man darüber streiten kann, ob die frauenpolitische Zielsetzung wie zum Zeitpunkt ihrer Einführung in die öffentliche Debatte zu treffend mit der Forderung nach „familiengerechten“ Arbeitszeiten thematisiert war. Die weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die seit Ende der siebziger Jahre Eingang in die wissenschaftliche und gewerkschaftliche Diskussion gefunden hatte (Teriet 1976), galt dabei neben der unter anderem von Kurz-Scherf und anderen proklamierten radikalen Arbeitszeitverkürzung als probates Mittel. Mehr oder weniger unausgesprochen verband sich hiermit die Vorstellung der totalen Wahlfreiheit nach Maßgabe familialer Interessen – eine Annahme, die sich, wie man weiß, im Laufe der Zeit als weithin unrealistisch erwies. Nicht nur wegen der spätestens seit „Kapovaz“ (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit im Einzelhandel) allgemein bekannten Dominanz der Arbeitgeber bei der Festlegung der individuellen Arbeitszeiten (vgl. Duran et al. 1981), sondern auch wegen des keineswegs als geschlechtsneutral vorauszusetzenden „Familieninteresses“, welches dabei unterstellt wird (vgl. Bäcker/Stolz-Willig 1994).

5. In den späten achtziger Jahren kommt ein weiteres Ziel der Zeitgestaltung hinzu: Die Vereinbarkeit von Zeitmustern mit dem Schutz der Umwelt. Dieses kann bis in die Gegenwart allerdings noch keineswegs als etabliert angesehen werden. Es finden sich jedoch Anzeichen für eine tendenziell häufigere explizite oder implizite Berücksichtigung von Umweltaspekten in Verbindung mit der Arbeitszeitgestaltung. Immerhin gehen die ersten Flexibilisierungsmodelle in Deutschland bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm unter anderem auf solche Begründungen zurück, wenn erklärt wurde, man wolle damit die Verkehrsspitzen entzerren. Ähnlich haben die Befürworter von Wochenendarbeit argumentiert. Selbst wenn die Frage, was der Umwelt dient und was nicht, unterschiedlich beantwortet werden kann, so bleibt immerhin die Tatsache, daß eine inhaltliche Verbindung der Thematiken Umwelt hier und Arbeitszeit bzw. Zeitgestaltung der Gesellschaft dort hergestellt worden ist und daher nicht ohne weiteres mehr ignoriert werden kann. Das reicht von der bloßen Berücksichtigung der Nebenfolgen etwa der Verteilung von Arbeit über die Woche, etwa auf die Häufigkeit von Pendlerbewegungen (z. B. ca. 5 x 7 Stunden oder 4 x 8 ½ Stunden) bis hin zum ausdrücklichen Einsatz von Arbeitszeitmustern mit dem erklärten Ziel der *Entlastung der Umwelt* (vgl. Rinderspacher 1990a). In der Tat geht die Verschmutzung der Umwelt inzwischen stärker von den – durch bestimmte Arbeits-Freizeit-Strukturen ermöglichten – sogenannten Freizeitverkehren aus als von den routinisierten Formen der Distanzüberwindung der Pendler (vgl. Lange 1998). Das Umweltargument wird ferner, wenn auch eher defensiv, im Zusammenhang mit der Flexibilisierung und damit Individualisierung der Arbeitszeit relevant, etwa wenn Untersuchungen des sogenannten

VW-Modells belegen, daß Flexibilisierung mit stärkeren Umweltbelastungen verbunden ist infolge der Auflösung von Fahrgemeinschaften u. a. m. (vgl. Eberling/Henckel 1998). In anderem Zusammenhang machten bereits Vorschläge zu einer 6 x 6-Stunden-Arbeitswoche unter Einbeziehung des dann nicht mehr freien Samstags die Runde mit dem Argument, diese könnten zur Erhöhung der ökologisch erwünschten Ortsbindung der Menschen beitragen und über eine damit einhergehende Veränderung der Freizeit-Gewohnheiten die Umwelt entlasten (vgl. Henckel 1997).

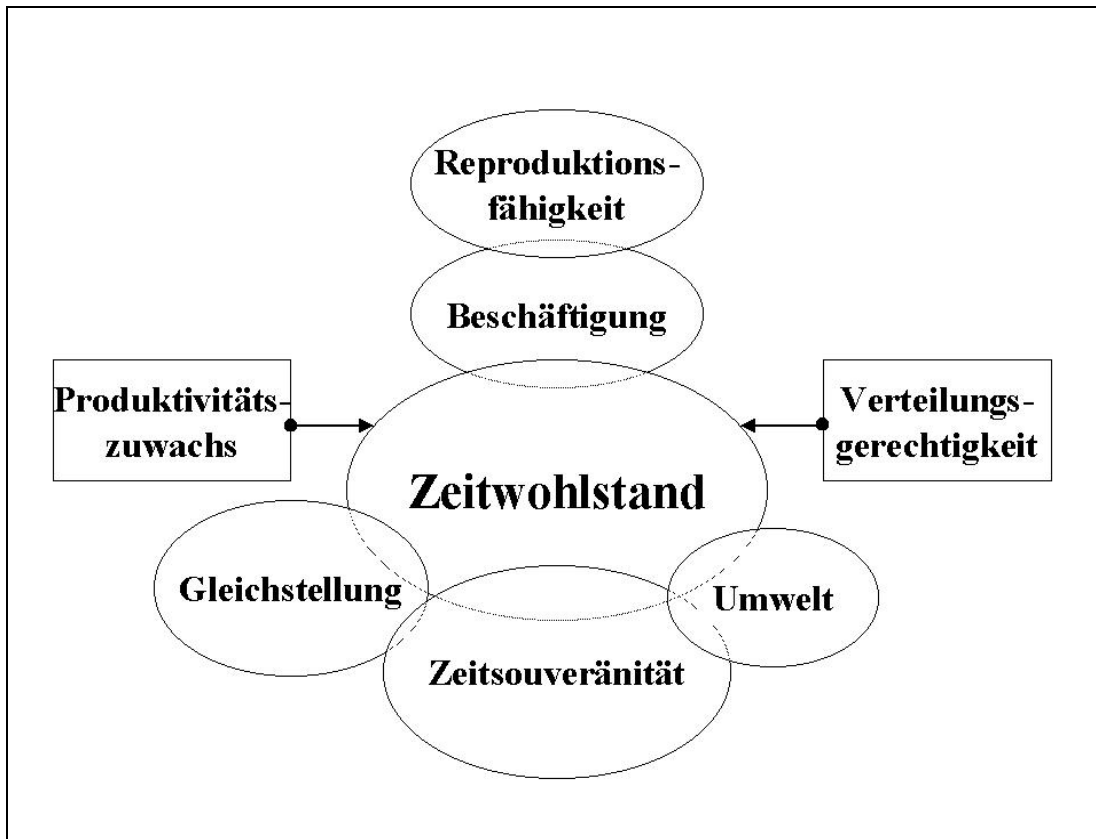
Faktisch blieb es in der bisherigen tarifpolitischen Praxis im günstigsten Fall bei der bloßen Mitberücksichtigung von Umweltinteressen in Arbeitszeitmodellen. Doch mit der weiteren Verkürzung der Arbeitszeiten würden solche Aspekte ernsthafter zu bedenken sein.

6. Alles in allem wird seit Anfang der achtziger Jahre die individuelle Verfügung über Zeit in der Arbeits- und Lebenswelt bzw. an den Schnittstellen beider mehr und mehr zu einem – nun eigenständigen – Ziel. Mehr noch, persönliche Freiheit wird nun immer öfter gleichgestellt mit Freizeit, eben mit den Möglichkeiten der freien Gestaltung dieser eigenen Zeit (vgl. Nahrstedt 1980). Unter Schlagworten wie „Zeitsouveränität“ oder „Optionalität“ geht das Bedürfnis nach erstens individuell disponibler, zweitens zweckfreier und drittens nicht rechtfertigungsbedürftiger Verfügung über die nun von den Menschen emphatisch als „eigene“ betrachtete Zeit jetzt in die *öffentliche* Diskussion ein. Das auf die tägliche Zeitgestaltung ebenso wie auf die der Lebenszeit. Dabei meint Freiheit zum einen die Selbstbestimmung gegenüber der Arbeitswelt im abhängigen Beschäftigungsverhältnis, zum anderen, im Zusammenhang mit der Gleichstellungsthematik, zeitliche Freiheiten gegenüber den Verpflichtungen in Familie und Haushalt. Die Übergänge zwischen Arbeit und Freizeit sollen fließender werden. Arbeitszeiten und die zeitlichen Strukturen der Lebenswelt werden folgerichtig immer öfter in integrierten Konzepten aufeinander bezogen.

In dem Begriff der Zeitsouveränität spiegelt sich, anders als im formalen Begriff der Flexibilität, das Bedürfnis einer emanzipierteren, selbstbewußteren Generation wider. Die freien Individuen wollen sich nicht länger von äußeren Umständen in ein Zeitkorsett einzwängen lassen, selbst wenn dies mit neuen Risiken verbunden ist (vgl. Rinderspacher 1998a). In der postmateriellen Gesellschaft ist die Selbstbestimmung über die eigene Zeit mehr und mehr zu einem Gebrauchswert eigener Art geworden, so wie ein gutes Essen, Erlebnishopping, die Freiheit, eine Visa-Card zu besitzen oder mit der Deckungszusage der Krankenkasse im Rücken Bunjee springen zu dürfen. Das heißt, eine souveräne Gestaltung der Zeit zählt nun zu den unverzichtbaren Chancen eines gelungenen Lebens, was die Möglichkeit einschließt, sie ähnlich wie ein ganz normales Konsumgut als einen sinnvollen Baustein hierfür zu nutzen oder sie ungenutzt zu lassen. In diesem Sinne wäre die Selbstbestimmung über die eigene Zeit als neues arbeitszeitpolitisches Ziel anzuführen. Sie läßt sich als prototypischer Ausdruck eines postmateriellen Wertes und damit eines Wertes der Zweiten Moderne ansehen.

Die Gesamtheit des Zielbündels beinhaltet das, was man heute als die *Komponenten modernen Zeitwohlstands* verstehen könnte (vgl. zu weiteren Ausführungen des Begriffs weiter unten). Unterschiedliche Komponenten erfahren, nachdem sie sich in

Abb. 1: Das Zielbündel gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik



einem langen historischen Prozeß allmählich als Bestandteil der Arbeitszeitpolitik etabliert haben, in unterschiedlichen Epochen verschieden starke Gewichtungen.

Es ist unter anderem diese *Komplexität der Ziele*, die die Phase der Zweiten Moderne von der Ersten Moderne und den vorangegangenen Gesellschaften unterscheidet. Die Komplexität der Ziele wird unlösbarer Bestandteil der Zeitkultur der Zweiten Moderne.

3.3 Horizonte im Wandel

Die Herausbildung dieser Ziele bzw. ihrer Komplexität ist für sich Bestandteil eines Modernisierungsvorgangs. Dieser war bzw. ist aber nur möglich durch eine einschneidende Veränderung der Zeithorizonte für Arbeitszeitinnovationen, und zwar in doppelter Hinsicht: Zum einen haben sich innerhalb der Arbeitszeitmodelle die *Referenzzeiträume stark ausgedehnt*. Betrug die ursprüngliche Weite des Horizonts, innerhalb dessen Arbeitszeit thematisiert wurde, kaum mehr als die des Tagelöhners, so reicht er heute bis zum Ausstieg aus dem Erwerbsleben. Zum anderen haben sich die *Perspektivräume, innerhalb derer gesellschaftliche Großprojekte konzipiert* und umgesetzt wurden, mit der Industrialisierung und der Modernisierung der Gesellschaft gewaltig ausgedehnt – von spontanen Arbeitererhebungen zur Abwendung konkreter

Mißstände bis hin zur über einhundert Jahre benötigten Umsetzung des Acht-Stunden-Tages für alle.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die ursprüngliche Form der vertraglichen Bindung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich auf den Horizont eines Tages bezog, so ist bereits eine Erweiterung auf einen wöchentlichen Zeitraum eine gewaltige zivilisatorische Leistung. Das moderne Arbeitsverhältnis setzt nämlich ein länger andauerndes Vertrauensverhältnis zwischen prinzipiell gleichberechtigten Vertragspartnern voraus, das anders als in der Sklaverei oder Leibeigenschaft idealtypisch nicht auf direkter Gewalt gründet und damit eine *gegenseitige* Abhängigkeitsbeziehung unterstellt. Mit der zeitlichen Ausdehnung der Arbeitsvertragsdauern in der Moderne, beginnend beim Wochenlohn und sich ausdehnend auf das gesamte Leben, etwa im modernen Beamtenrecht, korrespondiert die Ausdehnung der Zeithorizonte der Vereinbarungen über die Arbeitszeiten. Dort, wo der Lohn täglich ausbezahlt wird, lassen sich Vereinbarungen zur Arbeitszeit in der Regel nur über diesen Zeitraum treffen; entsprechendes gilt für die Woche, den Monat oder das Jahr. Diese Veränderungen der Vertragslaufzeiten indizieren eine Ausdehnung auch des allgemein gesellschaftlichen Zeithorizontes.

Im Verlauf des Modernisierungsprozesses konnte über viele Jahrzehnte hinweg eine Verbürgerlichung nicht nur der allgemeinen soziokulturellen Standards beobachtet werden. Die individuelle Fähigkeit, über Zeit zu disponieren, ist ein nicht unwesentlicher Bestandteil dieser Verbürgerlichung. Das gilt sowohl allgemein für die Erwartung an das Leben und die Lebensziele wie aber auch für die Ausdehnung der Frustrationstoleranzen, etwa im Hinblick auf Ausbildungszeiten (Trommsdorff 1994). Die Verstetigung der Wirtschaftsentwicklung und allgemein der Lebensverhältnisse in Deutschland und in anderen Industrieländern in verschiedenen Phasen dieses Jahrhunderts, die allerdings immer wieder von sozialen Katastrophen unterbrochen wurde, hat spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre zu einer Assimilation der Lebensperspektiven der Arbeiterschaft an die des Bürgertums geführt und fand theoretisch unter anderem in der These von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky 1956) ihren Ausdruck. Der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung hin zu immer ausgedehnteren Zeithorizonten sind Vereinbarungen über Jahresarbeitszeiten und Gehälter, die immerhin ein ein- oder mehrjähriges garantiertes Beschäftigungsverhältnis voraussetzen, ebenso wie Lebensarbeitszeitkonten (vgl. Klenner/Seifert 1998). Auf der anderen Seite indiziert jedoch genau der Jahresarbeitsvertrag den Wendepunkt, an dem sich die Perspektive der althergebrachten langjähriger Beschäftigungssicherheit in den Großbetrieben aufzulösen beginnt und der/die Arbeitnehmer/in zum Teil in riskante Freiheiten entlassen, z. B. zum „Arbeitskraftunternehmer“ wird (Voß/Pongratz 1998, Rinderspacher 1998a).

Je ausgedehnter die Horizonte von Verträgen und erwartbaren Lebensperspektiven der Menschen wurden, desto mehr verstetigte sich die Gesellschaft in ihren vielen Facetten insgesamt. Umgekehrt konnten sich die Horizonte nur dort erweitern, wo den Sicherheitsbedürfnissen der Beschäftigten entsprochen wurde. Der Sozialstaat der Bundesrepublik ist bzw. war der gesellschaftspolitische Rahmen dieser auf sozialen Ausgleich hin konzipierten Variante einer emphatisch sozialen Moderne. Seit den

ersten Sozialgesetzen Ende des letzten Jahrhunderts und nicht zuletzt auch durch die sozialistische bzw. sozialdemokratische Ausrichtung der europäischen Arbeiterbewegung war die vorherrschende Strategie die der Verstetigung. Sie setzte im Gegensatz etwa zur US-amerikanischen auf Kollektivität, Stabilität, Kalkulierbarkeit und nicht zuletzt auf Langfristigkeit, um nicht zu sagen Endgültigkeit, und daher weithin auf Etatismus sowie die Stabilität großer Organisationen, z. B. das parastaatliche Sozialversicherungssystem, aber auch das System der industriellen Beziehungen insgesamt (z. B. Tarifautonomie). Diese Globalorientierung bildete spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg einen (fast) alle Parteien und Tarifparteien übergreifenden Rahmen der Gesellschafts- und Sozialpolitik (vgl. Weisser 1960; Sachße/Engelhardt 1990).

Langfristigkeit und Kalkulierbarkeit als Gegenpol zu der Erfahrung permanenter existentieller Unsicherheit, die seit der Industrialisierung für die Arbeiterschaft ständiger Wegbegleiter war, konnten über Klassengrenzen hinaus hohe Attraktivität für sich verbuchen. Die stark wachsende Schicht der Angestellten mit ihren spezifischen Arbeitsvertragsbedingungen kann für sich schon als Indiz eines neuen Konzepts von Modernität betrachtet werden. Eine Verlängerung der üblichen Laufzeiten der Arbeitsverträge, längere Kündigungsfristen bis hin zu Unkündbarkeiten implizieren lange Zeithorizonte. Ebenso gehören die typischen Zahlungspraktiken für das Einkommen, das Gehalt inklusive des obligatorischen Girokontos, zum Wohlstandsverständnis der späten Ersten Moderne, wenigstens der deutschen, indem sie neben ihrer praktischen Funktion Symbole einer bestimmten Form von Sicherheit, *Sicherheit durch Kontinuität*, darstellen.

Die Horizonte haben sich in noch einem anderen Sinne erweitert: Was die *Erwartungs- und Umsetzungshorizonte der kollektiven Großprojekte* angeht, ihren langen Atem, so hat in der Ersten Moderne ebenfalls zunächst eine gewaltige Horizonterweiterung Platz gegriffen. Der Acht-Stunden-Tag oder die Erreichung der 35-Stunden-Woche sind Beispiele ebenso wie in den fünfziger Jahren der konsequente Bau an der Institution des freien Wochenendes. Heute erschiene es als vermessen, wie die Gewerkschaften oder die Sozialdemokratie Ende des letzten Jahrhunderts ein mehrere Generationen übergreifendes Vorhaben auf den Weg bringen zu wollen. Dabei darf man nicht die Kenntnis jener Zeitgenossen über die Dauer bis zur Realisierung ihrer Visionen voraussetzen, über die wir heute als ihre Nachfahren verfügen: Möglicherweise wären viele Initiativen dann nie zustande gekommen. Die Gestaltungskraft *konkreter Utopien* jener Epoche und die (heute als Folge der Modernisierung) nicht mehr *vorhandene Bindungskraft* gesellschaftlicher Großorganisationen, etwa der Gewerkschaften, vermochte Perspektiven über die physische Existenz einzelner Personen hinaus auszuweiten.

Zu diesen langfristigen Projekten ist nicht zuletzt die Institutionalisierung der gemeinsamen Formel zu zählen, die es Arbeitgebern und Gewerkschaften bis heute (noch) ermöglicht, in organisierter Form über die *Bedingung der Möglichkeit von Arbeitszeitverkürzungen zu verhandeln*.. Hierzu hat die Wirtschaftswissenschaft einen erheblichen Beitrag geleistet, indem sie glaubhaft machen konnte, daß Arbeitszeitverkürzungen immer dann mit dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum vereinbar sind, wenn sie sich eng am Fortschritt der Produktivitätsentwicklung anlehnen (vgl.

Abb. 1). Ob diese Formel objektiv wahr ist oder nicht, ist dabei unerheblich, es geht lediglich um die Beobachtung, daß diese über ein halbes Jahrhundert als zutreffend von beiden Verhandlungspartnern sowie von Staat und Öffentlichkeit *akzeptiert worden ist*. Darin, im Zustandekommen und in der Aufrechterhaltung der Geltung einer solchen Grundformel liegt eine gewaltige zivilisatorische Leistung. Denn ein solcher Konsens ermöglicht einen rational begründbaren Diskurs über Umfang und Richtung von Arbeitszeitveränderungen, der, im Gegensatz zu frühindustriellen oder gar mafiosen Mustern und ganz im Sinne der oben zitierten Absichten Adam Smiths nicht auf die bloßen physischen Machtverhältnisse abstellt, sondern zum Nutzen aller Mitglieder der Gesellschaft elaborierten Regeln folgt.

Neben dem *Produktivitätsfortschritt* als der institutionalisierten Ermöglichungsformel ist es zweitens der jahrzehntelang zwischen den Tarifparteien gepflegte Konsens der *Verteilungsgerechtigkeit*, der Arbeitszeitverkürzungen und damit, wie noch zu zeigen ist, Zeitwohlstand ermöglicht hat (vgl. Abb. 1). Auch dieser Konsens ist offensichtlich nicht, wie man glauben könnte, dem Menschen als zur Zivilisation befähigtem Wesen angeboren. Dies muß an dieser Stelle erwähnt werden, weil die erstgenannte Quelle (die erhöhte Produktivität) für die Verbesserung der Lebensverhältnisse nur fruchtbar gemacht werden kann, wenn die Anerkennung der zweiten Übereinkunft hinzutritt. In der real existierenden Zweiten Moderne erleben wir, daß beide Institutionen zunehmend an Bindungskraft verlieren, etwa in den neuen Bundesländern hartnäckig ignoriert werden, wenn beispielsweise Arbeitszeitverlängerungen in Form freiwilliger Subotniks für den Bestand des Betriebes unter dem Druck der Verhältnisse erzwungen werden. Es wäre also zu begründen, inwieweit beide Komponenten (noch) konstitutiv sein müssen für ein (zweit-)modernes Verständnis von Moderne. Denn anders als man noch in den achtziger Jahren hoffen konnte, sind Produktivitätsfortschritt und Verteilungsgerechtigkeit nicht gleichsam naturrechtlich unumstößlich in der industriellen Moderne und ihrer Sozialkultur verankert. Vielmehr droht von vielen Seiten mehr denn je soziale Entropie, d. h. der Rückfall in den Zustand bloßer Machtausübung und kurzfristiger Vorteilsnahme.

3.4 Zielkonflikte als Ausdruck der Modernisierung

In jeder Tarifrunde müssen die Gewerkschaften sich also von Beginn an darüber klar werden, ob sie – die Geltung von Verteilungsgerechtigkeit einmal voraussetzt – die Effizienzgewinne in der Produktion entweder in Form höherer Einkommen oder reduzierter Arbeitszeit zur Geltung kommen lassen wollen. So wurden in der Nachkriegsära in verschiedenen Branchen teilweise sehr unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt, zugleich bestanden jedoch auch gesellschaftliche Großprojekte wie die Verwirklichung des freien Samstags oder des Jahresurlaubs, an denen von den Tarifparteien übergreifend und mit langem Atem über mehrere Jahrzehnte gearbeitet wurde. Auf der Basis eines relativ großen gesellschaftlichen Grundkonsensus bildeten sich in der Nachkriegsära erstaunlich homogene wohlfahrts-, arbeits- und arbeitszeitpolitische Globalziele heraus, die man damals noch sequentiell bedienen konnte. Heute dagegen stehen wir vor einer paradoxen Situation: Auf der einen Seite der für die

Zweite Moderne typische Anspruch der Vielfalt und Optionalität, gerade auch was die Ziele der Arbeitszeitpolitik angeht, auf der anderen das alles überragende Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Die inzwischen entstandene Vielfalt der Ziele scheint eine immer geringere Rolle zu spielen und von der Mächtigkeit des arbeitsmarktpolitischen Ziels moralisch erdrückt zu werden.

Grundsätzlich erhöht naturgemäß die Vielfalt der Ziele, die sich im Laufe des Modernisierungsprozesses etablieren konnte, die *Wahrscheinlichkeit von Zielkonflikten*: Was der Senkung der Arbeitslosenzahlen dient, muß nicht gut sein für die Gleichstellung der Geschlechter, oder was der Verbesserung der Freizeit dient, nicht gut für die Natur. Auch kann bekanntlich eine zwar reduzierte Arbeitszeit, die aber unsoziale Lagen der Arbeitseinsatzzeiten nach sich zieht oder keine individuellen Optionen mehr zuläßt, per Saldo mehr Streß hervorrufen als eine längere, dafür aber regelmäßige und/oder selbst gewählte. Der niederländische Gewerkschaftsdachverband berichtete kürzlich von einer neuen Debatte über Arbeitsbelastungen, ausgelöst durch den hohen Grad der Teilzeitbeschäftigung. Das erhellt einmal mehr, daß Arbeitszeitverkürzung für sich kein Garant für geringere psycho-physische Belastung ist, selbst wenn damit eine Erhöhung der Beschäftigtenzahlen erreicht werden sollte.

Ein weiteres Beispiel: Der seit vielen Jahren gerade aus den Reihen der Frauenorganisationen geforderte Sechs-Stunden-Tag (vgl. Kurz-Scherf/Breil 1987) ist sowohl aus arbeitsmarktpolitischer als auch aus frauenpolitischer Sicht (wenn man der Mehrzahl der Autorinnen folgt) zwar ein Schritt nach vorn, widerspricht jedoch m. E. auch einigen wichtigen familienpolitischen Anforderungen, jedenfalls wenn man sich die Möglichkeiten seiner praktischen Umsetzung unter gegenwärtigen Bedingungen vor Augen hält. Denn ein Sechs-Stunden-Tag als neues Basismuster gesellschaftlicher Arbeitszeitdauer und -verteilung würde unweigerlich zu einer tiefgreifenden zeitwirtschaftlichen Reorganisation aller Betriebe in Produktion und Dienstleistung führen und den Zwei- oder gar Dreischichtbetrieb zur Regel machen. Die Folge hiervon wären erhebliche gesamtgesellschaftliche Probleme, man nehme hier nur die der Kinderbetreuung oder die Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs (vgl. hierzu auch Eberling/Henckel 1998). Unter gegebenen arbeitsmarktpolitischen Vorzeichen würde zudem der zeitliche Rahmen dieser neuen individuellen Sechs-Stunden-Tage vom Arbeitgeber vorgegeben, einschließlich der Möglichkeit, sie in Bandbreitenmodelle, d. h. in die Konzeption der „atmenden Fabrik“ (vgl. Hartz 1996), einzubauen. Das Ziel höherer zeitlicher Freiheit wäre somit nicht erreicht.

Schließlich läßt sich diese neue Art von Zielkonflikten auch an der Frage des Umgangs mit dem freien Samstag demonstrieren: Sollte eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt nur mittels einer tiefgreifenden Umverteilung der vorhandenen Arbeit möglich sein (vgl. IG Metall 1998) – ganz gleich, wie sich die sonstigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen entwickeln –, dann steht die 32- oder gar 30-Stunden-Woche auf der Tagesordnung. Diese allerdings ist bei realistischer Betrachtung der Umstände, wenn überhaupt, nur zu haben um den Preis der Ausweitung der regulären Betriebszeit auf den Samstag. Damit fiel eine zentrale Säule des über Jahrzehnte von den Gewerkschaften und der Gesellschaft als Ganzer aufgebauten Zeitwohlstandes (vgl. Rinderspacher 1999b). Hinzu kommt eine Reduzierung der

Einkommen durch den Ausfall der Samstags-Zuschläge – ein nicht unwichtiger Bestandteil des Güterwohlstands. Es geht also im Kern um eine Güterabwägung zwischen einem Pfeiler des kollektiven Zeitwohlstands einerseits und einer nicht weniger wichtigen Kernaufgabe der Gewerkschaftspolitik, der Beschäftigungssicherung, andererseits. Es muß nicht weiter erläutert werden, welches Opfer die Gewerkschaften mit der Preisgabe des freien Wochenendes als Vorleistung für eine ja noch ungewisse Wirkung auf dem Arbeitsmarkt erbringen. Das kollektive Gut „Arbeit für alle“ muß mit individuellen Einschränkungen der Freizeitmöglichkeiten heute, ganz konkret, bezahlt werden. Dem stehen allerdings die individuellen Vorteile einer kürzeren Arbeitszeitdauer gegenüber, die jedoch die Nachteile der Lage in diesem Fall wohl für die wenigsten aufwiegen dürften.

Zielkonflikte bestehen darüber hinaus auf einer anderen Ebene. Da der Verteilungsspielraum enger geworden ist (bzw. als geringer von den Tarifparteien akzeptiert wird), entsteht eine Schere zwischen den sich ständig vermehrenden Arbeitszeitmustern und -optionen der Beschäftigten (vgl. z. B. Beckmann/Kempf 1996) auf der einen Seite und den tendenziell abnehmenden Ressourcen zur Befriedigung selbst traditioneller Muster der Arbeitszeitpolitik, wie etwa linearer Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich, auf der anderen. Mit anderen Worten, es wird immer schwieriger, gleichzeitig die Bedürfnisse nach den alten Formen gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik und zusätzlich die ebenso berechtigten Forderungen nach neuen Arbeitszeitmustern zu befriedigen.

In vorangegangenen Epochen bedeuteten Arbeitszeitveränderungen in der Regel eine Besserstellung der abhängig Beschäftigten, ohne daß damit Schlechterstellungen an anderer Stelle verbunden gewesen wären. Damit scheint es fürs erste vorbei zu sein: Vorteile können in absehbarer Zukunft überwiegend nur noch durch Nachteile an anderer Stelle erkaufte werden (vgl. Schauer 1993). Das macht eine gründlichere Analyse der Folgen und Nebenfolgen von Arbeitszeitveränderungen durch deren Protagonisten unabdingbar. Mit wachsenden Zielkonflikten wird Arbeitszeitpolitik zu einem zunehmend riskanten Unternehmen (vgl. unten).

Wir fassen kurz zusammen: Die Arbeitszeitpolitik der vergangenen 100 Jahre war bis auf die letzten anderthalb Jahrzehnte ihrem Wesen nach *Arbeitszeitverkürzungspolitik*. Diese fand zum einen in entsprechenden *Tarifverträgen* ihren Niederschlag, zum anderen, vermittelt vor allem über den Druck der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, in der *Gesetzgebung*. Mit Hilfe der dort fixierten Höchstarbeitszeitnormen, von Urlaubs- und Rentenansprüchen u. a. m. gelang es, ein *quantitativ* höheres Ausmaß an nicht mit Erwerbsarbeit zu verbringender Zeit als Massenphänomen zu etablieren und damit die Grundlagen derjenigen Gesellschaft zu legen, die sich zu Recht oder zu Unrecht gern als Freizeitgesellschaft thematisiert hat. Darüber hinaus wurde, qualitativ, ein historisch nie gekanntes Ausmaß an Planbarkeit und Sicherheit für die Beschäftigten bei der Zeitgestaltung und damit der gesamten Lebensführung ermöglicht. Eingegrenzt werden konnte die Willkür der zeitlichen Despotie der frühen patriarchalischen Unternehmer.

4 Zeitwohlstand in der Zweiten Moderne

4.1 Herstellung einer arealen Zeitordnung

Die Gewerkschaften haben im Verlauf der letzten hundert Jahren mit ihrer Arbeitszeitpolitik zwei Dinge bewirkt: Sie haben zum einen die individuellen *Arbeitszeiten* in quantitativer Hinsicht einem Prozeß der *Standardisierung* unterzogen, haben einen Rahmen geschaffen, um dem Wildwuchs entgegenzutreten, was als solches einen gewaltigen Fortschritt beinhaltete. Materialiter führte das, wie gezeigt, zu einer säkulareren *Verkürzung* der Arbeitszeit. Sie haben den extensiven Zugriff der Arbeitgeber auf die Zeit der Arbeitnehmerschaft auf ein humanes, und das heißt erstens zeitlich begrenztes und damit zweitens kontrollierbares, überschaubares *zeitliches Areal* zugeschnitten, innerhalb dessen Erwerbsarbeit erlaubt bzw. außerhalb dessen diese gesellschaftlich negativ sanktioniert ist. So entstand gleichsam ein französischer Garten der gesellschaftlichen Zeitkultur.

Das meint die weitgehend kollektive, d. h. über Tarifverträge, Gesetze oder die stille Konvention geregelte Festlegung von Arealen der für Arbeit bzw. Erwerbsarbeit zugelassenen Perioden im Tagesverlauf, im Verlauf der Woche, des Jahres und des Lebens. Das gesetzliche Sonntags- und Feiertagsarbeitsverbot, später der freie Samstag, der kollektive Feierabend im produzierenden Gewerbe (mit Ausnahme der klassischen Schichtbetriebe) mit erstaunlich homogenen Anfangs- und Schlußzeiten, die fast identischen Lagen der Arbeitszeiten in der öffentlichen Verwaltung und in Büroberufen, der Ladenschluß u. a. m. sind solche Institutionen. Diese werden flankiert durch sekundäre Zeitinstitutionen wie feste Schulzeiten bzw. Ferienzeiten und ähnliches. So ergibt sich, um ein weiteres Bild zu gebrauchen, eine Landkarte der zeitlichen Möglichkeiten. Sie besteht aus mehr oder weniger stark sozial, juristisch oder wirtschaftlich sanktionierten Handlungsver- und -geboten, die sich darauf beziehen, Dinge zu bestimmten Zeiten tun zu können oder nicht. Eine areale Zeitordnung wird also gestützt durch Institutionalisierungen verschiedener Art.

Infolge ihrer kollektiven Absicherung verkehrt Arealität die Beweislast: Der Arbeitgeber muß nun begründen, warum er Arbeit innerhalb bestimmter zeitlicher Areale in Anspruch nehmen will, etwa indem er eine Sondergenehmigung für Sonntagsarbeit, Nacharbeit oder Überstunden beantragt. Hierdurch wird die Leistungsfähigkeit dieses Grundprinzips erzeugt. Ebenso wie sich jeder Mensch den Realitäten einer, wenn zumeist auch künstlich erzeugten, Landschaft bzw. den Landkarten, die sie wiedergeben, stellen muß, so ist ein zeitliches Querfeldeinlaufen zwar nicht ausgeschlossen, jedoch eine Besonderheit, die einer Rechtfertigung bedarf. *Arealität läßt sich also vorstellen als eine zeitliche Kulturlandschaft*, die der allgemeinen Orientierung der Menschen in einer hochverdichteten Gesellschaft ebenso dient wie der Entlastung bei der praktischen Gestaltung des Alltags. Aus diesem Grunde darf man, wie gesagt, im Zusammenhang mit zeitlicher Arealität von einer großen Kulturleistung des Menschen, ganz im Sinne des neuzeitlichen Fortschrittsverständnisses, sprechen.

Arealität entstand bzw. entsteht aus drei Komponenten. Die erste (Komponente A) läßt sich als die traditionale bezeichnen. Denn Arealität als solche ist keine Erfindung der Moderne, sie hat ihre Vorläufer in den zahlreichen Kalendern und den damit verbundenen Verhaltensvorschriften für die Menschen, die insbesondere von der katholischen Kirche jahrhundertlang erfolgreich am Leben erhalten werden konnten (vgl. Wendorff 1993). Die Einhaltung religiöser oder anderer tradierter Vorschriften wurde allerdings gerade während der verschiedenen Industrialisierungsphasen mit unterschiedlicher Intensität von den Arbeitgebern immer wieder mißachtet, so daß die kirchlich fundierten Zeitinstitutionen wie etwa der Sonntag am Ende gesetzlich geschützt werden mußten.

In traditionellen Gesellschaften übernehmen die Religion, die Kirchen und die überlieferte Volkskultur die Strukturierung der Zeiten (vgl. Hugger 1987; Grotefend 1991). Die Selbstverständlichkeit, mit der traditionale peak-periods und ihre Begründungen sich behaupten konnten, war jedoch mit der Industrialisierung dahin. Nicht mehr die zahlreichen Feste bestimmten den Lebensrhythmus der Gesellschaft (vgl. Schmutz 1987), sondern ein mehr oder weniger rational konstruiertes Grundgerüst, innerhalb dessen auch kirchliche Feiertage ihren – nun begründungspflichtigen – Ort zugewiesen bekamen (vgl. Nuß 1996). Mit dem Erstarken des Nationalstaats wurden die vielen regionalen, dezentralen Instanzen, die arbeitsfreie Feiertage ausrufen und implementieren durften, abgelöst und ersetzt durch allorts gültige Kalender und sonstige Rahmenzeitordnungen, so daß für regionale, religiöse, konfessionelle oder ethnische Besonderheiten bei der Praktizierung von peak-periods nur ein geringer Spielraum verblieb.

Die zweite Komponente (B) der Arealität entsteht dagegen als Folge der Industrialisierung. Sie speist sich aus der mit dem Fortschreiten der Industrialisierung gewachsenen Einsicht in die Notwendigkeiten des Gesundheits- und allgemeinen Sozialschutzes für eine moderne Massengesellschaft. Dies führt dann etwa zu einer Beschränkung der Nacharbeit bzw. deren Verbot für Frauen.

Die dritte Komponente (Typ C) der Arealität der modernen Zeitordnung speist sich aus den aus der Produktivitätsentwicklung herrührenden Zeitkontingenten, die über Jahrzehnte in kleinen Schritten an die Beschäftigten (wenn auch nie ohne den Widerstand der Arbeitgeberseite) verteilt worden sind als Ergebnis von Tarifverhandlungen. Dieser Typ von Arealität ist vor allem ein Produkt der sogenannten Wohlstandsgesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg, die – als Resultat dieses Vorgangs – unter anderem den Urlaub und den freien Samstag hervorbrachte (vgl. Rinderspacher 1999a, b).

Zeitordnungen der Vormoderne wechselten mit dem Weltbild einer Epoche oder schlicht mit deren Herrschern. Moderne Zeitordnungen stehen unter einem anderen, nämlich eher zweckrationalen und, hieraus resultierend, kontinuierlichen Rechtfertigungszwang. Die moderne Zeitordnung muß sich im Hinblick auf die die Gesellschaft dominierenden wirtschaftlichen Interessen als funktional, zumindest als nicht dysfunktional bewähren. Beide, traditionale wie moderne Zeitinstitutionen, stehen also in bezug auf das jeweils geltende Wertesystem unter Rechtfertigungsdruck, Inhalte und Formen der Rechtfertigungsbedürftigkeit unterscheiden sich dabei jedoch er-

heblich. Traditionale Gesellschaften rekurren auf volkstümliche Mythen und religiöse Begründungsmuster, moderne Gesellschaften berufen sich vor allem auf den zivilisatorischen und wirtschaftlichen Fortschritt – eine nicht unbedingt weniger mythische, aber dennoch anders strukturierte Begründung einer Zeitordnung. Auch in der Moderne gab es allerdings Versuche, der Zweckrationalität den Mythos entgegenzusetzen, wenn man etwa an die sehr ausgearbeitete und aufwendig gestaltete Feiertags(un)kultur der NS-Zeit denkt (vgl. Thamer 1988).

Für die Rechtfertigung zeitlicher Areale bzw. ihr weiteres Wachstum hat es seit der Industrialisierung von Anbeginn zwei grundlegende Argumentationsstränge gegeben, die noch heute die Diskussion bestimmen: Der eine hat Zeitzuwächse für die Beschäftigten vor dem Hintergrund *funktionaler Erfordernisse* für das Bestehen des ökonomisch-politisch-sozialen Gesamtsystems gerechtfertigt. Insbesondere die Notwendigkeit ausreichender Erholzeiten für die physische, psychische und soziale Reproduktion der Arbeitskraft und die Integration der Arbeitsbevölkerung in Gesellschaft und Religion waren von Beginn an starke Argumente für die Verkürzung der Arbeitszeiten (vgl. Lüdtkke 1980). Von einem bestimmten Punkt an, etwa mit Einsetzen der Fünf-Tage-40-Stunden-Woche, gerät man hiermit jedoch an argumentative Grenzen. Bei einer Jahresarbeitszeit von etwa 1.800 Stunden läßt sich nicht mehr jede außerbetriebliche, private Zeitverwendung des Arbeitnehmers ohne weiteres als funktional für dessen Erholung und damit für den Erhalt des Betriebes und der Gesellschaft sowie die Erhöhung des Wirtschaftswachstums interpretieren. Es entsteht ein Überschuß an Zuweisung von „freier Zeit“ an die Beschäftigten, an die Individuen wie an die Gesamtheit der Arbeitnehmerschaft, die in dieses *ökonomisch-funktionale* Argumentationsmuster nicht mehr integrierbar ist.

Irgendwann, nach einer Grauzone der schwer definierbaren Übergänge, jenseits des Reiches der Notwendigkeiten, beginnt das Reich der Freiheit im Bereich der Freizeit: Dann ist ein (ständig wachsender) Anteil der Verbringung der Freizeit der Beschäftigten beim besten Willen nicht mehr als Erholung vom Arbeitsprozeß darzustellen. Spätestens dort, wo unter hochindustrialisierten Bedingungen die Unterbrechung von Arbeit bzw. von Produktionsprozessen (Betriebszeiten) erfolgt, ohne für die elementare Reproduktion der Menschen unerlässlich zu sein, beginnt das, was man unter zeitlichem Wohlstand verstehen könnte. Zeitlicher Wohlstand schließt die zur reinen Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit benötigte Zeitbindung des Individuums nicht aus, doch seine wesentliche Eigenschaft besteht, ähnlich wie beim Güterwohlstand, nicht in der Bereitstellung elementarer Subsistenzmittel für das bloße Überleben, sondern in der Verfügung über ein darüber hinausreichendes Kontingent.

Somit gewinnt die zweite Begründung eine größere Bedeutung für das Anwachsen zeitlicher Freiheit der abhängig Beschäftigten: der Maßstab der gerechten Teilhabe der Beschäftigten am Erfolg einer Volkswirtschaft. Letzteres besagt, daß ebenso, wie die Unternehmerschaft die Höhe ihrer privaten Gewinne nicht mit irgendeiner Art von quantifizierbarer Nützlichkeit für das Gemeinwohl rechtfertigen muß, sofern sie diese nach den geltenden Spielregeln erwirtschaftet hat, auch die Arbeitnehmerseite keinem Rechtfertigungszwang bezüglich der Verwendung der durch den Produktivi-

tätigkeitsfortschritt freigesetzten, disponiblen Zeitkontingente unterliegt, wenn es um den Ausbau bestehender oder die Schaffung neuer Zeitinstitutionen geht.

Betrachtet man die Geschichte der Zeitinstitutionen, so wird die hier aufgeworfene Grundsatzproblematik sehr plastisch erkennbar, etwa wenn man den Status des Urlaubs heranzieht. Viel zu wenig im Bewußtsein ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß nach herrschender Rechtsprechung der Urlaub (noch immer) der Regeneration der Beschäftigten dienen muß (vgl. Hohn 1990), diese sich also in den „schönsten Tagen des Jahres“ keineswegs immer so verhalten dürfen, wie sie möchten. Sie haben laut geltender Rechtsprechung dafür Sorge zu tragen, daß ihre Urlaubspraxis der Verbesserung ihrer Arbeitsfähigkeit dient und keinesfalls zu deren Herabsetzung führt. Eine Fahrradtour von Deutschland nach Südspanien scheidet, wie in einem Urteil bestätigt wurde, demzufolge als Ferienvergnügen aus. Dagegen bestehen für das freie Wochenende (vgl. Mückenberger 1999) wie auch im Falle von Freischichten, die immer öfter aus flexiblen Arbeitszeitsystemen herausgebildet werden, solche Einschränkungen für das Freizeitverhalten nicht. Diese arbeitsfreien Perioden sind rechtlich viel weniger von der Erwerbssphäre okkupiert, obwohl sie zeitlich und soziokulturell dem Arbeitsleben erheblich näher stehen. Hier zeigt sich die praktische Relevanz einer Berücksichtigung des jeweiligen Begründungstypus einer Zeitinstitution: Während der Sonntag *jeder funktionalen* Begründung enthoben ist (vgl. Mattner 1988) und der Samstag aus anderen Gründen (vgl. Rinderspacher 1999b) ebenfalls keiner öffentlichen Reglementierung unterliegt, resultiert aus der Geschichte des Urlaubs – soweit sie nach dem gegenwärtigen Stand der Forschung rekonstruierbar ist – eine finale Verbindung zwischen dem Anspruch auf Urlaub und einem auf den gesamten Wirtschaftsprozeß (Rekreationserfordernis der Arbeitskraft) bezogenen Verhaltensimperativ: Erhol' Dich!

Im ersten Fall eines funktionalen Rechtfertigungsmusters tröstet man sich, wie eine gewisse Doppelbödigkeit in der Behandlung des Urlaubs im öffentlichen Bewußtsein zeigt, mit dem Hinweis, daß die bessere körperliche und seelische Verfassung der Arbeitnehmer letztlich wieder dem Produktionsprozeß und damit der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens und der Volkswirtschaft zugute käme. Hier, nach diesem Begründungsmuster, steht eine Zeitinstitution immer unter dem Verdikt, ihre Nützlichkeit für die Steigerung der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft darstellen zu müssen – so, als würde dem Arbeitnehmer ein eigenes Auto nur zugestanden, solange er nachweist, daß er damit seine betriebliche Verfügbarkeit verbessert. Dagegen ist das zweite, nicht-funktionale, wohlstandsbezogene Begründungsmuster inhaltlich ungebunden. Es besteht in nicht mehr und nicht weniger als der vertraglichen Zusage, von etwa 16 für Erwerbsarbeit physisch möglichen Stunden nur acht pro Tag am Arbeitsplatz erscheinen zu müssen – eine Abmachung, die auf der von allen Parteien geteilten Ansicht beruht, daß eine solche Reduzierung der Arbeitszeit aufgrund der wirtschaftlichen Lage und unter Zugrundelegung konsensueller Verteilungsregeln (Produktivitätszuwächse) vertretbar sei. Dieser Konsens kann, nebenbei bemerkt, jederzeit wieder in Frage gestellt werden und wurde es faktisch auch, wie die Geschichte der Arbeitszeiten zeigt, etwa in Kriegszeiten, in Zeiten wirtschaftlicher Krisen oder in Folge politischer Umwälzungen (vgl. Schneider 1984). Ebenso

deutet sich für die nächste Zukunft eine tiefgreifende, nicht nur gegen die guten Sitten praktizierte, sondern theoretisch begründete Infragestellung der Verteilungsregeln an.

Das erste Rechtfertigungsmuster widerspricht dem zweiten nicht. So war und ist es den Gewerkschaften möglich, zuerst die zeitlichen Regenerationserfordernisse zu sichern, darüber hinaus jedoch weitere Zeitanteile – dann mit dem Argument der Verteilungsgerechtigkeit – einzufordern. Umgekehrt ist es dem Arbeitgeber möglich, sich auf die erste Argumentation zu beschränken und über die reine Regeneration erforderliche Freizeitanteile im Extremfall mit politischen Parolen zu diskriminieren (z. B. „Freizeitweltmeister Deutschland“, vgl. Nover 1994). Wie die Geschichte gezeigt hat und sich für die Zukunft andeutet, kann sogar die bloße Erholzeit immer wieder unter das gesundheitlich erforderliche Maß der Reproduktion zurückgeführt werden, wenn der Arbeitsmarkt es zulässt; das gilt sowohl für die Dauer (Überstunden, Saisonarbeit etc.) als auch für die Lage (Arbeit auf Abruf, Urlaub nach Konjunkturlage etc.) der Arbeitszeit. Selbstredend ist es ein schwieriges Unterfangen, die Grenzen zwischen dem Reproduktionserfordernis und dem darüber hinausweisenden, reinen Zeit-Wohlstandsanteil empirisch zu bestimmen. Dies kann in diesem Beitrag jedoch nicht weiter ausgeführt werden.

Der Besitz von Rechten über die Verfügung der eigenen Zeit der Beschäftigten entsteht im historischen Kontext in Form eines *kollektiven* Anspruches auf Reduzierung der physisch möglichen Arbeitsbereitschaft der abhängig Beschäftigten (dargestellt in terms of time) um einen Betrag, der von den einschlägigen Vertragspartnern – Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften – in einer langen, historisch gewachsenen Kette von Tarifverträgen ausgehandelt worden ist. Flankierend hinzu tritt der Staat, entweder indem er den jeweiligen gesellschaftlichen Konsens einer bestimmten Epoche in *gesetzlichen Rahmenbedingungen* für die Inanspruchnahme der Arbeitskraft fest schreibt oder, wie etwa in Frankreich, sogar materiell in die Gestaltung der Arbeitszeit eingreift, z. B. in Form der *gesetzlichen Einführung* der 35-Stunden-Woche (vgl. Freyssinet 1998).

Im realhistorischen Verlauf sind es seit der Industrialisierung also nicht Individuen gewesen, die mit der Summe ihrer persönlichen Entscheidungen für bestimmte Arbeitszeitmuster die neue, industrielle Zeitordnung hervorgebracht haben, als vielmehr gewerkschaftliche und politische Organisationen. Mit anderen Worten sind Zeitwohlstand und dessen quantitatives Wachstum ihrem Ursprung nach ein kollektives Produkt, das sich, ähnlich wie die großen Projekte der frühen Moderne zur Erhöhung des allgemeinen Güterwohlstandes, erst vermittelt über diesen kollektiv-institutionellen Globalkonsens entfalten kann. Um es vorwegzunehmen: Erst viel später, in der Zweiten Moderne, kann Zeitwohlstand als Zuwachs an individueller Disponibilität, als Zuwachs an wahrhaft persönlicher Verfügbarkeit über die Zeit theoretisch konzipiert und anschließend von den Individuen praktisch genutzt werden.

4.2 Zeitliche Areale – Kosten und Nutzen

Auf den ersten Blick scheint die Nicht-Nutzung zeitlicher Areale für produktive Zwecke eine Vergeudung volkswirtschaftlicher Ressourcen zu sein. So wird jedenfalls bereits seit dem vorigen Jahrhundert von der Arbeitgeberseite im Zusammenhang mit dem Sonntagsarbeitsverbot, neuerdings vor allem in bezug auf den freien Samstag, argumentiert. Ausweitungen der Betriebszeiten in die Nacht und das Wochenende hinein werden unter anderem mit der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen begründet (vgl. Rinderspacher 1999b). Der Artikel 140 des Grundgesetzes bzw. seine Kommentare weisen dagegen ausdrücklich darauf hin, daß der Schutz des Sonntags gegenüber dem Erwerbsinteresse als höherrangiges Gut zu behandeln ist (vgl. Mattner 1988, S. 30ff.). Das bedeutet, daß die Sonntagsruhe bzw. das Sonntagsarbeitsverbot notfalls einen Verlust an Wachstum bzw. wirtschaftlichem Potential nach sich ziehen darf, sowohl einzelwirtschaftlich für die betreffenden Unternehmen wie auch gesamtwirtschaftlich. Damit dürfen, verglichen mit den rein rechnerischen Möglichkeiten der Produktion von Gütern und Leistungen, unter Umständen sogar die Gewinnchancen der Unternehmen eingeschränkt werden. Anders ausgedrückt: Die Unternehmen bzw. die Volkswirtschaft müssen auf potentielle Erträge verzichten, um ein nicht-wirtschaftliches Interesse der Gesellschaft, nämlich die Praxis eines religiös begründeten und zum Allgemeingut gewordenen Brauchtums zu ermöglichen. Dabei soll jetzt nicht interessieren, in welchem Ausmaß solche und andere Zeitinstitutionen der Gesellschaft jeweils mitgetragen werden.

Um dem argumentativ zu begegnen, gibt es zwei Möglichkeiten, die bereits skizziert wurden. Die erste rekuriert auf das Effizienz-Argument. Danach *ist die Unterbrechung funktional* auch oder gerade für den Produktionsprozeß etwa dadurch, daß die Beschäftigten besser ausgeruht sind und daher mehr leisten. Die Argumentation bewegt sich also innerhalb einer bezogen auf die Wirtschaft systemimmanenten Reproduktionsschleife, die eine Minderung der Erträge auf diese Weise entweder zu relativieren, zu bagatellisieren oder in Abrede zu stellen sucht. Eine zweite Figur konzediert dagegen im Grundansatz einen möglichen Rückgang der Erträge – was die Gültigkeit einiger der Argumente der ersten Kategorie nicht völlig bestreiten muß –, doch fragt zugleich, welche Konsequenz aus dieser Einsicht denn zu ziehen wäre. Müssen alle erreichbaren zeitlichen Ressourcen immer und unter allen Umständen genutzt werden oder kann es gute Gründe dafür geben, sie im einen oder anderen Fall brachliegen zu lassen? Im Fall des Sonntags wird der Abzug vom wirtschaftlichen Maximum dadurch gerechtfertigt, daß die Existenz einer anderen Sache, genauer: eines anderen Gutes, nur auf diese Weise ermöglicht werden könne.

Es verdankt sich das Vorhandensein dieses Gutes, der Sonntagsruhe (im Gegensatz zum freien Samstag, vgl. Rinderspacher 1999b), nicht einem wirtschaftlichen Tun als vielmehr einem wirtschaftlichen Unterlassen (vgl. zur wirtschaftsethischen Bedeutung dieser Begriffe Birnbacher 1995). Zur Verdeutlichung das Beispiel Umweltbereich: Hier geht es darum, Wirtschaftlichkeit mit Umweltverträglichkeit wo immer möglich zu verbinden, jedoch bestehen daneben Bereiche der Unverhandelbarkeit oder sollten es zumindest, in denen wirtschaftliche Interessen relativiert oder gar völlig tabuisiert werden müssen. „Der Schutz der Umwelt“ ist nach jahrzehntelangen

öffentlichen Debatten zumindest deklaratorisch als eigenständiges Ziel, dessen Erhalt oder Herstellung (notfalls) auch Kosten oder Wachstumsgrenzen verursacht, im Grundsatz anerkannt. So werden etwa die Flächen wertvoller Naturreserve nicht als Industriegebiete genutzt, selbst in Fällen, in denen nicht zu bestreiten ist, daß die Nicht-Nutzung des Grund und Bodens wirtschaftliche Nachteile für die Region birgt. Dem vergleichbar rekurriert die zweite Argumentationsfigur bei der Begründung von „Zeit-Brachen“ bewußt auf die *Inkaufnahme von Kosten der Unterlassung* (vgl. Birnbacher 1995) mit dem Ziel des Erhalts oder der Herstellung eines – in diesem Falle zeitlichen – Produktes. Das wäre hier die Herstellung von Bedingungen für die Möglichkeit, eine traditionelle Zeitinstitution als gesellschaftliche Einrichtung durch staatlichen Schutz, durch Tarifverträge oder durch die informellen Sitten und Gebräuche am Leben zu erhalten und mit Sinn zu füllen.

Beide, die Umwelt und der Sonntag, gleichen sich darin, daß *sie in der hochentwickelten Industriegesellschaft etwas kosten, da sie hier kein freies Gut mehr sind*. Im Denken moderner Volkswirtschaften sind *nicht* für die Produktion genutzte Zeiten, deren Nutzung der Befriedigung wirtschaftlicher Bedarfe hätte dienen können, als Abzug vom erreichbaren wirtschaftlichen Maximum zu konzipieren. Wie läßt sich dieser Gegensatz in die weithin durchmarktete Weltsicht der Moderne, vor allem der Zweiten Moderne, integrieren?

Wenn die Freistellung des Sonntags von Erwerbsarbeit unter industriellen Vorzeichen zu einem Produkt wird, dessen Herstellung Kosten verursacht, müssen diese allerdings etwas anders als gewöhnlich kalkuliert werden, nämlich in Ausdrücken des entgangenen Nutzens: In dem Augenblick, da eine Gesellschaft sich entschließt, ein Zeit-Areal von wirtschaftlicher Aktivität freizuhalten, aus dem heraus gesamt- und/oder einzelwirtschaftliche monetäre Erträge (mit hoher Wahrscheinlichkeit) hätten realisiert werden können (was faktisch natürlich immer ein Streitpunkt sein wird), gerät das zeitliche Areal „Sonntagsruhe“ unweigerlich in den Sog einer ökonomischen Bewertung.

Der Sonntag ist spätestens dann kein freies Gut mehr, wenn durch tatsächliche Einbeziehung weiterer 24 Stunden in die wöchentliche Betriebszeit einer Unternehmung die Betriebskosten nachprüfbar gesenkt worden wären und sich damit die Wettbewerbsfähigkeit erhöht hätte. Man kann, wie etwa in der Textilindustrie geschehen, die Kosten des entgangenen Nutzens einer längeren Maschinenlaufzeit sogar berechnen, wobei es hier keine Rolle spielt, daß die konkreten Zahlenangaben selbstredend von der jeweiligen Interessenlage stark beeinflußt sind. Worauf es ankommt, ist die Feststellung, daß in der hochindustrialisierten Wirtschaft alle Zeit zur potentiellen Produktionszeit wird und demzufolge die Nicht-Nutzung zeitlicher Areale legitimerweise als Abzug von den Möglichkeiten der vollen Nutzung einer Ressource – hier der Zeit – dargestellt werden kann.

Bestimmte Formen der Arealisierung des gesellschaftlichen Zeithaushalts – wie lineare Arbeitszeitverkürzungen – lassen sich mit dem Ziel der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ohne weiteres vereinbaren, sofern sie der Produktivitätsentwicklung entsprechen. Andere Formen des Zeitwohlstandes stellen dagegen – freilich auf sehr hohem Niveau – möglicherweise einen Abzug von einem monetär

kalkulierten gesellschaftlichen Produktionsmaximum dar. Das hat wie gesagt damit zu tun, daß ein beträchtlicher Teil der nachgefragten Gebrauchswerte in der Zweiten Moderne trotz der Tendenz zur Durchmarktung der Gesellschaft, gewissermaßen als Gegenteil, nicht durch wirtschaftliche *Aktivität* im engeren Sinne, d. h. nicht durch „Tun“, sondern nur durch das Gegenteil, durch „Unterlassen“, bereitgestellt werden kann (vgl. Birnbacher 1995). So läßt sich ein Zeitwohlstand, der durch die Praktizierung eines synchronen Lebensrhythmus der Familien bzw. Lebensgemeinschaften ermöglicht werden soll, unter Umständen nur erreichen um den Preis des Verzichts auf einige der theoretisch denkbaren Möglichkeiten der Flexibilisierung der Arbeitszeit. So wenn man es unterläßt, die prinzipiell mögliche Anpassung des Personaleinsatzes an die Schwankungen des Marktes durch variable Arbeitszeiten (z. B. Bandbreitenmodelle, Kapovaz, „atmende Fabrik“ etc.) zu realisieren.

Zeitwohlstand, wie wir ihn bisher beschrieben haben, wäre also zunächst (!) *als ein Produkt der Unterlassung* bzw. der Nicht-Nutzung zeitlicher Ressourcen zu bestimmen. Ein solches entsteht, wenn eine Zeitinstitution unabhängig von oder gar entgegen der wirtschaftlichen Vernunft (im Sinne einer primär an der Güterproduktion orientierten Wirtschaft) erhalten oder etabliert wird, was jedoch bezahlt oder, anders ausgedrückt, gekauft werden muß. Freilich „kostet“ eine Unterlassung nur kalkulatorisch, als Abzug von einem fiktiven Maximalprodukt, wobei das „Nur“ für den traditionellen Ökonomen einen wirtschaftlichen Schandfleck darstellt, den er zu beseitigen trachtet. Denn wie gesagt muß der Wohlstand an Zeit in all diesen Fällen durch eine Wachstumsbeschränkung erkaufte werden. Zeitwohlstand könnte in dieser ersten Form daher mit dem Begriff „*kalkulatorisches Zeitprodukt*“ näher bestimmt werden.

Unter Zeitwohlstand ist nach dem bisher Gesagten also nicht definitorisch einfach jede Art von verfügbarer Zeit zu verstehen. Vielmehr müssen die von produktiver Nutzung ausgenommenen zeitlichen Areale konzeptionell in die ökonomische Gesamtkalkulation einer Gesellschaft integriert werden, was gewöhnlich durch die Beschreibung der Zusammenhänge in Begriffen der herrschenden Wirtschaftstheorie(n) geschieht. Will man also diese Zeitareale nicht einfach für ökonomisch exterritorial erklären und sich auf bloß moralische Argumente (vgl. hierzu Etzioni 1996) für ihre Begründung zurückziehen, bleibt nichts anderes übrig, als die kollektiv nicht ökonomisch genutzten Zeiten als *Ergebnis eines bewußten gesellschaftlichen Unterlassungsvorgangs* zu konzipieren – mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Das wäre jedenfalls die erste Quelle des Zeitwohlstandes: Areale zeitlicher Unverhandelbarkeit.

[Exkurs: Das schließt nicht aus, daß es vernünftige, auf wirtschaftliche Effizienz bezogene Argumente z. B. für kollektive Ruhephasen gibt. Diese können für die Entstehung von Zeitwohlstand jedoch letztlich nicht konstitutiv sein (siehe oben). Hinzu kommt: Unter veränderten Rahmenbedingungen verändern sich, wie man gegenwärtig sieht, die Rationalität bzw. die Gewichtungen. Das, was einst als funktional für die Wirtschaft galt, wird dysfunktional. So erscheint es vor dem Hintergrund eines teilweise fast zusammengebrochenen Arbeitsmarktes aus Arbeitgebersicht durchaus rational, bestehende Zeitinstitutionen zurückzubauen oder ganz in Frage zu stellen (wie etwa den freien Samstag), um kostengünstiger produzieren zu können. Die Behinderung der Möglichkeit von Wochenend- bzw. Sonntagsarbeit erscheint plötzlich als

Kostenfaktor, der den Wettbewerb einschränkt (vgl. § 13 AzRG). Insbesondere am Beispiel des freien Samstags läßt sich zeigen, wie die Fünf-Tage-Woche einmal als wirtschaftliches Erfordernis propagiert wird wie in den fünfziger Jahren, einige Jahrzehnte später dagegen als Hemmnis (vgl. Herrmann-Stojanov 1999). Gegen diese Argumentationslogik sind Zeitinstitutionen in Phasen, in denen ein funktionierender Arbeitsmarkt nicht existiert, auf dem sich die zeitlichen Präferenzen der Beschäftigten tatsächlich durchsetzen können (z. B. indem man in der Lage ist, Sonntagsarbeit zu verweigern oder sie unwirtschaftlich teuer zu machen), nur durch nicht-ökonomische Systeme abzusichern, etwa durch gesetzliche Schutzbestimmungen.]

Die zweite Quelle ist die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Auch wenn Zeitwohlstand aus Sicht des Individuums eine Sache der persönlichen Zeitorganisation zu sein scheint, ist das Niveau des Wohlstands doch immer ein Derivat der Zeitallokation der Gesellschaft. Darin unterscheidet sich der Zeitwohlstand nur wenig vom Güterwohlstand: Unter industriegesellschaftlichen Bedingungen hängt das individuell verfügbare Quantum von Nicht-Arbeitszeit der Menschen, anders als in der Subsistenzwirtschaft, von einem *hohen Niveau* der Produktivität ab, ähnlich wie der Güterwohlstand. Das wird etwa in der deutschen Sozialgeschichte deutlich oder in Transformationsgesellschaften: Wo die Produktivität niedrig ist oder gar absinkt, werden die Arbeitszeiten endlos verlängert (vgl. Rinderspacher 1935) und auch Sonn- und Feiertage wieder mit einbezogen, um die relativ geringe Lohnhöhe zu kompensieren. Dies entspricht dann dem Ursprungsniveau der ersten Moderne, in der zunächst alle Lebenszeit in Arbeitszeit verwandelt wird. Eine Stufe darunter beginnt das regressive Niveau der De-Industrialisierung, unter deren Bedingungen Zeit wie im Ursprungszustand tendenziell wieder zu einem freien Gut wird und der Bedarf nach materiellen Gütern erneut die Oberhand gewinnt. Man kann dann bestenfalls von einem „ursprünglichen Zeitwohlstand“ (vgl. Rinderspacher 2000a) sprechen.

Natürlich verbleiben auch in der Zweiten Moderne, vergleichbar mit dem Umweltbereich, (noch) einige zeitlich nicht bewertete Nischen, etwa die Zeit von Menschen, die bewußt oder schicksalsbedingt marginalisiert worden sind. Wer dagegen den gängigen Vorstellungen eines gelungenen Lebens folgt und eine dementsprechende Lebensführung anstrebt, wird sich der Ökonomie der Zeit in der Alltagslogik nur hier und dort entziehen können, sie jedoch nicht in ihrem hegemonialen Anspruch suspendieren können.

Zeitwohlstand gibt sich – so läßt sich folgern – im Grunde erst dann deutlich als solcher zu erkennen, wenn er notfalls sogar um den Preis der Stagnation oder Minimierung des Güterwohlstandes beibehalten werden soll bzw. kann. Hierdurch wird sichtbar, daß Zeit, bzw. die Verfügung über die Zeit oder was sonst substantiell darunter zu verstehen wäre, tatsächlich ein eigenständiges Ziel des Wirtschaftens (geworden) ist. Wenn in einer hochentwickelten Gesellschaft, in der die Zeit teuer ist, zu bestimmten Zeiten die Produktion allgemein stillsteht, selbst wenn damit Umsatzeinbußen verbunden sind, deutet das auf den hohen Gebrauchswert hin, den die betreffenden Zeitinstitutionen für sich reklamieren dürfen. Allerdings verdanken sie ihre Entstehung nicht einfach einer marktvermittelten Nachfrage seitens der Individuen. Sie sind Ergebnisse vorangegangener gesellschaftlicher Kommunikationsprozesse.

se, in denen ihre Wertigkeit festgelegt wird. Ein diesbezüglicher gesellschaftlicher Konsens über Wert und Bewertung einer Zeitinstitution muß im öffentlichen Diskurs bestätigt werden. Dies um so mehr, als ja die Produktivität in fast allen Wirtschaftszweigen rasant ansteigt und sich damit der Wert einer gegebenen Zeiteinheit, z. B. einer Stunde, kontinuierlich erhöht, so daß der entgangene Nutzen einer nicht genutzten Stunde ständig zunimmt. Die wachsende Stundenproduktivität der Gesellschaft (vgl. Rinderspacher 1997a) läßt es vor dem Hintergrund einer Kalkulation in terms der entgangenen Gelegenheiten (opportunity costs) in der Tat immer problematischer erscheinen, Zeiteinheiten, die für die Produktion hätten verwendet werden können, ungenutzt verstreichen zu lassen: Ungenutzte zeitliche Areale erscheinen hierdurch von Jahr zu Jahr „teurer“, und die Zeitinstitutionen, die auf diesen Arealen aufsitzen, dementsprechend auch.

4.3 Zeitgewinn für Zeitkonsum

Der Begriff „Wohlstand“ oder gar „Wohlstandsgesellschaft“ bezog sich im allgemeinen Verständnis lange Zeit in erster Linie auf einen Zustand bzw. ein Gemeinwesen, in dem die hinreichende Versorgung der Menschen mit ganz handgreiflichen Gütern und Dienstleistungen auf einen hohen Stand – was immer dies im einzelnen meint – gesichert ist. Der Begriff des Wohlstandes geht bis auf Aristoteles zurück und hat insbesondere seit dem 17. Jahrhundert mehrmals einen grundlegenden Wandel erfahren (vgl. Neumark 1964, S. 12ff.). Für die Klassiker, allen voran Adam Smith, besteht der Volkswohlstand, anders als in der vorangegangenen Wirtschaftstheorie der sogenannten Physiokraten, nicht in einer Anhäufung von bzw. im Überfluß an Gold, Silber und anderen Edelmetallen. Der Volkswohlstand besteht in der modernen Sicht vielmehr „aus sogenannten *wirtschaftlichen* Gütern, also aus Gegenständen, die neben ihrer Nützlichkeit eine Knappheit im Verhältnis zu den durch sie zu befriedigenden Bedürfnissen aufweisen. Eine solche Auffassung bringt es zwangsläufig mit sich, daß als Elemente des Wohlstandes weniger physische Quantitäten als vielmehr *Tauschwerte* verstanden werden“ (Neumark 1964, S. 13). Nimmt man diese Definition beim Wort, so läßt sich, wie gleich noch weiter zu erläutern ist, eben auch die Zeit als ein Gegenstand darstellen, dem eine gewisse Nützlichkeit und zugleich – unter den Bedingungen einer modernisierten Gesellschaft – Knappheit anhaftet.

Einen wichtigen Einwand gegen Adam Smith bringt Lord Lauderdale, der zwischen individuellem Reichtum und öffentlichem Wohlstand unterscheidet. „Nach Lauderdale ist Volkswohlstand die Gesamtheit aller nützlichen und angenehmen Dinge, also auch der sogenannten freien Güter, während individueller Reichtum nur aus knappen, d. h. wirtschaftlichen und kostenden Gütern besteht“ (Neumark 1964, S. 14). Damit wird die Behauptung zurückgewiesen, eine Zunahme des privaten Reichtums ziehe notwendig eine Erhöhung des „public wealth“ nach sich (ebd.). Inwieweit dieser Einwand die Konzeption des Zeitwohlstandes, wie sie hier entwickelt wird, modifizieren müßte, bleibt einer späteren Ausarbeitung vorbehalten. Zunächst bezieht sich das Konzept auf die oben zitierte klassische Definition des Wohlstandes.

Die klassische Ökonomie und die ihr folgenden Theorien haben sich mit der Integration und Zuordnung des Zeit-Phänomens in ihre Theorien eher schwergetan. Auch die sogenannte Theorie der Zeitpräferenz, wie sie etwa von Böhm-Bawerk und anderen konzeptualisiert worden ist, wirft mehr Fragen auf, als sie Antworten gibt (vgl. Lehmann 1975; Kirsch et al. 1988; Rinderspacher 1996). Erst sehr spät wurden die Protagonisten und Theoretiker der Industriegesellschaft (wenn überhaupt) gewahr, daß die Vergrößerung von Wohlstand neben der sachlichen auch eine zeitliche Dimension hat. Die Frage, wie das Verhältnis verfügbarer Güter einerseits und verfügbarer Zeit andererseits aussehen müsse, um zu einem möglichst hohen Gesamt-Wohlfahrtsniveau zu gelangen, taucht im 20. Jahrhundert auf.

Der späte Zeitpunkt der *expliziten Behandlung* des Zeitproblems unter wohlstandstheoretischen Gesichtspunkten ist um so erstaunlicher, als sowohl die frühen Utopien vom guten Leben wie auch die Ziele und praktischen Ergebnisse der Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften von Anbeginn auf Zeitgewinne für die Menschen zielten. Selbst aufgeklärte „Macher“ der klassischen industriellen Moderne wie Henry Ford wußten (vgl. Ford o. J., S. 40ff., 111), daß für ein funktionstüchtiges Wirtschaftssystem ein ausgewogenes Verhältnis von Erwerbsarbeit und Freizeit unerlässlich ist. Er praktizierte daher nicht zufällig und gegen zum Teil heftigen Widerstand anderer Unternehmer schon sehr früh die Fünf-Tage-Woche in seinem Unternehmen (vgl. hierzu Klein/Wortmann 1999).

Der Faktor Zeit wurde in dieser Betrachtungsweise jedoch noch nicht als eines der eigentlichen, letzten Ziele der Bewirtschaftung knapper Ressourcen aufgefaßt, also (noch) nicht als knappes, kostendes *Konsumgut*. Er erscheint in den klassischen Theorien nur als ein *Instrument des Wirtschaftens*, mit dessen Hilfe ein dahinterliegendes Ziel – der Konsum materieller Güter und Dienstleistungen – möglichst effektiv organisiert werden kann.

Linder (1973) hat im Anschluß an G. Becker gezeigt, daß die kontinuierliche Erhöhung des Wertes der Zeit und so auch der Freizeit infolge der gestiegenen Produktivität der hochindustrialisierten Gesellschaften dazu führt, daß die Menschen ihre als wertvoll erachtete Zeit mit der Nutzung immer höherwertiger Gebrauchsgüter verbringen, während ihnen zugleich einfache Dinge, wie aus dem Fenster zu schauen, als „inferiore Tätigkeiten“ erscheinen und hierdurch systematisch aus dem Alltag zurückgedrängt werden (vgl. die Darstellung bei Rinderspacher 1985; Kuhn/Maurer 1995; Biervert/Held 1995). Dieses Phänomen läßt sich etwas anders auch als ein Vorgang der sich kontinuierlich erhöhenden allgemeinen Stundenproduktivität der Zeit infolge einer infinitesimalen Verwendungslogik der Zeit in modernen Gesellschaften konzipieren (Rinderspacher 1985, 1997a).

Mit der „Modernisierung moderner Gesellschaften“ (vgl. Zapf 1990) modernisiert sich zugleich die Funktion der Zeit: Im Übergang von der Ersten Moderne, auf die sich Linder in den sechziger Jahren noch beziehen muß, streift die Zeit ihre Funktion als bloßes Mittel zum Zweck der Güterproduktion wie auch als bloße zeitliche Folie, auf der Konsum stattfinden kann, ab und tritt in den Rang eines eigenständigen Ziels des Wirtschaftens: Indem sie selbst ein Produkt wird, befreit sie sich von ihren finalen Fesseln und ist nicht mehr nur Zeit *für* den Güterkonsum, d. h. die zeitliche Basis

dafür, daß Güter überhaupt konsumiert werden können. Einfacher ausgedrückt: „Mehr Zeit für ...“ heißt nun mehr Zeit auch für andere Dinge als den Güterkonsum (vgl. Scherhorn 1995).

Während man im Übergang von der Ersten zur Zweiten Moderne häufig von der Hypertropie der Güter spricht (vgl. v. Klipstein/Strümpel 1977) – ein seit Mitte der siebziger Jahre geführter Diskurs über Lebensqualität und Umwelt leitete unter anderem den Übergang in die Zweite Moderne ein – und nach neuen angepaßten Lebensformen suchte, ergänzend hierzu, „Zeitnot“ von den Sozialwissenschaften als neues Phänomen entdeckt (vgl. Müller-Wichmann 1984). Das reflektierte die Tatsache, daß sich aus dem studentischen und alternativen Milieu und aus der Vielzahl der sozialen Bewegungen heraus zunehmend Werte verbreiteten, die in einem alternativen Umgang mit der Zeit, der sich nicht primär am Verbrauch irgendwelcher materieller Dinge ausrichtet, eine neue Form von Sinnerfüllung und Zufriedenheit erkannten (vgl. Scherhorn/Dahm 1999). Man kann auch sagen: die einen nicht-rechenhaften Umgang mit der Zeit als einen Zugewinn an Lebensqualität betrachten (vgl. Hörning et al. 1990), wobei es eben dieses Potential an alternativer Zeitverwendung für sich ist, welches die Beschäftigten beispielsweise zur freiwilligen Reduktion der Arbeitszeit mit entsprechender Einkommenseinbußen zu motivieren scheint. Erst an zweiter Stelle stehen konkrete Vorstellungen, womit diese größeren Zeitkontingente inhaltlich gefüllt werden sollen. So erscheinen etwa Sabbaticals als institutionalisierte zeitliche Freiräume, wie sie etwa für Hochschullehrer, Lehrer oder Pfarrer bereits angeboten werden, bereits für sich attraktiv. „Zeit für sich selbst zu haben“ – in solchen Formeln verbinden sich persönliche Aspirationen zu einer Art individueller konkreter Utopie der Zeitverwendung in einem geschützten zeitlichen Biotop. Diese Utopien zielen, soweit man sehen kann, gerade nicht auf Güterkonsum. Das schließt nicht aus, daß auch „klassische“ Motive, z. B. der Wunsch einer Weltumsegelung, der Grund für den Traum einer längeren Unterbrechung der Erwerbsarbeit sind. Unvermittelt besteht möglicherweise sogar in ein und derselben Person in anderen Lebensphasen das Ziel für die Verwendung von Zeit in völlig unspektakulären, ökonomisch „inferioren Tätigkeiten“ (vgl. Linder 1973), also der schlichten Vorstellung, im Alltag alles langsamer und mit mehr Genuß angehen zu können (Scherhorn 1995, S. 163ff.).

Zeit oder Zeitverwendung für sich erhält spätestens in der Phase der Zweiten Moderne den Rang einer Währung, ergänzt Geld-Funktionen. Zeit kann nun, anders als man lange vermutet hatte, weil man annahm, die Zeit vergehe unaufhaltsam und sei „nicht lagerfähig“ (Teriet 1976), im verbreiteten Bewußtsein der Menschen angespart oder zu einem Schatz aufgehäuft werden. Hierzu haben vor allem die seit Mitte der siebziger Jahre entstehenden Zeitkonten beigetragen, die sich vor allem in den neunziger Jahren im Zusammenhang mit der Flexibilisierung der Arbeitswelt allerorten durchsetzen konnten (vgl. Klenner/Seifert 1998). Von den Zeitkonten können, so deren Konzeption, nun Entnahmen vorgenommen werden, sie können sich auf kurze Zeiträume, z. B. Wochen- oder Monatsfristen, wie auf die Lebensspanne eines Menschen beziehen (Rinderspacher 1998b). Vor allem aber ist der *Verwendungszweck nun kontingenter* als früher. Mit dem Zeitkonto kann die Zeit bevorratet werden, ohne sie wie dereinst an bestimmte Tätigkeiten, Zwecke oder Personen binden zu müssen.

Historisch möglich wurde dieser Entwicklungsschritt zum einen mit dem Entwicklungsgrad der Individualisierung, die eine größere Selbstverantwortung und einen erweiterten Horizont der Fernorientierung nach sich zieht. Eine weitere Voraussetzung ist, daß die Zeitverfügung nach Art und Umfang für einen großen Teil der Bevölkerung erst in der Zweiten Moderne weit über das Niveau reiner Regenerationsnotwendigkeiten hinaus gewachsen ist und von daher überhaupt erst als eigenständige Komponente des individuellen Wohlstands erfahren werden kann.

Gleichwohl bleibt der von Linder in bezug auf die Güternutzung (vgl. die Darstellung bei Scherhorn 1995) festgestellte ökonomische Druck, infolge der allgemein hohen Bewertung von Zeitkontingenten „mit der Zeit etwas Sinnvolles anstellen zu müssen“, auch in der Zweiten Moderne bestehen. Doch die Sinnhaftigkeit im Umgang mit der Zeit muß sich nun auf einem anderen, dem postmateriellen Feld bestätigen, also nicht nur darin, in der sehr wertvollen Freizeit ein teures Segelboot zu nutzen oder eine kostspielige Bildungsreise in ferne Ländern zu unternehmen. Aus dieser Sicht erscheint es dann plötzlich auch wieder gerechtfertigt, es sich zu relativ geringen Kosten, d. h. ohne die Kombination der wertvollen Zeit mit hochwertigen Gütern, auf einer öffentlichen Liegewiese unter heimischer Sonne gutgehen zu lassen. Der Wert einer nach der alt-modernen Auffassung nutzlosen Zeitverbringung ist in der letzten Dekade von verschiedenen Autoren immer wieder hervorgehoben worden und wird seitdem als sinnerfüllte Tätigkeit, ja geradezu als unerlässliches Vitamin des nach-modernen Lebensstils propagiert (vgl. Geißler 1996). Phasen der Ruhe und der Kontemplation werden in zahllosen populären Veröffentlichungen einem breiten Publikum gewissermaßen zum regelmäßigen Konsum empfohlen.

Nicht zufällig ist im Übergang von der Ersten zur Zweiten Moderne eine soziale Differenzierung entlang der präferierten Zeitverwendungsmuster zu beobachten, die im engen Zusammenhang mit der Auflösung alter Klassenschranken (vgl. Müller/Schmidt 1995; Noll 1999) und der Ausdifferenzierung neuer Lebensstile und Lebensformen (vgl. Lüdtke 1995) steht, bzw. letztere drücken sich in ersteren aus. So kann sich quer zu der traditionellen Schichtung eine gesellschaftliche Gruppe herausbilden, deren Kennzeichen es ist, daß sie die Verfügung über Zeit stärker anstrebt als die Verfügung über Güter und für die der Besitz von Gütern nur noch final betrachtet wird im Hinblick auf das Ziel einer wie auch immer verstandenen hohen Qualität der Zeitverbringung.

Hier bietet die Zweite Moderne – wieder einmal – Wahlmöglichkeiten an, die so in der Ersten Moderne aus verschiedenen Gründen nicht gegeben waren. Die von der Gesellschaft bzw. von den Individuen emphatisch *herausgewirtschaftete*, sehr wertvolle Zeit wird vom einen Teil der Bevölkerung wie ein Luxusgut einfach nach Gusto, spontan und wenig rechenhaft eingesetzt, von einem anderen dagegen bis in die kleinsten Verästelungen des Alltags genau kalkuliert, ja man könnte bei dieser Gruppe von einer Taylorisierung des Alltags sprechen (vgl. Voß 2000). Was die Zweite Moderne charakterisiert, ist eben, daß die Individuen das *Muster ihrer Zeitverwendung* im Tages-, Jahres- und Lebensverlauf in diesem Sinne weithin wählen *möchten*, was jedoch noch nichts darüber aussagt, inwieweit sie dies aufgrund äußerer Umstände auch faktisch tun können (vgl. Lüdtke 1995). Das Ganze vollzieht sich freilich auf einem ver-

hältnismäßig hohen Lebensniveau sowohl dieser spezifischen Gruppe der Zeitinnovateure als auch der Gesellschaft insgesamt. Und es darf nicht verschwiegen werden, daß damit unter Umständen erhebliche Risiken für die eigene Erwerbsbiographie verbunden sein können (vgl. Rinderspacher 1998a).

Die folgende Abbildung stellt einerseits den historischen Wandel der primären gesellschaftlichen Wohlstandsziele dar, die sich weiter ausdifferenzieren, ohne daß sich allerdings die historisch früher entstandenen Ziele auflösen. Dabei ist, wie in der rechten Spalte angedeutet, bemerkenswert, daß sich auf dem Weg zur Zweiten Moderne zusätzlich die Homogenität der Ziele, d. h. deren Verbindlichkeit für alle Mitglieder der Gesellschaft, auflöst. Am Ende stehen die Vielfalt der Lebensstile und die Koexistenz verschiedener Zeitmuster und zeitlicher Optionen.

Abb. 2: Wohlstandsziele im Wandel

	Zentrales gesellschaftliches Wohlstandsziel	Grad der sozialen Ausdifferenzierung des Wohlstandsziels
Vormoderne (Lebens-)Zeit als freies Gut	Primat der Vermehrung der <i>Güter</i>	homogen
Erste Moderne (Lebens-)Zeit als bewertete Ressource	<i>Zeitgewinn</i> als Bedingung der Möglichkeit für wachsenden <i>Güterkonsum</i>	weitgehend homogen
Zweite Moderne (Lebens-)Zeit als bewertete Ressource und zugleich als Konsumgut	<i>Zeitgewinn für Zeitkonsum</i> als eigenständiges Ziel	Koexistenz verschiedener Lebensstile und Zeitmuster für alle sozialen Schichten

Weiterhin zeigt sich: Zeitwohlstand ist ein Begriff, der erst unter den Vorzeichen der modernen Industriegesellschaft, in der die Zeit eine systematische Bewertung erfährt, Sinn macht, nicht aber in der Phase davor, als die Zeit ein noch freies Gut war. Hier könnte man eher von „ursprünglichem Zeitwohlstand“ (vgl. Rinderspacher 2000a) sprechen. Der Begriff macht explizit, daß die Verfügung über Zeit unter den Bedingungen der Moderne selbst ein buchstäblich zu erarbeitendes Ziel, das Ergebnis ökonomischer Prozesse ist sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft.

Erst in der Zweiten Moderne scheint das Ziel der individuellen Gestaltung von Zeit jenseits der kollektiven Zeitinstitutionen (vgl. Maurer 1992, S. 157ff.) in greifbare Nähe zu rücken. Die reflexive Moderne eröffnet damit die Chance, dem Typus des Zeitwohlstands der Ersten Moderne eine zusätzliche Qualität hinzuzufügen. In diesem Zusammenhang ist nun der tiefgreifende Wandel der Zeitinstitutionen zu untersuchen. *Die Vision* einer möglichst geringen Zeitbindung an notwendige Dinge mit dem Ziel möglichst großer Handlungsfreiheit, die seinerzeit erst ansatzweise als Freiheit der Zeitgestaltung thematisiert wurde, ist so neu nicht, sie findet sich bereits in

zahlreichen Sozialutopien des letzten Jahrhunderts, etwa bei P. Lafargue, der schon im 19. Jahrhundert das Recht auf Faulheit und den Vier-Stunden-Tag propagierte. Freilich unter bestimmten politischen Vorzeichen, die sich im historischen Verlauf als obsolet erwiesen haben, hat nicht zuletzt Karl Marx die Utopie von einer materiell gut gestellten Gesellschaft bei zugleich hoher Verfügbarkeit des Individuums über seine Zeit artikuliert. *Die Realisierung* dieser Vision bedurfte allerdings eines langen Weges.

4.4 Funktionswandel der Zeitinstitutionen

Im Übergang von der Ersten zur Zweiten Moderne hat sich auch ein Funktionswandel der Institutionalisierung zeitlicher Regelungen vollzogen. Mit der zunehmenden Individualisierung erscheint die einstige Schutzfunktion der zeitlichen Areale nun plötzlich als Fessel der persönlichen Zeitgestaltung. Doch zugleich scheinen kollektiv gesicherte Areale und Institutionalisierungen von Zeitstrukturen an Bedeutung eher noch zu gewinnen. Um diesen scheinbar widersprüchlichen Prozeß geht es im folgenden.

Der individuelle Zeitwohlstand ist wie der Güterwohlstand immer in Relation zum jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu betrachten. Das Charakteristische des Wohlstandsbegriffs, wie er in der Tradition der Ökonomie bis hin zur neueren Wohlstandsökonomik diskutiert wurde, ist nach Neumark darin zu sehen, „daß sie alle (die verschiedenen Begriffe, J. R.) auf die materielle Wohlfahrt von Personen abzielen, die *gesellschaftswirtschaftlich miteinander verbunden sind*, nicht also: auf die von Individuen als solchen“ (vgl. Neumark 1964, S. 9). Damit ist individueller Wohlstand und so auch Zeitwohlstand eine Funktion sowohl des allgemeinen Wohlstandsniveaus als auch der geltenden Verteilungsregeln: Wem wird unter welchen Bedingungen ein Zuwachs an Zeit – was immer das substantiell sein mag – zugestanden oder nicht? Damit sind wir wieder bei den Tarifverhandlungen, in denen der von den Tarifparteien konsenshaft zugrunde gelegte Produktivitätszuwachs einmal zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite und hier unter den Beschäftigten wieder in Form von Lohnzuwachs oder Zeitzuwachs (Arbeitszeitverkürzung) oder einer Mischung aus beidem ausgezahlt werden kann.

Das, was an Zeitwohlstand erwirtschaftet worden ist, ist mit anderen Worten als Abzug vom potentiellen Güterwohlstand entstanden – jedenfalls wenn man davon ausgeht, daß der Produktivitätszuwachs nur einmal verteilt werden kann (siehe oben). Im Falle einer linearen Arbeitszeitverkürzung entspricht eine Stunde weniger Arbeit pro Woche ungefähr 2,5% Lohnerhöhung. Wie gezeigt, hat die Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Epochen unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt und einmal stärker den Einkommensfaktor, das andere Mal den Zeitfaktor betont. Der Zeitwohlstand steht damit in einem Substitutionsverhältnis zum Güterwohlstand, d. h. die Gesamtsumme des Wachstums der Produktivitätsentwicklung kann *ceteris paribus* nicht überschritten werden. Damit kommt es mit Blick auf das Wohlstandsniveau einer Gesellschaft darauf an, Güterwohlstand und Zeitwohlstand in ein optimales Verhältnis zueinander zu setzen. Wie dieses Optimum aussieht, darum geht der

alljährliche Konflikt in den Tarifaueinandersetzungen, in der medialen, aber auch in der innergewerkschaftlichen Öffentlichkeit.

Das bislang historisch erreichte Ausmaß an Freizeit in Verbindung mit den vielfältigen Erscheinungen des sozialen Wandels wirft die Frage auf, ob bzw. wie lange eine Erhöhung des Zeitwohlstands noch mit einer weiteren Reduktion abzuleistender Arbeitsstunden erreicht werden kann. Seit Mitte der siebziger Jahre deutete sich eine Verlagerung der Thematik von der chronometrischen auf die chronologische Dimension an, also auf Lage und Verteilung der Arbeitszeiten. Spätestens mit Erreichen der 32-Stunden-Woche, wie sie von einigen Einzelgewerkschaften gefordert wird bzw. gefordert wurde (vgl. IG Metall 1998), oder gar der 30-Stunden-Woche (vgl. Kurz-Scherf 1995a) könnte der qualitative Umschlagpunkt erreicht sein.

Die Wirksamkeit der zur Verteilung anstehenden Zeitkontingente im Hinblick auf die Wohlfahrtsproduktion hängt sowohl von ihrem Umfang als auch von der Art der Verteilung oder Umverteilung der Zeit ab. Das gilt grundsätzlich, gewinnt jedoch durch die quantitative Zunahme des zur Verteilung anstehenden Zeitkontingents in Zukunft an Bedeutung. Eine Reduktion der Arbeitszeit um eine Stunde, etwa von einem Zehn-Stunden-Tag auf neun Stunden, könnte einen anderen Wohlfandseffekt haben als eine Reduktion von sieben auf sechs Stunden. Hier ließe sich analog zum ökonomischen Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses möglicherweise davon sprechen, daß ein immer größeres Zeitkontingent aufzuwenden ist, um auf einem stetig steigenden Niveau der Arbeitszeitverkürzung bzw. der nicht mit Erwerbsarbeit verbrachten Zeit der Beschäftigten eine weitere, spürbare Verbesserung der zeitlichen Situation zu bewirken. In einem ähnlichen Zusammenhang sprechen Offe/Heinze von einer abnehmenden Wohlfahrtsproduktivität der Zeit (vgl. auch Offe/Heinze 1990, S. 36ff.). Das hohe Niveau an bereits vorhandenem Zeitwohlstand bzw. das niedrige Niveau der Arbeitszeitdauer, von der zusätzliche Arbeitszeitverkürzungen heute ausgehen, erfordert mit anderen Worten größere Schritte als etwa vor 50 Jahren, um den gleichen positiven Effekt auf die Lebensgestaltung und die Zufriedenheit der Menschen auszulösen. Nach Offe/Heinze hat bereits eine Art zeitlicher Übersättigungseffekt stattgefunden, der weitere Verkürzungsstrategien der Gewerkschaften nach dem konventionellen Muster für den größten Teil der Beschäftigten unattraktiv macht.

Hinzu kommt, daß die Verwendung frei verfügbarer Zeitkontingente durch den einzelnen mit der Freiheit zugleich das Risiko des Scheiterns in sich birgt. Ähnlich wie ein Geldbetrag nicht für sich schon zu mehr Wohlstand führt, ist die Verfügung über Zeit an ein bestimmtes Rationalverhalten gebunden, um als Zuwachs an persönlichem Wohlstand realisiert werden zu können. Ein solches Rationalverhalten eines klugen – nicht unbedingt im landläufigen Sinne effektiven – Umgangs mit der Zeit basiert einerseits auf individuellem Wahlverhalten der Zeit-Konsumenten über verschiedene Alternativen der Verwendung ihres Guthabens. Andererseits wird es jedoch nicht unwesentlich durch kollektive Verhaltensnormen gesteuert und durch Leitbilder für den vernünftigen Umgang mit Geld unterstützt, wie dem des mündigen Verbrauchers (vgl. Eichler/Scherhorn 1978).

Solche Regeln für den als sinnvoll, nützlich und anständig geltenden Umgang mit der Zeit sind in den Zeitinstitutionen codiert, beispielsweise wie man am besten seinen Urlaub verbringt oder was man am Sonntagnachmittag tun sollte und was nicht. Die in den Zeitinstitutionen gewissermaßen gespeicherten Verhaltensnormen entlasten die Individuen von ständigen Rechtfertigungen für ihre Entscheidungen und tragen somit, trotz oder gerade wegen ihres restriktiven Charakters, zu einer gelungenen Lebensführung bei. Das widerspricht nicht dem individuellen Bedürfnis, die Handlungsbeschränkungen, die die Zeitinstitutionen produzieren, fallweise zu durchbrechen oder phasenweise ganz außer Kraft zu setzen. Die Institutionalisierung von Zeitverwendungsmustern scheint daher unter bestimmten Verhältnissen geradezu eine Voraussetzung für die Verwandlung nominal verfügbarer Zeitguthaben in effektiv gelebten Zeitwohlstand zu sein.

Was in der Zweiten Moderne geschieht, ist nicht nur das häufig zitierte Aufbrechen sogenannter starrer Arbeitszeitmuster zugunsten flexiblerer Formen, sondern gleichlaufend hierzu ein Wandel der Art, des Typus der Hervorbringung neuer und der Verfestigung bestehender Zeitmuster. Das heißt, die *Form* der Institutionalisierung von Zeitmustern als solche ist ebenfalls einem Wandel unterworfen: Während die traditionell-industriegesellschaftlichen Zeitinstitutionen der Ersten Moderne zumeist von zentralen gesellschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, zum Teil Arbeitgeberverbänden oder großen Unternehmen vorgedacht und zum Teil mit gesetzlicher Unterstützung immer wieder legitimiert und verteidigt wurden, scheinen sich in Zukunft Zeitinstitutionen häufiger dezentral und spontan, d. h. als Institutionalisierungen kleinerer gesellschaftlicher Einheiten wie Betriebe oder gar Familienhaushalte, durchzusetzen (hierzu auch Issa 1998). Sie bewegen sich zum Teil auf Mikroinstitutionalisierungen (Schüle 1987) des Umgangs mit der Zeit zu, die nur noch kleinere Gruppen betrifft, welche nur noch ihren eigenen zeitlichen Mikrokosmos regelhaft konstituieren. Die Menschen finden also jenseits oder unterhalb der großen Zeitinstitutionen sehr spezifische, personen- und gruppenbezogene Wege, ihr Zeiteinkommen bzw. ihre Zeitguthaben effektiv in persönliches zeitliches Wohlergehen umzusetzen.

Die neue Optionalität ist allerdings eine notwendige, keine zureichende Bedingung hierfür. Die Individuen müssen, um erfolgreich zu sein, über ein hohes Niveau an sozialer Kompetenz und an Durchsetzungsfähigkeit auf den Arbeits- und Gütermärkten verfügen. Es sind, wenn überhaupt, die Gewinner der Modernisierung, die eine starke Position auf dem Arbeitsmarkt haben, die in die Lage versetzt sind, Zeitsouveränität realisieren zu können.

Die Realisierung von individuellem Wohlstand im allgemeinen und Zeitwohlstand im besonderen ist somit abhängig zum einen von gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten, zum anderen von den individuellen Kompetenzen der Akteure. Sie tragen auf der Basis der ökonomischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen einer Epoche, innerhalb derer sich das Individuum mehr oder weniger effizient bewegen kann, dementsprechend auch mehr oder weniger zur Steigerung ihres Wohlstandes bei. Dies galt bereits für die Erste Moderne in bezug auf den Umgang mit Gütern und Dienstleistungen. Mit der Zweiten Moderne kommt ein qualitativ neues Wohlstandsziel

hinzu, das sich speziell auf die *individuelle* Organisation der Zeit im Alltag richtet. Denn in der Ersten Moderne, in der vor allem die zeitlichen Areale Zeitwohlstand bereitstellen, sind die Adressaten noch nicht vorrangig die Subjekte, der einzelne Mensch oder gar der Single. „Samstags gehört Vati mir!“, die Kampagne der fünfziger Jahre, appellierte wie gesagt nicht zufällig an den Zeitwohlstand einer *sozialen Gruppe*, in der die Menschen im „Normalfall“ ihren Lebensmittelpunkt und damit den Mittelpunkt ihrer alltäglichen Zeitorganisation sahen. Erst in der vom Wertewandel geprägten Zweiten Moderne hat sich die Rede von „meiner Zeit“ und den Problemen ihrer Verwendung bei den selbst-bewußten Subjekten als legitimer Fluchtpunkt „ihrer“ Zeitverwendung allgemein verbreiteten können.

Mit Scherhorn könnte man dieses Motiv als die Suche nach dem „zeitlichem Wohlbefinden“ bezeichnen (vgl. Scherhorn/Dahm 1999). So wird eine m.E. sehr essentielle Differenzierung ermöglicht:

1. Zum einen ist Zeitwohlstand analog zu der von Neumark (1964) verwendeten Definition des *Volkswohlstands* eine makroökonomische Kategorie. Man könnte daher von einem *Volks-Zeitwohlstand* sprechen. Das heißt, zunächst muß, ähnlich wie ein Sozialprodukt aus Gütern und Leistungen, ein Zeitprodukt gesamtgesellschaftlich erwirtschaftet werden. Dieses kann dann nach bestimmten Regeln auf die Bevölkerung verteilt werden. Im unserem Zusammenhang ist dabei hervorhebenswert, daß Zeit, da sie kein freies Gut mehr ist, erst im oben dargestellten Sinne „produziert“, gewissermaßen unter Mitteleinsatz freigeschaufelt werden muß. Der Gewinn von Zeit versteht sich hier immer als ein *Zuwachs an Erwerbsarbeitszeitverkürzung*.
2. Auf der zweiten Ebene ist der Zeitwohlstand der Wohlstand der Individuen. Hier kommt also die Frage nach der *Verteilung des Volks(-Zeit-)Einkommens* (vgl. Neumark 1964, S. 19) ins Spiel. Auch die Frage nach öffentlichem versus privatem Reichtum wäre dort anzusiedeln. Wie bei der Lohnfindung in Tarifverträgen, geschieht zunächst eine Aushandlung der Gesamtsumme der zu verteilenden Zeit für alle Beschäftigten. Hieraus ergibt sich entsprechend institutionalisierten Zuteilungsregeln die Verteilung auf die Individuen und damit deren zusätzliches Zeiteinkommen in einer bestimmten Periode (z. B. eine um ½ Stunde reduzierte Wochenarbeitszeit). Dabei ist bemerkenswert, daß mit wenigen Ausnahmen (vgl. den sogenannten Leber-Kompromiß bzw. differenzierte Arbeitszeitverkürzungen) die Zuteilung von Zeitkontingenten an alle Beschäftigten in absolut gleichem Umfang erfolgt (z. B. ½ Stunde Arbeitszeitverkürzung in der Woche in einem Tarifbezirk), ganz unabhängig von der Qualifikation oder Lohngruppe, während die Zuwächse der Geldeinkommen infolge der prozentualen Berechnung differenziert ausfallen.
3. Schließlich bleibt die Frage nach der Verwendung des Zeiteinkommens und seiner Verwandlung in individuellen zeitlichen Wohlstand. Das Ziel wäre die Realisierung „*zeitlichen Wohlbefindens*“. Hieran sind wieder unterschiedliche Voraussetzungen geknüpft, die später noch zu erläutern sind.

Während „*Zeitvolkswohlstand*“ (1) wie oben dargestellt als eine gesamtgesellschaftliche bzw. gesamtwirtschaftliche Kategorie zu verstehen ist, also auf der Makroebene

anzusiedeln ist, reflektiert der Begriff des zeitlichen *Wohlbefindens* (3) die Perspektive des „mündigen Verbrauchers“, hier genauer: des „Zeit-Verbrauchers“. Dessen (einzelwirtschaftliches) Streben nach zeitlichem Wohlbefinden ist, ähnlich dem Streben nach materiellem Wohlbefinden, der Grund, warum er überhaupt Zeitwohlstand (2) realisieren will. „Zeitliches Wohlbefinden“ wäre dementsprechend eine Funktion eines möglichst effektiv eingesetzten Zeitwohlstandes, über den das Individuum in unterschiedlicher Form verfügen kann, der seinerseits wieder auf dem *gesamtgesehlichen Zeitprodukt* (1) beruht.

Wie kann das Individuum heute, im Spannungsfeld alter und neuer Zeitinstitutionen und unter der Bedingungen fortschreitender De-Institutionalisierung, die dem Individuum eine größere Verantwortung zumutet, seine Chancen zur Erhöhung seines zeitlichen Wohlbefindens durch Vermehrung seines Zeitwohlstandes verbessern?

Die Chance wie die Zumutung der Zweiten Moderne für das Individuum besteht, wie oft gesagt worden ist, in einer immer rasanteren Veränderung der es umgebenden Parameter seines Alltagslebens. Hierzu gehört die Infragestellung bestehender Zeitinstitutionen, etwa des freien Wochenendes und seiner Komponenten in der medialen Öffentlichkeit in Verbindung mit zum Teil sehr tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitszeitregelungen, die wiederholt in kurzen Abfolgen vom Arbeitgeber eingeführt werden. So etwa, wenn nach einer über ein Jahrzehnt währenden Phase sich fortentwickelnder *variabler* Arbeitszeitsysteme ganz überraschend für alle Produktionsarbeiter ein konventionelles Dreischichtsystem eingeführt wird, welches die gewohnte Vielfalt beendet. In welcher Weise die Vielfalt und kurzfristige Variabilität der Arbeitszeitsysteme die Alltagsplanung der Familienhaushalte sowie die Verkehrsinfrastruktur u. a. m. nachhaltig tangiert, konnte erst kürzlich in einer Reihe von Untersuchungen nachgewiesen werden (vgl. Eberling/Henckel 1998 sowie Hielscher/Hildebrandt 1999).

Auf Dekaden gerechnet, ist die ständige Veränderung vorfindlicher Zeitinstitutionen ein völlig normaler Vorgang. Ebenso normal ist, daß entsprechend den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen das eine Mal die Kapitalseite, das andere Mal die Gewerkschaften hinsichtlich der Gestaltungsmacht in der Vorhand sind. Unter den Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit können die Unternehmen ihre Interessen naturgemäß effizienter umsetzen als unter anderen Vorzeichen. Zu Beginn der Flexibilisierungsdiskussion schien es, als könnten künftige Arbeitszeitsysteme das Ergebnis von Verhandlungen zweier gleichgewichtiger Partner mit grundsätzlich kompatiblen Interessen sein: Die Wahl der Arbeitszeiten entsprechend dem individuellen Lebensentwurf auf der einen Seite ginge zusammen mit dem betrieblichen Interesse einer effektiveren Nutzung der Produktionsfaktoren (vgl. Hoff 1986) auf der anderen. Doch die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat die Gewerkschaften und viel mehr noch den/die individuelle/n Arbeitnehmer/in in eine so defensive Position gebracht, daß von einem fairen Ausgleich der Interessen bis zur Wiederherstellung eines Kräftegleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage *vorerst* nicht die Rede sein kann. Gegenwärtig geraten Arbeitszeitsysteme und noch mehr bestehende Zeitinstitutionen, anders als von interessierter Seite immer wieder behauptet (vgl. z. B. Der Arbeitgeber Nr. 3/1999), nicht primär durch Wertewandel, Individualisierung und Pluralisierung unter Verän-

derungsdruck. Der entscheidende Impuls zum Umbau und Rückbau bestehender kollektiver Formen des Zeitwohlstandes geht von den Bestrebungen der Unternehmen aus, Arbeits- und Betriebszeiten auf die Anforderungen des Marktes – oder was diese jeweils dafür halten – hin zu organisieren (vgl. Hartz 1996). Dies indiziert gegensätzliche Interessen zwischen der Erhöhung des Zeitwohlstandes der Beschäftigten hier und der Optimierung des Personaleinsatzes und der Maschinenlaufzeiten dort, die sich tendenziell weiter zuspitzen.

Die zentrale Frage ist damit, ob unter den Bedingungen einer tendenziell zunehmend vom Markt diktierten Zeitallokation die erreichten Standards des Zeitwohlstandes sich schlicht ersatzlos auflösen oder ob möglicherweise auch innerhalb der wieder verstärkt von einer äußeren Instanz gesteuerten Rhythmisierung des modernen Alltags neue, vielleicht sogar größere Chancen der Produktion und Realisierung von Zeitwohlstand liegen. Das könnte bedeuten, Zeitwohlstand jenseits der Arealität zu denken. Er bestünde dann nicht mehr unbedingt wie in der Ersten Moderne in einem möglichst hohen Volumen von Nicht-Arbeitszeit (vgl. die Herleitung oben), sondern eher in der intelligenteren Anpassung der Menschen an die neuen äußeren Vorgaben der Marktökonomie. Dabei könnte es sein, daß analog zu den Möglichkeiten, die auch ein Geldeinkommen bietet, das zeitliche Wohlbefinden in Zukunft weniger durch die rein quantitative Ausweitung der nicht mit Erwerbsarbeit verbrachten Zeit zustande kommt, als vielmehr durch eine effizientere Allokation der privaten Zeiteresource, d. h. durch genauere Zeitplanung, gewissermaßen dadurch, daß man die Minute zweimal umdreht. Das Zeiteinkommen würde hier mit anderen Worten von seiner Verwendungsseite her optimiert. Man kann allerdings kritisch einwenden, daß die Zeit eine Materie sei, die, jedenfalls wenn zeitliches Wohlbefinden dabei entstehen soll, nicht nach dem Muster der Optimierungskriterien für die Ressource Geld bewirtschaftet werden kann (vgl. Rinderspacher 1998b).

Die ursprüngliche Arealität des Zeitwohlstandes wird überlagert von zunehmender zeitlicher Ubiquität. Die für die Zweite Moderne typische Auflockerung der sozialen und wertmäßigen Bindungen, der Ortsbindung sowie eine erhöhte finanzielle Unabhängigkeit der Menschen eröffnen die Möglichkeit, den Schutz der zeitlichen Areale zu verlassen und Elemente von Zeitwohlstand überall auf dem Tableau der 24 Stunden des Tages und der 168 Stunden der Woche sowie der 365 Tage des Jahres zu suchen. Auch die höhere Lebenserwartung trägt dazu bei, weil erhoffte Ziele nun über eine weitere Zeitspanne verteilt, d. h. gewählt werden können; andererseits führt derselbe Mechanismus zu neuen, auf der Zeitachse gerade sehr festgelegten Mustern, etwa im Hinblick auf die Anforderungen an die berufliche Karriere (vgl. Kohli 1994).

Es läßt sich eine *De-Institutionalisierung* des Verständnisses von Zeitwohlstand beobachten: Nun möchte das Individuum auch darüber befinden, ob eher die areale oder die ubiquitäre Form des Zeitwohlstandes ihm als die bessere Möglichkeit zur Erlangung seines höheren zeitlichen Wohlbefindens dienen soll. Das äußert sich etwa im Protest gegen Sonntagsarbeitsverbote oder in Vorbehalten gegen den Ladenschluß. Zeitliches Wohlbefinden sei am besten durch die Freigabe aller zeitlichen Reglementierungen zu verwirklichen, so die Argumente nicht nur von politischen Interessengruppen. Vom Standpunkt eines rigorosen Optionalismus ist dies freilich konsequent

zu Ende gedacht. Damit stehen die Arealität, aber auch die Disponibilität als solche zur Disposition: Was die einen als größere Chance zur Eigengestaltung ihrer Zeit auffassen, ist für die anderen die Zumutung, mit eigenverantwortlicher Zeitgestaltung klarzukommen. Was für die einen tatsächliche Zugewinne an Handlungsfreiheit bringt, führt bei den anderen zu deren Einschränkung. Die Reflexivität der Zweiten Moderne kann selbstredend nicht vor den *Spielregeln* haltmachen, sie schließt daher eine permanente Überprüfung der erreichten grundlegenden Standards und Normierungen der Zeitorganisation ein. Die Zweite Moderne wäre nicht das, was man von ihr erwartet, würde sie nicht als Alternative zu den von ihr hervorgebrachten bzw. ermöglichten Formen, hier zum Prinzip der Vielfalt, als eine Option neben der Vielfalt auch den Rigorismus der Ersten Moderne bereithalten.

Entsprechend ist, gewissermaßen reflexiv, auf die Norm der Optionalität schon wieder ein darüber hinausweisender Trend in der Arbeitszeitpolitik erkennbar. Zum einen begehren die Beschäftigten und ihre Vertreter selbst gegen das Ausufern von Flexibilitätsmodellen auf, seit deutlich geworden ist, daß diese im wesentlichen der Effektivierung des Produktionsprozesses dienen und nur in Ausnahmefällen die Optionen der Beschäftigten zum Zuge kommen. Dem entspricht eine Praxis des Einsatzes variabler Arbeitszeitmodelle von seiten der Unternehmen, die man als „neue Despotie der Arbeitszeit“ bezeichnen könnte (vgl. hierzu Hielscher/Hildebrandt 1999). Die neuesten Entwicklungen deuten nun sogar darauf hin, daß die Unternehmen selbst ihrer eigenen Flexibilisierungspolitik überdrüssig geworden sind. Zunehmend beobachtet man den Rückbau der Optionenvielfalt. Sie wird ersetzt durch eher traditionelle variable Arbeitszeitmuster. So etwa bei der Volkswagen AG in Wolfsburg, wo vor einiger Zeit ein starres Dreischichtsystem eingeführt worden ist, bei dem der Samstag zwar frei bleibt, dafür allerdings regelmäßige Nacharbeit gefordert wird. Der Betriebsrat begründet seine Zustimmung hierzu mit dem Hinweis, dadurch würden unter anderem eine gegenüber der Vielfalt der Fleximodelle deutlich verbesserte Synchronität der privaten Alltagsgeschäfte der Familien sowie ein freies Wochenende ermöglicht und hierdurch der Zeitwohlstand gegenüber den Vorgängermodellen vergrößert.

Der Erfahrungshintergrund dieser Wende ist leicht nachzuvollziehen. Zum einen hat die erwartete zeitliche Freiheit infolge der Festlegung der variablen Arbeitszeiten durch die Betriebe nie wirklich stattgefunden, zum anderen erfordert zeitliche Dispositionsfreiheit, sofern sie unter der Bedingung eines sich im näheren sozialen Umfeld der Beschäftigten allgemein auflösenden kollektiven Lebens- und Arbeitsrhythmus erfolgt, ein erhebliches Maß an neu hinzutretender Koordinationsarbeit. Viel Zeit geht verloren für die zeitliche Organisation der Alltagsgeschäfte, die Freiheit der Zeitgestaltung beansprucht einen großen Anteil der gewonnenen Freizeit für sich. Schon vor weit über einem Jahrzehnt wurde von vielen Autoren (vgl. etwa Müller-Wichmann 1984) darauf hingewiesen, daß die frei disponible Zeit weithin in Tätigkeiten fließt, die im Bereich der Vorleistungen außerhalb dieser liegenden Zwecke, d. h. im „Nicht-Eigentlichen“ anzusiedeln seien.

In der Aufweichung zeitlicher Areale können grundsätzlich auch Chancen liegen. Als funktional äquivalent dürfen andere Formen zeitlicher Institutionalisierung allerdings nur angesehen werden, sofern die den Arealen ursprünglich zuge dachte Schutzfunk-

tion ebenso wie ihre Wohlfahrtsfunktion für die Individuen durch anderes substituiert werden können. Hierzu tragen zweifellos eine allgemein gestiegene Kompetenz und Durchsetzungsfähigkeit sowie ein höheres Selbstbewußtsein der Menschen bei, was sie befähigt, sich besser zu informieren und besser ihre Interessen einzubringen. Wenn zeitliche Areale künftig verstärkt durch einen „Zeitmarkt“ ersetzt werden sollten (vgl. Rinderspacher 1998b), stellt sich allerdings die Frage, ob es auf diese Weise noch gelingen kann, die Menschen zeitlich besserzustellen, ohne andere schlechterzustellen. Denn Märkte produzieren, gewissermaßen als Nebenfolgen, stets Verlierer. Dadurch könnte es passieren, daß die Gesellschaft bzw. ein Teil ihrer Mitglieder zwar von gewissen Einschränkungen ihrer persönlichen Dispositionsmöglichkeiten befreit wird, die den Arealen notwendig anhaftet, dafür jedoch in andere fremdbestimmte Zeitbindungen hineingeraten. Die Tendenz zur De-Institutionalisierung und deren Substitution durch Re-Institutionalisierung in den kleinen Einheiten, etwa der Familie, enthält die Chance der alltagsnahen Zeitgestaltung durch die Betroffenen (vgl. Mückenberger 1998; Issa 1998). Sie birgt jedoch zugleich die Gefahr der Entrhythmisierung der Gesellschaft als Ganzer, von der per Saldo Zeitwohlstandsverluste zu erwarten sind (vgl. Rinderspacher 1987, 1998a).

Darin nun liegt jedoch ein fundamentaler Widerspruch, gerade wenn das normative Ziel oder die selbstlaufende Entwicklung des Modernisierungsprozesses (vgl. hierzu die Problematisierung oben) auf die Steigerung der individuellen Freiheit und Kompetenz hinausläuft bzw. hinauslaufen soll (vgl. Beck 1997). Wie im ersten Teil dargestellt, implizierten das Projekt der Moderne und seine technologische Implementation, die Industrialisierung, eine epochale Steigerung der Rationalität in dem Sinne, daß die ungezügelter Natur dem Menschen allorts zu Diensten gemacht werden sollte. Die Rationalisierung von Zeitstrukturen, etwa die Institutionalisierung und Normierung von Arbeitszeiten, stellte einen entscheidenden Schritt in diese Richtung dar. Die Visionen der Sozialutopisten vom Zeitwohlstand (bzw. von dem, was wir heute als diesen bezeichnen würden) erfüllten sich zu einem nicht unerheblichen Teil dadurch, daß es den hochindustrialisierten Ländern gelang, komplementär zum Produktionsbereich das Areal der Freizeit zu kreieren, innerhalb dessen das *Recht auf Freizeitnahme* zur *unabhängigen Variablen* gegenüber den Anforderungen des Produktionsbereichs werden konnte. Gleichzeitig konnten mit steigendem Wohlstand die Ansprüche der Ökonomie an die Menschen als abhängige Variable behandelt werden. Mit anderen Worten: Die wirtschaftlichen Aktivitäten der Gesellschaft hatten sich zu bewegen innerhalb eines zeitlichen Rahmens zwischen freiem Wochenende, 38-Stunden-Woche, sechswöchigem Urlaub und einer Begrenzung der Lebensarbeitszeit. In dieser Fixierung der unabhängigen (Zeit-)Variablen liegt zumindest der Kern des Zeitwohlstandes der Ersten Moderne.

Gegenwärtig verzeichnen wir eine dramatische Umgewichtung: Freizeit wird, zumindest was ihre Lage betrifft, wieder *abhängig*, und zwar von den mehr oder weniger zufälligen Wellenbewegungen des Marktes, die sich im Rahmen von Konzepten der „atmenden Fabrik“, als Bandbreitenmodelle, Jahresarbeitszeitregelungen, Kapovaz oder befristete Arbeitsverhältnissen mehr und mehr durchsetzen. Mit dieser Anpassung an die Amplituden wirtschaftlicher Bewegungen erfolgt eine Art zeitlicher Renaturierung der Arbeitswelt (vgl. Rinderspacher 2000a), in deren Gefolge die Seite

der Produktion, obwohl die Arbeitszeit quantitativ reduziert ist, hinsichtlich der Gestaltungsmöglichkeiten der Alltagsgeschäfte und der Freizeit erneut die Oberhand gewinnt. Die Kontrolle über die Zeit der Individuen geht an den Markt, an die zweite Natur des Menschen, zurück.

4.5 Arbeitszeitpolitik zwischen Defensive und Offensive

Die Thematisierung von Zeitinstitutionen und Zeitwohlstand ist damit auch zu einer politischen Grundsatzfrage geworden. Sie hat nach dem bisher Gesagten eine *defensive* und eine *offensive* Komponente. Defensiv geht es um die Abwehr des Rückbaus bestehender Zeitinstitutionen, wie sie von den Unternehmen betrieben wird. Deren Strategie beinhaltet sowohl einen Angriff auf die Zeitinstitutionen als solche, z. B. den Samstag, dessen Herausgehobenheit schlicht bestritten wird, als auch einen handgreiflichen materiellen Verlust an Zeitwohlstand für die Beschäftigten, etwa durch die Verringerung „gemeinsamer Zeit“. Andererseits muß mit der Auflösung von Zeitinstitutionen und der Entstehung neuer nicht zwangsläufig ein Zeitwohlstandsverlust verbunden sein.

Die Entstehungsgeschichte der vorfindlichen Institutionen zeigt, in welchem großem Ausmaß das soziokulturelle Entwicklungsstadium, die ökonomischen Voraussetzungen und nicht zuletzt der Zeitgeist der jeweiligen Epoche die Visionen und deren Umsetzung in konkrete Zeitinstitutionen bestimmt haben. Nicht immer müssen die bestehenden Zeitinstitutionen noch heute das bewirken, was ihnen ursprünglich zugehört war. Die Beibehaltung bzw. Erhöhung des gegenwärtigen Zeitwohlstandes muß sich ja nicht nur in der Ausweitung bestehender Institutionen erfüllen. Offensiv besteht daher die Aufgabe, vor dem Hintergrund neuer Maßstäbe in einer gewandelten Gesellschaft und unter anderen ökonomischen Voraussetzungen die bekannten Zeitinstitutionen auf ihre Wohlstandswirkung hin zu untersuchen und sie ins Verhältnis zu neuen gesellschaftlichen Schwerpunktproblematiken zu setzen wie der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der anderen oben genannten Ziele der bisherigen Arbeitszeitpolitik. Denkbar wäre, daß Zeitwohlstand sich künftig in anderen Formen sogar besser realisieren läßt als im Rahmen gegenwärtig gebräuchlicher Muster. Der Ausgangspunkt künftiger Arbeitszeitpolitik sollte daher weniger die Frage nach der formalen Beschaffenheit der Arbeitszeitmodelle sein, ob diese also „starr“ oder „flexibel“ sind (hierzu Rinderspacher 2000a), als vielmehr orientiert sein an den Zielen bzw. an dem Zielbündel, das damit politisch begründet erreicht werden soll.

Die offensive Aufgabe besteht mit anderen Worten darin, die berechtigte Forderung der Beschäftigten nach Teilhabe an Wirtschafts- und Produktivitätswachstum in Form weiterer Erhöhungen des Zeitwohlstandes beizubehalten, ohne sich unreflektiert an bestehende Zeitinstitutionen zu klammern. Zugleich bedeutet dies, leistungsfähige traditionelle Institutionen unter Umständen auch dort beizubehalten, wo betriebs- oder volkswirtschaftliche Argumente eine Lockerung bestehender Regelungen nahelegen.

Zentral bleibt in diesem Zusammenhang die eingangs bei Giddens zitierte Fragestellung nach den Grundlagen des Gesellschaftlichen, des „Wir“, wie auch die Forderung

nach einer „gewelteten“ Lebenspraxis, d. h. gemeinsamer Erfahrungen in einer Welt, die erforderlich sind, um eine hermeneutische Grundlage für die Verständigung gerade in der Zweiten Moderne herzustellen (vgl. Giddens 1996; Rinderspacher 1999b). Ähnlich fragt auch Beck (1997, S. 382) etwas volkstümlicher danach, was den sozialen Kitt der modernen Gesellschaft ausmache, und gelangt zu der – nicht ganz neuen – Unterscheidung von Individualisierung und Atomisierung. Die Verlierer der Modernisierung erlebten die „Demokratisierung von Armut“. Hinter den Fassaden von Sicherheit und Reichtum würden sich die Klammerängste drohender Atomisierung einnisten. Dagegen sei von „Individualisierung zu sprechen ... sinnvoll möglich nur den Bedingungen des existierenden und funktionierenden Rechts- und Sozialstaats. Die Vergötzung des Marktes, der immer aggressivere Neoliberalismus dagegen erzeugt Atomisierung“ (ebd., S. 395).

Giddens fragt danach, was in Zukunft an die Stelle der atomisierten Individuen treten solle, und besteht auf der Notwendigkeit einer – wenn auch neuartigen – Synthese, die emphatisch Gemeinschaft ermöglicht – und sei es „nur“ die neue Form von Gemeinschaft rund um die Kneipenszene und den Markt am Winterfeldtplatz in Berlin (Giddens 1996, S. 273). Seine Hauptforderung richtet sich „gegen die Individualisierungsthese der ästhetischen wie insbesondere der kognitiven Reflexivität“ und positiv auf „die Stärkung der hermeneutischen Reflexivität und Gemeinschaft“. Am Ende seiner Überlegungen steht eine „Hermeneutik der Wiedererlangung“, die ganz praktische Formen von Gemeinschaft als Voraussetzung der Verständigung hat (ebd., S. 281f.). In diesem Sinne wird, was die künftige Gestaltung von Arbeitszeiten und der Zeitordnung der Gesellschaft insgesamt angeht, abzuwägen sein, welches das eine fördert und das andere verhindert, und zwar nicht nur der theoretischen Möglichkeit nach, sondern ebenso nach Maßgabe empirisch verifizierbarer Auswirkungen von Zeitstrukturen auf den Zeitwohlstand von Individuen und Haushalten.

Wir fassen bis hier zusammen: War das Konzept zeitlicher Besserstellung unter den Bedingungen der Ersten Moderne noch ein Rahmenkonzept großer Organisationen, die danach trachteten, die von ihnen erkämpften oder die unter ihrer Patronage stehenden zeitlichen Areale mit herausgehobenem Charakter zu institutionalisieren, etwa im Gesetz (Sonntagsschutz, Urlaub, Ruhestand) oder im Tarifvertrag (Feierabend, zum Teil freies Wochenende), so entstehen neue bzw. wandeln sich alte Zeitinstitutionen verstärkt unter der Bedingung ihrer Abkoppelung von spezifischen Organisationen. Die Veränderung bzw. Neukonstituierung von Zeitinstitutionen, wie z. B. „Sabbaticals“ oder freie Tage, steht nicht mehr unter den Vorzeichen einer großen Organisation, die sie als Teil einer langfristigen Strategie zur Hebung des Zeitwohlstandes anbietet, sondern entfaltet sich eher defensiv, etwa als Konzept zur Entlastung des Arbeitsmarktes oder, wie im Falle der Freischichten, als zufällige Restgrößen einer an Markterfordernissen orientierten Schichtplanung. Die zunehmende Individualisierung ermöglicht einen stärker eigenverantwortlichen Umgang mit der Zeit dort, wo an Stelle der aufgegebenen Institutionen sich funktionale Äquivalente in dezentralen Einheiten der Gesellschaft herausgebildet haben. Zugleich bedeutet dies nicht, daß nicht zumindest Supra-Institutionen erforderlich sind, die das Individuum vor ungerechtfertigten Zeitansprüchen Dritter schützen.

5 Die Arbeit am Zeitwohlstand als Risiko

Die Feststellung, daß politische Gestaltung im allgemeinen und die Gestaltung von Zeiten in der Gesellschaft im besonderen Risiken in sich bergen, ist trivial. Es läßt sich jedoch, wie der Risiko-Diskurs der letzten Dekade deutlich macht, im Zusammenhang mit der Zweiten Moderne von einer komplexen Risikostruktur sprechen, die sich deutlich von früheren unterscheidet, indem sie das Risiko paradigmatisch werden läßt (vgl. Beck 1986; Krohn/Krücken 1993; Evers/Nowotny 1987).

Eine zentrale Problematik besteht darin, daß der Modernisierungsprozeß von Voraussetzungen zehrt, die er selbst nicht geschaffen hat und größtenteils auch selbst nicht herzustellen in der Lage ist. Er kreierte nicht in demselben Ausmaß neue Gewißheiten, wie er die relativ klaren und alternativlosen Wahrheiten der traditionellen Gesellschaft in Frage stellt. An deren Stelle setzt er im Verlauf seines eigenen Werdeganges *eine Vielzahl* von Alternativen, Wahrheiten und Optionen, die nun zum großen Teil unverbunden nebeneinander stehen. Die Vielzahl der denkmöglichen Wege, die früher kaum ausgesprochen werden durften und sich etwa nur in Utopien Bahn brechen durften (vgl. Saage 1992; Elias 1985) werden nun zu politikrelevanten Optionen (vgl. Rinderspacher 1997b).

Ein Weiteres hat der Modernisierungsprozeß in historisch einmaliger Form bewirkt: die Gleichstellung der Menschen und ihrer Bedürfnisse und Interessen – zumindest dem Anspruch nach (vgl. Beck 1997). Als Marktteilnehmer und als Staatsbürger darf sich jede/r mit gleichen Rechten einbringen – ein altes Postulat der Ersten Moderne, des demokratischen Aufbruchs seit der Französischen Revolution und vieler anderer Bewegungen. Dieses macht sich nun, auf dem Wendepunkt zur Zweiten Moderne, in der praktischen Politik als „Bürgerinteresse“ erstmals in namhaftem Umfang bemerkbar, etwa im Gefolge der 68er Studenten- und Demokratiebewegung und anderer neuerer sozialer Bewegungen (vgl. Rucht 1994). Mit einiger Verzögerung, seit etwa einer Dekade, wird ein Partizipationsanspruch nun auch in bezug auf die zeitlichen Handlungsspielräume im Alltag geltend gemacht und nicht mehr ohne weiteres hingenommen, etwa daß die Zeitinteressen großer Organisationen völlige Dominanz beanspruchen dürfen (vgl. Mückenberger 1998).

Die trotz aller gegenteiligen Bekundungen noch völlig autoritäre Grundorientierung der Menschen in der Ersten Moderne hatte immerhin den Vorzug, daß die Mächtigen und einige alles beherrschende Organisationen, wenn auch häufig in undemokratischer Form, eine eindeutige Selektion aus den jeweils gegebenen politischen Alternativen treffen konnten und bereit waren, diese ihre Auswahl der eigenen Gefolgschaft mit dem Unterton einer letzten Gewißheit zu vermitteln. In der Zweiten Moderne dagegen werden die Individuen mit Wahlrechten nicht nur theoretisch ausgestattet; diese nehmen nun ihr Recht, selbst zu entscheiden, tatsächlich wahr, außer im Konsumbereich in der Politik, am Arbeitsplatz, in den Medien, bei der Kreation neuer

Lebensstile und bezüglich der Umgangsformen. Das schafft eine neue Ausgangssituation für diejenigen, die ihre Entscheidungen öffentlich rechtfertigen müssen.

Die zeitliche Gestaltung von Arbeit und Freizeit ist selbstredend von diesen Anforderungen nicht ausgenommen. Wie dargestellt, ist im Verlauf der vergangenen anderthalb Jahrhunderte ein bunter Strauß von Zielen der Arbeitszeitverkürzung bzw. Arbeitszeitpolitik entstanden, Gestaltungsideen im Umgang mit dem Gegenstand Zeit in bezug auf die Erwerbsarbeit und die Organisation des Privatlebens. Es haben sich die als legitim geltenden Ziele und Formen der Gestaltung vervielfacht. Zugleich – und darin besteht wie gesagt ein wichtiger Wesenszug der Moderne – sind der Gesellschaft allmählich die identitätsstiftenden, übergreifenden Leitbilder und Ziele abhanden gekommen, denen entsprechend die aufgefaltete Komplexität adäquat auf wenige, überzeugende Richtungsentscheidungen reduziert werden könnte (vgl. auch Berger 1994). Mehr noch: Das Leitbild besteht gerade darin, die Vielfalt der nebeneinander existierenden Entwürfe zuzulassen und wo es geht, sie noch weiter zu kultivieren.

Die Leitbilder der Ersten Moderne wiesen relativ eindeutige Ziele und Wege auf, wobei diese größtenteils noch an den Gewißheiten der Vormoderne anknüpfen konnten. Am Beispiel des Umgangs der Arbeiterbewegung mit der Idee der Arbeitszeitverkürzung, die sich über Generationen fortpflanzen konnte – und sicher nicht nur aus objektiven Gründen –, kann man dies gut demonstrieren (vgl. hierzu etwa Bebel 1973). Zwar gab es immer öffentlich diskutierte Alternativen – etwa auch zur 5 x 8 = 40-Stunden-Woche in den fünfziger Jahren, die keineswegs alternativlos in den freien Samstag münden mußte (vgl. Herrmann-Stojanov 1999) –, doch gleichzeitig bestand ein unausgesprochener Anspruch darauf, daß sich die *Gesellschaft als Ganze* zu einem gemeinsamen Weg durchzuringen hätte. Die Kehrseite dieses Konsensdrucks war bzw. ist, daß jede Gruppe bestrebt sein muß(te), der anderen ihren vermeintlich richtigen Weg aufzuzwingen. Das zum Teil messianische Bewußtsein über den rechten Weg in Teilen der sozialistischen bzw. kommunistischen Arbeiterbewegung basierte wesentlich auf dem Mythos einer endgültigen, besten Gesamtlösung für alle Menschen in der einen Gesellschaft. (Eine ähnliche Haltung besteht noch heute in gewissen Kreisen, die nicht von der Vorstellung Abschied nehmen können, die Weltgesellschaft habe nun endlich das letzte Stadium aller gesellschaftlicher Entwicklung, die vollendete Marktgesellschaft, erreicht.)

Insgesamt scheint aber diese Gewißheit des rechten Weges zumindest im Einflußbereich der Zweiten Moderne – Gegenbewegungen bestätigen nur die Tendenz (vgl. Dubiel 1992) – obsolet. Damit haben es die Großorganisationen, die ideologisch und organisationell weithin noch in den Prinzipien der Ersten Moderne befangen sind, sehr viel schwerer, ihren Führungsanspruch oder allgemeinverbindliche Werte und Ziele nach außen wie auch innerhalb der Organisation aufrechtzuerhalten. Wo innerhalb der Organisationen bzw. Institutionen Konflikte um institutionelle Politik aufbrechen, kann man mit Beck (1990, S. 42) zutreffend von einer „Individualisierung der Institutionen“ sprechen.

Die Koexistenz unterschiedlicher Interessen und Ansprüche soll zudem auf engem Raum realisierbar sein. Im Gegensatz etwa zum amerikanischen Weg der Modernisierung, der es ermöglichte, daß unterschiedliche Lebensformen und Weltanschauungen

eine räumlich-regionale Ausdifferenzierung finden konnten (wie etwa besonders anschaulich die Mormonen), kann sich unter „europäischen Verhältnissen“ Vielfalt nur durch innere soziale Differenzierung herstellen. Dabei müssen Unterschiede nicht notwendig zum Ausschluß von Gruppen aus der Gesellschaft und zur Segmentierung führen, im Gegenteil tragen sie unter bestimmten Voraussetzungen zu einer nachhaltigen gesellschaftlichen Integration bei (vgl. Nassehi 1998).

Das Postulat der Vielfalt einerseits und das der Wahlfreiheit des Individuums andererseits haben tiefgreifende Konsequenzen für die künftigen Bedingungen des Voranschreitens der Organisationen im allgemeinen und der Gewerkschaften im besonderen. Diese müssen damit leben, daß sie im Verlauf von Individualisierung und Pluralisierung, ob sie wollen oder nicht, gewissermaßen entinhaltlicht werden. Denn nun bezieht sich die verallgemeinerbare Utopie nicht mehr wie in der alten Arbeiterbewegung auf eine gemeinsam geteilte *inhaltliche* Vorstellung vom guten Leben aller ihrer Mitglieder oder der Gesellschaft als Ganzer, die eine komplexitätsreduzierende Funktion entfalten könnte, die mit anderen Worten aus der Vielzahl möglicher Wege nach bestimmten Kriterien auswählen hilft. Visionen können sich daher immer öfter nur noch auf den politischen Selektionsvorgang als solchen beziehen, der nun für sich zum Leitbild wird, d. h. auf dessen Legitimität, auf seinen friedlichen Verlauf und auf sein gutes Gelingen zur Zufriedenheit möglichst vieler. Damit ist zugleich gesagt, daß niemand mehr beanspruchen darf, verallgemeinernd zu wissen, wohin die Reise gehen soll. Die in der Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft dominierenden liberalen Weltansichten setzen Rahmenbedingungen, durch die das Aussprechen inhaltlicher Vorstellungen bereits dem Ideologieverdacht ausgesetzt ist. Als politische Globalstrategie genügt die Herstellung bloßer Rahmenbedingungen und Formen des Voranschreitens in die Zukunft, innerhalb derer sich Wahlfreiheit und Nutzenprinzip entfalten können. Faktisch haben sich damit die Spielräume auf zwei konsensfähige Parameter reduziert, nämlich die *individuelle Wahlfreiheit* und den *wirtschaftlichen Nutzen* (vgl. beispielsweise das sogenannte Blair-Schröder Papier 1999).

Den Unsicherheiten, die der Weg in die Zukunft beinhaltet, kann bekanntlich durch unterschiedliche Globalstrategien begegnet werden. Eine mögliche lautet, durch eine weitere Radikalisierung des Modernisierungsprozesses, verstanden als voranschreitende Durchmarktung der Gesellschaft, das Unvorhersehbare in ein handhabbares Risiko zu verwandeln. Diese Sichtweise ist inzwischen weit über Parteigrenzen zur beherrschenden Doktrin geworden. Den Herausforderungen der Zukunft, ihren Risiken und Ungewißheiten könne nicht dadurch begegnet werden, daß man sich gegen den Druck der Globalisierung abschotte, sondern nur, indem man flexibel darauf reagiere. Das heißt, sich den (vermeintlichen) Erfordernissen des Marktes anzupassen, statt sich ihnen entgegenzustemmen durch eine Strategie der offensiven Entstrukturierung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen politischen und wirtschaftlichen Handelns. Lothar Späth hat dies plastisch mit der Parabel von den Zootieren, die wir bislang in der Bundesrepublik gewesen sind, umschrieben. Nun gelte es, die Zäune einzureißen und den Schutz der Zoo-Atmosphäre zu verlassen. Die Menschen sollten wieder instandgesetzt werden, in der freien Wildbahn einer globalisierten Welt zu überleben (vgl. auch McKinsey 1995). Damit findet eine fundamentale Abkehr von dem bisher geltenden gesellschaftlichen Globalkonsens statt, der die Sicherheitsthe-

matik weitaus differenzierter formuliert und politisch organisiert hatte. Im alten Sozialstaat Bundesrepublik (vgl. Geitner/Pulte 1974) lag der Akzent auf der fortschreitenden Stabilisierung von Strukturen – Institutionen, Verfahren, aber auch Besitzständen, Ansprüchen, Garantien, Rechten etc. –, was Anpassungsprozesse selbstredend nicht ausschließt (vgl. Weisser 1960).

Im Kontext der marktliberalen Modernisierungsstrategie wird der Fortentwicklung der Arbeitszeitsysteme für die Bewältigung der Zukunftsrisiken eine Schlüsselrolle zugewiesen (vgl. van Deelen 1990). Gerade die Verfestigung von Zeitansprüchen sei ein Risiko für den Fortbestand des gewohnten Wohlstandsniveaus, indem sie den Wirtschaftsstandort unattraktiv mache (vgl. Der Arbeitgeber 1999). Dem wird eine vermeintlich traditionalistische Position gegenübergestellt, die sich besonders dadurch zu erkennen gäbe, daß sie das Voranschreiten nach den Prinzipien marktförmiger Regulierung skeptisch betrachte oder völlig ablehne. Diese kritische Haltung gegenüber einer *bestimmten Form des Modernisierungsprozesses* wird mit der Blockade von Veränderungen überhaupt in eins gesetzt, ohne zu erkennen, daß der Steuerung der Ressourcen durch den Markt Grenzen gesetzt sein können. Das gilt gerade für das Zustandekommen einer gesellschaftlichen Zeitordnung, die sehr unterschiedlichen Interessen sowie soziokulturellen Standards gerecht werden sowie die Schutzbedürfnisse schwächerer Gruppen mit reflektieren muß (vgl. Rinderspacher 1985, 1990b).

Dagegen ist von verschiedenen Seiten immer wieder angemahnt worden, daß die Ideologisierung des Modernisierungsbegriffes und die Beschränkung auf rein formale Leitbilder als Orientierungsrichtlinien für den Weg in die Zukunft nicht hinreichend sein können. Nicht nur die Wissenschaft (Etzioni 1996), auch relevante Verbände und die Kirchen, etwa im „Gemeinsame(n) Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ (vgl. Kirchenamt der EKD/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz 1997), haben sinngemäß darauf gedrängt, verstärkt wieder inhaltliche Maßstäbe, Wertungen vom guten Leben und von Gerechtigkeit zuzulassen, die mehr sein müßten als die Summe der Einzelinteressen der Menschen oder das Ergebnis des freien Spiels der (Markt-)Kräfte.

Für Organisationen wie die Gewerkschaften ergibt sich aus dieser gesellschaftlichen Großwetterlage der Spagat, einerseits niemanden bevormunden zu dürfen und Offenheit und Vielfalt als postmodernes, besser: zweitmodernes Prinzip pflegen zu wollen, andererseits aber sehr konkrete inhaltliche Forderungen ihrer Mitglieder einlösen zu müssen. Forderungen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gemeinsame Zeit für die Familie am Wochenende sind nur realisierbar, wenn zugleich ein Rahmen abgesteckt ist, innerhalb dessen die vielen sich oft widersprechenden zeitlichen Einzelinteressen und speziellen Wünsche der Mitglieder, die sich unaufhörlich herausbilden, noch einzubringen sind. Zugleich soll eine möglichst geringe Zahl von Menschen in ihrer persönlichen Entscheidungsfreiheit eingeengt werden. Das führt selbstredend zu sachlichen wie auch zu inter- und intrapersonellen Konfliktkonfigurationen. So besteht bei vielen Mitgliedern wie in der Gesellschaft allgemein das Bestreben, gleichzeitig den eigenen Optionsspielraum möglichst auszuweiten, sofern die eigene Alltagsorganisation davon positiv berührt wird (etwa Öffnungszeiten), und dabei für sich selbst möglichst verlässliche und sozialverträgliche zeitliche Rahmenbe-

dingungen gerade in der Erwerbsarbeit zu beanspruchen (vgl. Beckmann/Kempf 1996; auch Jürgens/Reinecke 1998). Die Auflösung zeitlicher Areale führt zwangsläufig in die Alternative allgegenwärtiger Zeitmärkte hinein, im Erwerbsarbeitsbereich ebenso wie in der Freizeit (vgl. Rinderspacher 1990b). Das allerdings bedeutet für die Schwachen am Zeitmarkt Unsicherheit und schlechtere Chancen, sich im Kampf um die Vermehrung ihres Zeitwohlstandes durchsetzen zu können. Mehr noch: Die Verlierer laufen Gefahr, daß ihre Dispositionsmöglichkeiten unter das zur reinen Reeneration nötige Niveau absinken und damit in den (zeitlichen) Zustand der frühen Ersten Moderne (vgl. oben) abgleiten.

Unter den genannten Rahmenbedingungen erhält eine durchaus nicht neue Erkenntnis wachsende Bedeutung, nämlich die, daß jede politische Entscheidung *Nebenfolgen* hat, die weithin im unklaren bleiben. Beck (1986) und andere haben bekanntlich unter anderem aus dieser Einsicht heraus die Theorie der reflexiven Moderne entwickelt. Die Ungewißheit von Nebenfolgen gilt natürlich auch für die Arbeitszeitmodelle, die sich im Laufe der Geschichte herausgebildet haben. Niemand konnte vorab wissen, in welcher Weise sich etwa das Familienleben, die Gesundheit, aber auch die Einkommensentwicklung der Arbeiterschaft verändern würden. Dabei gehört es speziell zur Tradition der Entstehung neuer Arbeitszeitregelungen, die ja selten kampflos vonstatten gingen, daß schädliche Nebenfolgen oder was man dafür hält von der Unternehmerseite und früher auch von den Kirchen („Gefahr der Verwahrlosung der Arbeiterschaft durch zuviel Untätigkeit“ etc.) seit über einem Jahrhundert in jeder Tarifrunde beschworen wurden, nicht selten der Niedergang der gesamten Volkswirtschaft vorhergesagt wurde. In diesem Punkt unterscheidet sich das Feld der Arbeitszeitpolitik von anderen Feldern der Modernisierung, etwa der Industriepolitik und den daraus erwachsenden Folgen für die Umwelt, als die Gegenposition zur Arbeitszeitverkürzung in Form des Dialogs zwischen den Tarifparteien von Anbeginn in den spezifischen industriellen Beziehungen des jeweiligen Landes institutionalisiert war. Allerdings ist es eine andere Frage, ob immer die „richtigen“ Nebenfolgen thematisiert wurden. So hat der übergreifende Konsens des Industrialismus, des Wachstums und des Fortschritts beiden Seiten den Blick für die damit einhergehende Umweltzerstörung versperrt.

Die diesbezügliche Unschuld, die man der Ersten Moderne unter Umständen noch zubilligen konnte, ist nun jedoch dahin. Unter den Bedingungen der Zweiten Moderne hat die reflexive Betrachtung, die kritische Thematisierung der alten Moderne unter dem Aspekt ihrer (ungeplanten) Nebenfolgen den Horizont geöffnet, um negative Auswirkungen des Industrialismus als solche konstruieren und sie damit erkennen zu können. Ist erst einmal die „Nebenfolge“ als Thema etabliert, müssen – auch von den Protagonisten des Zeitwohlstandes – Entscheidungen unter Berücksichtigung einer sehr viel größeren Anzahl von Parametern getroffen werden. Fehlentscheidungen führen dann automatisch zu Verantwortlichkeiten für diejenigen, denen man es anlasten zu können glaubt, bestimmte Folgen nicht gesehen oder bagatellisiert zu haben. Ein Beispiel wären etwa die als Nebenfolgen der Zeitinstitutionen freies Wochenende und Urlaub hervorgerufenen vielfältigen Formen der Umweltbelastung durch Kurzreisen (vgl. Rinderspacher 1990a).

Die oben dargestellte Auffächerung von Zielen und Modellen der Arbeitszeitpolitik müßte, wenn man diesen Erkenntnissen folgt, ergänzt werden durch ein *Tableau möglicher Folgewirkungen*. Im Anschluß an inzwischen etablierte Verfahren der Technikfolgenabschätzung (vgl. z. B. Wienhöfer/Kastenholz 1999) ließen sich möglicherweise Ziele und Wirkungen von Zeitveränderungen mit Blick auf Umwelteffekte sowie auf soziale Kosten und anderes mehr prospektiv im Diskurs von Fachleuten und Betroffenen erörtern. Das gilt für Auswirkungen von Zeitveränderungen auf den „nichtzeitlichen“ Bereich, z. B. die zusätzliche Belastung der Umwelt infolge erhöhten Freizeitverkehrs bei einer Vier-Tage-Woche, ebenso wie für Folgen *im* zeitlichen Bereich, z. B. die Induktion zusätzlichen Zeitaufwandes für die Beschäftigten durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Zu denken wäre künftig unter anderem an eine Art „Zeitverträglichkeitsprüfung“ (vgl. Rinderspacher 1997b) von neuen Arbeitszeitregelungen. Diese hätte außer der Vermeidung negativer Effekte gleichzeitig die positive Fortentwicklung von Elementen des Zeitwohlstandes zum Ziel. Um Fortschritte feststellen zu können, müßte „Zeitwohlstand“ jedoch operationalisierbar gemacht werden. Diese quantifizierende Ausarbeitung des Konzepts steht allerdings noch aus.

Die Entzauberung der Welt, von der oben im Zusammenhang mit dem Modernisierungsprozeß die Rede war, betrifft auch die Zeit(en). Und sie hat nicht nur gegenüber den überlieferten Mythen der Vormoderne stattgefunden, sie hat längst die von der Ersten Moderne hervorgebrachten Strukturen erreicht. Aus diesen Gründen – wer darf wem mit welchem Recht vorschreiben, wann er seinen Laden offen halten bzw. einkaufen darf? – wiederum sind geregelte Ladenschlußzeiten, selbst in Gewerkschaftskreisen, verstärkt in die Kritik geraten. Und nicht zuletzt scheint sogar das Muster der Arbeitszeitverkürzung selbst als Reflex auf die Erfahrungen der vorangegangenen Dekaden an Grenzen der innergewerkschaftlichen Akzeptanz zu gelangen, wie etwa die kontroversen Diskussionen um den Weg jenseits der 35-Stunden-Woche zeigen (vgl. IGM 1998). Die betrieblichen Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß es schwieriger geworden ist, die negativen Folgen von Arbeitszeitverkürzungen (vgl. Herrmann et al. 1998), wie unter anderem eine zunehmende Intensivierung der Arbeit, abzuwehren. Doch damit nicht genug, die Iteration der Kritik macht selbst vor den noch zarten zeitlichen Gewächsen der Zweiten Moderne nicht halt. Nach mehr als einem Jahrzehnt praktischer Erfahrungen mit flexiblen Arbeitszeitmodellen scheint wie erwähnt die Euphorie, die sich zu Beginn der neunziger Jahre unter Gewerkschaftern ausbreitete, bei allen Beteiligten in Ernüchterung und Skepsis zu münden. Die „Begradigung“ der Arbeitszeitsysteme bei VW-Wolfsburg bzw. deren Akzeptanz bei den Arbeitnehmervertretungen deutet in diese Richtung. Die erhoffte Erhöhung eines wie immer verstandenen Zeitwohlstandes durch individuelle Wahlfreiheit hat sich zumindest unter den bisherigen noch nicht bestätigt.

Aus der skizzierten Risikostruktur und dem Nicht-Wissen um den rechten Weg folgt unter anderem, daß künftig nur die Beteiligung möglichst vieler Betroffener Entscheidungen über den weiteren Gang der Veränderung von Zeitstrukturen innerhalb und außerhalb der Betriebe rechtfertigen kann. Im Kern geht es zeitpolitisch erstens darum, wie und in welchem Umfang die Gesellschaft die weiter rasant zunehmenden Produktivitätszuwächse in Zeitwohlstand verwandeln will und verwandeln kann. Eine komplizierte Diskussion ist zweitens darüber zu erwarten, ob und in welchem

Umfang Zeitwohlstand notfalls um den Preis einer abgeflachten Kurve der Erhöhung des Güterwohlstandes realisiert werden sollte, ob z. B. das freie Wochenende als „gemeinsame Zeit“ auch dann erhalten werden sollte, wenn damit Wachstumschancen für die Wirtschaft (allerdings im Sinne traditioneller Bilanzierung!) nicht voll ausgeschöpft würden. Drittens wird kontinuierlich darüber zu sprechen sein, welche der bestehenden Zeitinstitutionen und individuellen Verwendungsmuster der Zeit in einer Epoche als Formen des Zeitwohlstands jeweils gelten können und daher ausbaufähig sind. Das bedeutet umgekehrt, rechtzeitig zu erkennen, wo zeitliche Institutionalisierungen mit Blick auf das zeitliche Wohlbefinden der Individuen keinen praktischen Gebrauchswert mehr haben. Ähnlich dem Güterwohlstand, der sowohl als solcher wie auch in bestimmten Ausformungen (z. B. ökologische Folgen) in den vorangegangenen Dekaden immer wieder kritisiert worden ist (vgl. Eichler/Scherhorn 1978), wird zunehmend der Zeitverbrauch zum öffentlichen Thema gemacht und dabei neue Muster alternativer Zeitverwendung generiert werden. Manche traditionelle Form der Zeitverwendung – traditionell bezogen auf die Vormoderne ebenso wie die Erste Moderne – könnten sich bei dieser Durchsicht allerdings als durchaus brauchbar für den Weg in eine Zukunft erweisen, deren Leitbild sich auf den Begriff einer „Ökologie der Zeit“ (vgl. Rinderspacher 1985, S. 295ff.; Held/Geißler 1993) bringen ließe – wobei Ökologie hier umfassender zu verstehen ist als etwa der Begriff der natürlichen Umwelt. In diesen Kontext wäre der Zeitwohlstand der Zweiten Moderne sinnvollerweise einzuordnen.

Das nach wie vor ungelöste Problem besteht m. E. darin, daß die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit nicht sehr günstig sind, um einen offenen bzw. öffentlichen Diskurs über die Zukunft gesellschaftlicher Zeitstrukturen zu führen. Die strukturelle Überlegenheit der Arbeitgeberseite infolge der Lage am Arbeitsmarkt blockiert einen fairen Interessenausgleich und birgt unter anderem die Gefahren langfristiger Fehlallokationen gesellschaftlicher Ressourcen sowie bloßer Mitnahmeeffekte. Die notwendige neue Balance zwischen Güterwohlstand und Zeitwohlstand – im Sinne eines zweit-modernen, damit zugleich nachhaltigen Wohlstandsverständnisses – kann sich dann nicht frei herausbilden. Daher käme es darauf an, die gesellschaftliche Kommunikation über die Bedeutung humaner Zeitstrukturen im Verhältnis zur Verfügung über Güter und Leistungen zu intensivieren und die damit verbundenen Möglichkeiten der Erhöhung der individuellen Lebensqualität bewußter zu machen. Zumindest wäre damit eine bessere Ausgangsposition für die kritische Durchsicht und Bewertung traditioneller und moderner Zeitinstitutionen und Zeitverwendungsmuster hergestellt.

Literatur

- Alheit, P. (1994): *Zivile Kultur. Verlust und Wiederaneignung der Moderne*. Frankfurt/M.: Campus.
- Aries, Philippe, Duby, Georges (Hrsg.) (1991): *Geschichte des privaten Lebens*. Bd. 3, *Von der Renaissance zur Aufklärung*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Bäcker, Gerhard, Stolz-Willig, Brigitte (1994): *Vorstellungen für eine familienorientierte Arbeitswelt der Zukunft – der Beitrag von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen*. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren Nr. 30. Stuttgart usw.: Kohlhammer.
- Baroich, Paul (1985): *Die Landwirtschaft und die industrielle Revolution 1700-1914*. In: Cipolla, C. M., Borchardt, K. (Hrsg.), *Europäische Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 3. Stuttgart, New York: Fischer, S. 297-332.
- Baumgartner, Alois (1977): *Sehnsucht nach Gemeinsamkeit. Ideen und Strömungen im Sozialkatholizismus der Weimarer Republik*. Paderborn: Schöningh.
- Bebel, August (1973): *Die Frau und der Sozialismus*. Berlin: Dietz.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1990): *Der Konflikt der zwei Modernen*. In: Zapf, W. (Hrsg.), *Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990*. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 40-54.
- Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1996): *Der clevere Bürger. Bemerkungen zu Anthony Giddens' Konzeption „reflexiver Modernisierung“*. In: *Soziologische Revue*, Nr. 1, S. 9.
- Beck, Ulrich (1997): *Ursprung als Utopie. Politische Freiheit als Sinnquelle der Moderne*. In: ders., *Kinder der Freiheit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 382-401.
- Beck, Ulrich, Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich, Giddens, Anthony, Lash, Scott (1996): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Beckenbach, Frank, Diefenbacher, Hans (Hrsg.) (1994): *Zwischen Entropie und Selbstorganisation. Perspektiven einer ökologischen Ökonomie*. Marburg: Metropolis.
- Becker-Schmidt, Regina et al. (1982): *Nicht wir haben die Minuten, die Minuten haben uns. Zeitprobleme und Zeiterfahrungen von Arbeitermüttern in Fabrik und Familie*. Bonn: Neue Gesellschaft.
- Beck-Gernsheim, E. (1994): *Zukunftsplanung und Sicherheitsstreben. Strategien der Lebensführung in der individualisierten Gesellschaft*. In: Holst, E., Rinderspacher, J. P., Schupp, J. (Hrsg.), *Erwartungen an die Zukunft*. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 139-156.
- Beckmann, Petra (1987): *Arbeitszeitgestaltung aus der Sicht weiblicher Arbeitnehmer. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung aus dem Jahre 1995*. IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit), Werkstattbericht Nr. 13.
- Beckmann, Petra, Kempf, Birgit (1996): *Arbeitszeit und Arbeitszeitwünsche von Frauen in Ost- und Westdeutschland*. In: *Mitteilungen aus Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Nr. 3, S. 388-408.
- Bell, Daniel (1976): *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*. Harmondsworth: Penguin.
- Bellebaum, Alfred (1990): *Langeweile, Überdruß und Lebenssinn. Eine geistesgeschichtliche und kulturosoziologische Untersuchung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bendix, Reinhard (1969): *Modernisierung in internationaler Perspektive*. In: Zapf, W. (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*. Köln, Berlin: Kiepenheuer, S. 505-512.

- Berger, Johannes (1986): Gibt es ein nachmodernes Gesellschaftsstadium? Marxismus und Modernisierungstheorie im Widerstreit. In: ders. (Hrsg.), Kontinuitäten und Zäsuren. Soziale Welt, Sonderband 4. Göttingen, S. 79-96.
- Berger, Johannes (Hrsg.) (1996): Die Moderne. Kontinuitäten und Zäsuren. Soziale Welt, Sonderband 4. Göttingen: Schwartz.
- Berger, Peter L. (1994): Sehnsucht nach Sinn. Glauben in einer Zeit der Leichtgläubigkeit. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Beutelspacher, Martin (1986): Kultivierung bei lebendigem Leib. Alltägliche Körpererfahrung in der Aufklärung. Weingarten: Drumlin.
- Biervert, Bernd, Held, Martin (1995): Time matters – Zeit in der Ökonomik und Ökonomik in der Zeit. In: dies., Zeit in der Ökonomik. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 7-32.
- Birnbacher, Dieter (1995): Tun und Unterlassen. Stuttgart: Reclam.
- Blair, Tony, Schröder, Gerhard (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair.
- Bodmann, G. (1992): Jahreszahlen und Weltalter. Zeit-Raumvorstellungen im Mittelalter. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Bohlender, Matthias (1999): Von der gerechten Herrschaft zur zivilen Regierung. Überlegungen zum Wandel politischer Rationalität bei A. Smith. In: Münkler, H., Llanque, M. (Hrsg.), Konzeptionen der Gerechtigkeit. Kulturvergleich, Ideengeschichte, Moderne Debatte. Baden-Baden: Nomos, S. 145-172.
- Bolle, Michael, Strümpel, Burkhard (Hrsg.) (1983): Arbeit schaffen – jetzt! Reinbek: Rowohlt.
- Bonß, Wolfgang (1997): Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit. In: Lippert, Ekkard, Prüfert, Andreas, Wachtler, Günther (Hrsg.), Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 21-42.
- Borst, Otto (1983): Alltagsleben im Mittelalter. Frankfurt/M.: Insel.
- Bosch, G.; Stille, F. (1995): Duration of utilisation of plant and machinery in Germany. In: Anxo, D., Bosch, G., Boswort C. (eds.): Work patterns and capital utilisation. Netherlands: Kluwer, S. 177-199.
- Brakelmann, Günter, Jänichen, Traugott (Hrsg.) (1994): Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband. Gütersloh: Gütersloher Verlag.
- Braudel, Fernand (1977): Capitalism and Material Life 1400–1800. London: Weidenfeld.
- Buchholz, Michael B. (Hrsg.) (1989): Intimität. Über die Veränderung des Privaten. Weinheim, Basel: Beltz.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen, Jugend (Hrsg.) (1996): Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Stuttgart usw.: Kohlhammer.
- Bundesministerium für Umwelt, Jugend Familie/Österreich, Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hrsg.) (o. J.): Wo kommt unsere Zeit hin? Das Zeit-Budget der österreichischen Familien. Wien.
- Cansier, Dieter (1993): Umweltökonomie. Stuttgart, Jena: G. Fischer UTB.
- Cipolla, Carlo M. (1976): Before the Industrial Revolution. European Society and Economy, 1000–1700. London: Methuen.
- Clarke, John, Critcher, Chas, Johnson, Richard (eds.) (1979): Working Class Culture. Studies in History and Theory. London: Hutchinson.
- Comte, Auguste (1994): Rede über den Geist des Positivismus. Übersetzt, eingeleitet und herausgegeben von I. Fetscher. Hamburg: Meiner.
- Deelen, H. van (1990): Betriebszeitoptimierung. In: Ackermann, K.-F., Hofmann, M. (Hrsg.), Innovatives Arbeits- und Betriebszeitmanagement. Frankfurt/M.: Campus, S. 57-68.
- Der Arbeitgeber. Das BDA-Magazin zur unternehmerischen Sozialpolitik: Flexible Arbeitszeit. Beschäftigungsimpulse. Ausgabe März 1999.

- Deutschmann, Christoph (1985): Der Weg zum Nationalarbeitstag. Frankfurt/M.: Campus.
- Deutschmann, Christoph (1990): Der Normalarbeitstag. Historische Funktion und Grenzen des industriellen Zeitarrangements. In: König, H., v. Greiff, B., Schauer, H., Sozialphilosophie der industriellen Arbeit. Leviathan-Sonderheft Nr. 11, S. 77-96.
- Deutschmann, Christoph (1991): Die japanischen Arbeitszeiten in sozio-kultureller Sicht. In: Japanstudien. Jahrbuch des Instituts für Japanstudien der P.-F.-v.-Siebold-Stiftung Bd. 2. München: Iudicium, S. 89-102.
- Dierkes, Meinolf, Hoffmann, Ute, Marz, Lutz (1992): Leitbild und Technik. Zur Entstehung und Steuerung technischer Innovationen. Berlin: edition sigma.
- Dirks, Walter (1957): Die freie Zeit. In: Die freie Zeit. Probleme der Freizeit in der Industriegesellschaft. Tagungsband VI. Europäisches Gespräch Recklinghausen, Juni 1957. Düsseldorf: DGB, S. 18-38.
- Dobias, Peter (1988): Sozialismus. In: Geschichte der Nationalökonomie. München: Vahlen, S. 73-90.
- Dohrn van Rossum, G. (1992): Die Geschichte der Stunde. Uhren und moderne Zeitordnungen. München: Hanser.
- Dubiel, H. (1992): Der Fundamentalismus der Moderne. In: Gegen Moderne? Über Fundamentalismus, Multikulturalismus und Moralische Korrektheit. Merkur Nr. 9/10, S. 747-762.
- Duran, M., Klähn, M., Nassauer, M., Naumann, J. (1981): Geteiltes Leid ist halbes Leid – ein Binsenirrtum. Neue Formen kapazitätsorientierter Teilzeitarbeit im Berliner Einzelhandel in ihren Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebenssituation von Frauen. In: Rinderspacher, J. P., Neue Arbeitszeitregelungen – Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Arbeitsleben. Veröffentlichungen des Wissenschaftszentrum Berlin, dp81-221, S. 15-25. Berlin.
- Eberling, Matthias, Henckel, Dietrich (1997): Kommunale Zeitpolitik. In: Stadträume und Zeitpolitik. Informationen zur Raumentwicklung Nr. 10, S. 191-198.
- Eberling, Matthias, Henckel, Dietrich (1998): Kommunale Zeitpolitik. Veränderungen von Zeitstrukturen – Handlungsoptionen für die Kommunen. Berlin: edition sigma.
- Eichler, Gerd, Scherhorn, Gerhard (1978): Das Verbraucherinteresse. In: Biervert, B., Fischer-Winkelmann, W., Rock, R. (Hrsg.), Verbraucherpolitik in der Marktwirtschaft. Reinbek: Rowohlt, S. 83-111.
- Elias, Norbert (1977): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2 Bde. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Elias, Norbert (1984): Über die Zeit. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Elias, Norbert (1985): Thomas Morus' Staatskritik. Mit Überlegungen zur Bestimmung des Begriffs Utopie. In: Voßkamp, Wilhelm (Hrsg.), Utopieforschung, Bd. II. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 101-150.
- Emnid (1994): Emnid vor 40 Jahren. Die Einstellung zur Fünf-Tage-Woche. In: Umfrage und Analysen 4, S. 2.
- Erhard, Ludwig (1957): Wohlstand für alle. Düsseldorf und Wien: Econ.
- Ermert, Axel, Rinderspacher, Jürgen P. (1981): Alles eine Frage des Timing. Zum Zusammenhang von Zeit und Leistung. In: Ästhetik und Kommunikation Nr. 45/46, S. 23-36.
- Esser, Hartmut (1994): Werte und die „Konstitution“ der Gesellschaft. In: Holst, E., Rinderspacher, J. P., Schupp, J. (Hrsg.), Erwartungen an die Zukunft. Zeithorizonte und Wertewandel in der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 77-106.
- Etzioni, Amitai (1996): Die faire Gesellschaft. Jenseits von Kapitalismus und Sozialismus. Frankfurt/M.: Fischer.
- Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Hrsg.) (1997): Komprimierte Arbeitszeit. Bulletin of European Studies on Time No. 10. Dublin/Luxemburg.
- Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Hrsg.) (1998): Kontinuierliche Schichtsysteme. Bulletin of European Studies on Time No. 11. Dublin/Luxemburg.

- Evers, A., Nowotny, H. (1987): Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Fassbinder, Horant (1975): Berliner Arbeiterviertel 1800–1918. Hamburg :VSA.
- Fischer, H. R., Retzer, A., Schweitzer, J. (Hrsg.) (1992): Das Ende der großen Entwürfe. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Ford, Henry (o. J.): Philosophie der Arbeit. Dresden: Arets.
- Freyssinet, Jacques (1998): France: a recurrent aim, repeated near-failures and a new law. In: Transfer – European Review of Labour and Research, No. 4, S. 641-656.
- Fröhlich, Dieter (1992): Das Individuum – überfordert oder handlungskompetent? In: Daheim, H.-J. (Hrsg.), Soziale Chancen. Forschungen zum Wandel der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Funder, Maria (1993): Die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Eine Chance für Frauen zwischen Beruf, Familie und Partnerschaft? Das Beispiel Einzelhandel. In: Klein, M. (Hrsg.), Nicht immer, aber immer öfter. Marburg: Schüren, S. 26-38.
- Fusion, Robert H. (Hrsg.) (1989): Das Logbuch des Christoph Kolumbus. Die authentischen Aufzeichnungen des großen Entdeckers. Bergisch-Gladbach: Lübbe.
- Garhammer, Manfred (1995): Sozialverträglichkeit von Arbeitszeiten – Soziologische Überlegungen und Ergebnisse der Zeitbudgetforschung. In: Büssing, A., Seifert, H. (Hrsg.), Sozialverträgliche Arbeitszeitgestaltung. München und Mering: Rainer Hampp, S. 53-80.
- Geißler, Karlheinz A. (1996): Zeit. Verweile doch, du bist so schön. Weinheim, Berlin: Quadriga.
- Geitner, Dirk, Pulte, Peter (Hrsg.) (1974): Soziale Marktwirtschaft. Berlin: de Gruyter.
- Giddens, Anthony (1996): Leben in einer posttraditionalen Gesellschaft. In: Beck, U., Giddens, A., Lash, S., Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 113-194.
- Glaserfeld, Ernst von (1992): Das Ende einer großen Illusion. In: Fischer, H. R., Retzer, A., Schweitzer, J. (Hrsg.), Das Ende der großen Entwürfe. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 85-98.
- Glatzer, Wolfgang (Hrsg.) (1991): „Die Modernisierung moderner Gesellschaften“. 25. Deutscher Soziologentag. Sektionen und Arbeitsgruppen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gröbl-Steinbach, Evelyn (1994): Fortschrittsidee und rationale Weltgestaltung. Die kulturellen Voraussetzungen des Politischen in der Moderne. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Gröll, Johannes (1991): Das moralische bürgerliche Subjekt. Kant, Hegel, Marx, Freud, Rousseau, Adorno. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gross, Peter (1990): Selbsthilfe und Selbstverantwortung als normative Leitideen der Sozialpolitik. In: Sachße, Chr., Engelhardt, H. T. (Hrsg.), Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 85-105.
- Grotfend, Hans (1991): Taschenbuch der Zeitrechnung des deutschen Mittelalters und der Neuzeit. 13. Auflage von 1898. Hannover
- Günther, Horst (1993): Zeit der Geschichte. Welterfahrung und Zeitkategorien in der Geschichtsphilosophie. Frankfurt/M.: Fischer.
- Guttandin, Friedhelm (1980): Genese und Kritik des Subjektbegriffs. Zur Selbstthematisierung der Menschen als Subjekte. Marburg: G&H.
- Habermas, Jürgen (1988): Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. I. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Haller, Heinz (Hrsg.) (1955): Die 40-Stunden-Woche. Darmstadt: Leske.
- Hallpike, Christopher R. (1990): Die Grundlagen primitiven Denkens. Stuttgart: Klett.
- Hampicke, Ulrich (1991): Neoklassik und Zeitpräferenz – der Diskontierungsnebel. In: Beckenbach, F. (Hrsg.), Die ökologische Herausforderung für die ökonomische Theorie. Marburg: Metropolis, S. 127-150.
- Handelsblatt vom 29.3.99: Jospin riskiert ernsthaften Konflikt im Herbst. S. 8.

- Hartz, Peter (1996): Das atmende Unternehmen. Jeder Arbeitsplatz hat einen Kunden – Beschäftigungssicherung bei Volkswagen. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Heinze, Rolf G., Offe, Claus (Hrsg.) (1990): Formen der Eigenarbeit. Theorie, Empirie, Vorschläge. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Held, Martin, Geißler, Karheinz A. (Hrsg.) (1993): Ökologie der Zeit. Vom Finden der rechten Zeitmaße. Stuttgart: Hirzel.
- Henckel, Dietrich (1997): Geschwindigkeit und Stadt – die Folgen der Beschleunigung für die Städte. In: Henckel, D., Floeting, H., Grabow, B., Entscheidungsfelder städtischer Zukunft. Stuttgart: Kohlhammer.
- Henze, Jochen (1988): Sechsstundenschicht im Ruhrbergbau 1918–1920. Ursachen und Verlauf eines Arbeitszeitkonflikts. Freiburg: Burg.
- Herrmann, Christa, Promberger, Markus, Singer, Susanne, Trinczek, Rainer (1998): Forcierte Arbeitszeitflexibilisierung. Die 35-Stunden-Woche in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis. Bericht des Forschungsprojektes Nr. 97-878-3 der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.
- Herrmann-Stojanov, Irmgard (1999): Der gesellschaftliche Diskurs über den Samstag in seiner Entstehungsphase. In: Fürstenberg, F., Herrmann-Stojanov, I., Rinderspacher, J. P. (Hrsg.), Der Samstag. Über Entstehung und Wandel einer modernen Zeitinstitution. Berlin: edition sigma, S. 101-164.
- Hielscher, Volker, Hildebrandt, Eckart (1999): Zeit für Lebensqualität. Berlin: edition sigma.
- Hirschmann, A. O. (1994): Wieviel Gemeinsinn braucht die Liberale Gesellschaft? Leviathan 22, S. 293-304.
- Hoff, Andreas (1986): Die Organisation arbeitszeitunabhängiger Betriebszeiten. In: Personal Nr. 8, S. 332-336.
- Hohn, Hansjosef (1990): Urlaub und Freistellung von Arbeit. Bergisch-Gladbach: Herder.
- Hohn, Hans-Willy (1984): Die Zerstörung der Zeit. Wie aus einem göttlichen Gut eine Handelsware wurde. Frankfurt/M.: Fischer.
- Hörning, Karl H., Gerhard, Annette, Michailow, Matthias (1990): Zeitpioniere. Flexible Arbeitszeiten, neuer Lebensstil. Frankfurt/M.: Fischer.
- Hugger, Paul (1987): Das Fest – Perspektiven einer Forschungsgeschichte. In: ders., Stadt und Fest. Zur Geschichte und Gegenwart europäischer Festkultur. Stuttgart: Poeschel, S. 9-24.
- IGM (Industriegewerkschaft Metall) (Hrsg.) (1998): Die Zeiten ändern sich – Arbeitszeit verkürzen und gestalten – gegen Arbeitslosigkeit. Tagungsbericht der arbeitszeitpolitischen Konferenz in Hannover vom 7.-9. Mai 1998. Frankfurt/M.: IGM.
- Issa, Sabine (1998): Zeiten der Stadt – Forschungs- und Modellprojekt des Senatsamtes für die Gleichstellung Hamburg. In: Mückenberger, U. (Hrsg.), Zeiten der Stadt. Bremen: Temmen, S. 163-169.
- Japp, Klaus P. (1986): Neue soziale Bewegungen und die Kontinuität der Moderne. In: Berger, J. (Hrsg.), Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren. Soziale Welt, Sonderband 4. Göttingen: Schwartz, S. 311-334.
- Jürgens, Kerstin, Reinecke, Karsten (1998): Zwischen Volks- und Kinderwagen. Auswirkungen der 28,8-Stunden-Woche bei der VW-AG auf die familiäre Lebensführung von Industriearbeitern. Berlin: edition sigma.
- Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland/Deutsche Bischofskonferenz (1997): Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Hannover/Bochum und Bonn: O. V.
- Kirsch, Guy, Nijkamp, Peter, Zimmermann, Klaus (eds.) (1988): The Formulation of Time Preferences in a Multidisciplinary Perspective. Their Consequences for Individual Behaviour and Collective Decision-Making. WZB-publications. Aldershot/England: Avebury.

- Klages, H., Hippler, H.-J., Herbert, W. (Hrsg.) (1992): Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition. Frankfurt/M.: Campus.
- Klein, Martina, Worthmann, Georg (1999): Das Weekend und der „American Way of Life“. In: Fürstenberg F., Herrmann-Stojanov, I., Rinderspacher, J. P. (Hrsg.), Der Samstag. Über Entstehung und Wandel einer modernen Zeitinstitution. Berlin: edition sigma, S. 323-352.
- Klenner, Christine, Seifert, Hartmut (Hrsg.) (1998): Zeitkonten – Arbeit à la carte? Neue Modelle der Arbeitszeitgestaltung. Hamburg: VSA.
- Klipstein, Michael von, Strümpel, Burkhardt (1977): Der Überdruß am Überfluß. München: Olzog.
- Kocka, Jürgen (1990): Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert. Bonn: Dietz.
- Kohli, Martin (1994): Zukunft und Erwartung aus der Sicht der Biografieforschung. In: Holst, E., Rinderspacher, J. P., Schupp, J. (Hrsg.), Erwartungen an die Zukunft. Zeithorizonte und Wertewandel in der Sozialwissenschaftlichen Diskussion. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 119-138.
- König, Helmut (1992): Zivilisation und Leidenschaften. Die Masse im bürgerlichen Zeitalter. Reinbek: Rowohlt.
- Kößler Reinhard (1993): Despotie in der Moderne. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Kößler, Reinhard (1997): Entwicklung, Nachholen und Zeitbewußtsein. In: Becker, U., Fischbeck, H.-J., Rinderspacher, J. P. (Hrsg.), Zukunft. Über Konzepte und Methoden zeitlicher Fernorientierung, Bochum: SWI.
- Kößler, Reinhard, Melber, Henning (1993): Chancen internationaler Zivilgesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Krohn, Wolfgang, Krücken, Günter. (1993): Risiko als Konstruktion und Wirklichkeit. In: Krohn, W., Krücken, G. (Hrsg.), Riskante Technologien. Reflexion und Regulation. Einführung in die sozialwissenschaftliche Risikoforschung. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 9-44.
- Kuchenbuch, Ludolf, Sokoll, Thomas (1990): Vom Brauch-Werk zum Tauschwert: Überlegungen zur Arbeit im vorindustriellen Europa. In: König, H. V., Greiff, B., Schauer, H., Sozialphilosophie der industriellen Arbeit. Leviathan-Sonderheft Nr. 11, S. 26-50.
- Kuhn, Thomas, Maurer, Andrea (1995): Ökonomische Theorie der Zeitallokation – Gary Becker's Weiterentwicklung der Konsum- und Haushaltstheorie. In: Biervert, B., Held, M. (Hrsg.), Zeit in der Ökonomik. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 132-146.
- Kurz-Scherf, Ingrid (1995a): Weniger arbeiten? – oder: Die Phantasie vom besseren Leben. In: Büssing, A., Seifert, H. (Hrsg.), Sozialverträgliche Arbeitszeiten. München und Mering: Rainer Hampp, S. 167-188.
- Kurz-Scherf, Ingrid (1995b): Zeit der Vielfalt – Vielfalt der Zeiten. Repräsentative Bevölkerungsbefragung Hauptstadt Berlin. Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen von Berlin.
- Kurz-Scherf, Ingrid, Breil, Gisela (Hrsg.) (1987): Wem gehört die Zeit? Hamburg: VSA.
- Kutsch, Thomas, Vilmar, Fritz (Hrsg.) (1983): Arbeitszeitverkürzung. Ein Weg zur Vollbeschäftigung? Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kuzmics, Helmut, Mörth, Ingo (Hrsg.) (1991): Der unendliche Prozeß der Zivilisation. Zur Kulturosoziologie der Moderne nach Norbert Elias. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Lange, Hellmuth (1998): Das ökologische Potential der automobilen Lebensweise als Funktion der Zeit. In: Rinderspacher, J. P. (Hrsg.), Zeit für die Umwelt. Handlungskonzepte für eine ökologische Zeitverwendung. Berlin: edition sigma, S. 149-176.
- Lehmann, Matthias (1975): Zur Theorie der Zeitpräferenz. Ein Beitrag zur mikroökonomischen Kapitaltheorie. Berlin: Duncker & Humblot.
- Lehndorff, Steffen (1998): From collective to individual reductions of working time in the European Union. In: Transfer – European Review of Labour and Research No. 4/1998, S. 598-620.

- Linder, Steffan B. (1973): Das Linder-Axiom oder warum wir keine Zeit mehr haben. Gütersloh: Bertelsmann.
- Lippe, Rudolf zur (1975): Bürgerliche Subjektivität: Autonomie als Selbsterstörung. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Loewenstein, Bedrich (1990): Der Entwurf der Moderne. Vom Geist der bürgerlichen Gesellschaft und Zivilisation. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- Lüdtke, Alf (1980): Arbeitsbeginn, Arbeitspausen, Arbeitsende. In: Huck, G. (Hrsg.), Sozialgeschichte der Freizeit. Wuppertal: Hammer, S. 95-122.
- Lüdtke, Hartmut (1995): Zeitverwendung und Lebensstile. Empirische Analysen zu Freizeitverhalten, expressiver Ungleichheit und Lebensqualität in Westdeutschland. Marburger Beiträge, Marburg: Universität Marburg.
- Luhmann, Niklas (1998): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, (1992): Beobachtungen der Moderne. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lutz, Burkhard (1975): Krise des Lohnanreizes. Frankfurt, Köln: EVA.
- MAGS (Ministerium für Arbeit und Soziales NRW) (Hrsg.) (1998): Arbeitszeit und Strukturwandel. Düsseldorf.
- Mattner, Andreas (1988): Sonn- und Feiertagsrecht. Berlin usw.: de Gruyter.
- Maurer, Andrea (1992): Alles eine Frage der Zeit. Die Zweckrationalisierung von Arbeitszeit und Lebenszeit. Berlin: edition sigma.
- Möhwald, Ulrich (1991): Keine Zeit für Familie – Zeitliche Aspekte der japanischen Familie. In: Japanstudien. Jahrbuch des Instituts für Japanstudien der P.-F.-von-Siebold-Stiftung. Bd. 2, 1990. München: Iudicium, S. 147-176.
- Moles, Abraham (1979): The Future Oriented Society. Axioms and Methodology. In: Futures 6, S. 312-326.
- Mückenberger, Ulrich (1999): Kein Werktag, kein Sonntag – Tertium datur. In: Fürstenberg, F., Herrmann-Stojanov, I., Rinderspacher, J. P. (Hrsg.), Der Samstag. Über Entstehung und Wandel einer Zeitinstitution. Berlin: edition sigma, S. 247-266.
- Mückenberger, Ulrich (Hrsg.) (1998): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen Gestaltungsfeld. Bremen: Temmen.
- Müller, Hans-Peter, Schmidt, Michael (Hrsg.) (1995): Sozialer Wandel. Modellbildung und theoretische Ansätze. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Müller-Wichmann, Christiane (1984): Zeitnot. Untersuchungen zum „Freizeitproblem“ und seiner pädagogischen Zugänglichkeit. Weinheim, Basel: Beltz.
- Müller-Wichmann, Christiane (1986): Pro und Contra 7-Stunden-Tag. Gutachten für die Industrieergewerkschaft Metall. Berlin.
- Münch, Paul (1998): Lebensformen in der Frühen Neuzeit. 1500 bis 1800. Berlin: Ullstein.
- Mutz, Gerhard (1999): Strukturen einer Neuen Arbeitsgesellschaft. Der Zwang zur Gestaltung der Zeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 9, S. 3-11.
- Nährstedt, Wolfgang (1980): Über die „Freizeitgesellschaft“ zu einer „freien“ Gesellschaft? Grundlagen für eine Gesellschaftstheorie. Zur Kritik eines forschungsrelevanten gesellschaftlichen Tabus. In: Herausgebergruppe Freizeit: Freizeit in der Kritik. Alternative Konzepte zur Freizeit- und Kulturpolitik. Köln: Pahl-Rugenstein, S. 21-54.
- Nassehi, Armin (1993): Die Zeit der Gesellschaft. Auf dem Weg zu einer soziologischen Theorie der Zeit. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Nassehi, Armin (1998): Die „Welt“-Fremdheit der Globalisierungsdebatte. Ein phänomenologischer Versuch. In: Soziale Welt, Nr. 2, S. 151-166.
- Neumann, Manfred (1990): Zukunftsperspektiven im Wandel. Tübingen: Mohr.
- Neumark, Fritz (1964): Wandlungen in den Auffassungen vom Volkswohlstand. Frankfurt/M.: Klostermann.

- Noll, Heinz-Herbert (1999): *New Structures of Inequality. Some Trends of Social Change in Modernized Societies.* Veröffentlichungen des Wissenschaftszentrum Berlin, FS III 99-405. Berlin.
- Nover, S. U. (1994): *Flexibilisierung im Freizeitpark. Von kollektiver zu individualisierter Arbeits- und Freizeit?* Unveröffentlichte Diplomarbeit. Universität Dortmund.
- Nowotny, Helga (1989): *Eigenzeit. Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls.* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Nuß, Simeon (1996): *Der Streit um den Sonntag. Der Kampf der katholischen Kirche in Deutschland von 1869 bis 1992 für den Sonntag als kollektive Zeitstruktur.* Idstein: Komzi.
- Offe, Claus (1986): *Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politisches Gütekriterium.* In: Berger, J. (Hrsg.), *Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren.* Soziale Welt, Sonderband 4, S. 97-118.
- Offe, Claus, Heinze, Rolf G. (1990): *Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring.* Frankfurt/M., New York: Campus.
- Opaschowski, Horst (1997): *Deutschland 2000. Wie wir morgen leben – Voraussagen der Wissenschaft zur Zukunft unserer Gesellschaft.* Hamburg: BAT.
- Osterdiekhoff, Georg W. (1992): *Traditionales Denken und Modernisierung. Jean Piaget und die Theorie der sozialen Evolution.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Otto, Karl A. (1990): *Wieviel wurde in unterschiedlichen Epochen gearbeitet?* In: König, H., v. Greiff, B., Schauer, H. (Hrsg.), *Sozialphilosophie der industriellen Arbeit.* Leviathan-Sonderheft 11, S. 51-76.
- Paul, Johann (1987): *Alfred Krupp und die Arbeiterbewegung.* Düsseldorf: Schwann.
- Peter, M. (1994): *Time for work, time for play. Relations between work and leisure in the early modern period.* Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 81, S. 305-338.
- Petterson, Gisela (Hrsg.) (1990): *Zeit-Puzzle. Modell Schweden. Arbeitszeit und Familienpolitik.* Hamburg: VSA.
- Pöls, Werner (Hrsg.) (1988): *Deutsche Sozialgeschichte 1815–1870.* München: Beck.
- Postan, M. M. (1972): *The Medieval Economy and Society. An Economic History of Britain in the Middle Ages.* Harmondsworth: Penguin.
- Priddat, Birger P. (1993): *Zufall, Schicksal, Irrtum. Über Unsicherheit und Risiko in der ökonomischen Theorie vom 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert.* Marburg: Metropolis.
- Priddat, Birger P. (1995): *Rational Choice. Hermeneutik und Systemtheorie. Ein Beitrag zur Subjektivierung des Akteurs auf Null.* In: *Sociologia Internationalis* Nr. 1/2, S. 127-145.
- Priller, Eckhard, Zimmer, Annette, Anheier, Helmut K. (1999): *Der Dritte Sektor in Deutschland. Entwicklungen, Potentiale, Erwartungen.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 9, S. 12-21.
- Promberger, Markus, Rosdächer, Jörg, Seifert, Hartmut, Trinczek, Rainer (1997): *Weniger Geld, kürzere Arbeitszeit, sichere Jobs? Soziale und ökonomische Folgen beschäftigungssichernder Arbeitszeitverkürzungen.* Berlin: edition sigma.
- Rapp, Friedrich (1992): *Fortschritt. Entwicklung und Sinngehalt einer philosophischen Idee.* Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- Recktenwald, Horst C. (1988): *Die Klassik der ökonomischen Wissenschaft.* In: Issing, O. (Hrsg.), *Geschichte der Nationalökonomie.* München: Vahlen, S. 49-72.
- Reheis, Fritz (1998): *Der Langsame wird gewinnen. Plädoyer für eine fundamentale Zeitpolitik.* In: *Politische Ökologie*, Nr. 57/58, S. 91-93.
- Reichel, Peter (1992): *Protest und Prophetie vor 1933.* In: *Merkur*, Nr. 9/10, S. 763-781.
- Rieger, E. (1992): *Die Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaates.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rinderspacher, Fritz (1935): *Die besondere Bedeutung der Arbeitszeitfrage für das Landarbeiterproblem.* Inauguraldissertation, Heidelberg.
- Rinderspacher, Jürgen P. (1985): *Gesellschaft ohne Zeit. Individuelle Zeitverwendung und soziale Organisation der Arbeit.* Frankfurt/M., New York: Campus.

- Rinderspacher, Jürgen P. (1987): Auf dem Weg in die Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft? In: Hesse, J. J., Zöpel, Chr. (Hrsg.), *Neuorganisation der Zeit*. Baden-Baden: Nomos, S. 97-124.
- Rinderspacher, Jürgen P. (1988): Wege der Verzeitlichung. In: Henckel, D. (Hrsg.), *Arbeitszeit, Betriebszeit, Freizeit*. Stuttgart usw.: Kohlhammer, S. 23-66.
- Rinderspacher, Jürgen P. (1990a): Arbeit, Freizeit, Natur – Überlegungen zu umweltverträglichen Zeitbudgets. In: Fricke, W. (Hrsg.), *Jahrbuch Arbeit und Technik 1990*. Bonn: Dietz, S. 93-104.
- Rinderspacher, Jürgen P. (1990b): Arbeit und Zeitpolitik. Über die Schwierigkeit, Arbeitsproduktivität in Zeitwohlstand zu verwandeln. In: König, H., v. Greiff, B., Schauer, H. (Hrsg.), *Sozialphilosophie der industriellen Arbeit*. Leviathan-Sonderheft Nr. 11, S. 431-448.
- Rinderspacher, Jürgen P. (1996): Zeitinvestitionen in die Umwelt. In: ders., *Zeit für die Umwelt*. Berlin: edition sigma, S. 69-130.
- Rinderspacher, Jürgen P. (1997a): Was ist los mit der Zukunft? Fernorientierung im Umbruch. In: Becker, U., Fischbeck, H. J., Rinderspacher, J. P. (Hrsg.), *Zukunft. Über Konzepte und Methoden zeitlicher Fernorientierung*. Bochum: SWI, S. 11-30.
- Rinderspacher, Jürgen P. (1997b): Zeitpolitik. Gegenstand, Gestaltbarkeit, Akteure. In: *Stadtträume und Zeitpolitik. Informationen zur Raumentwicklung* Nr. 10, S. 677-690.
- Rinderspacher, Jürgen P. (1998a): „Riskante Freiheiten“ – Elf Thesen zu den Tendenzen der Arbeitszeitentwicklung in den 90er Jahren. In: Bierter, W., v. Winterfeld, U. (Hrsg.), *Zukunft der Arbeit – Welcher Arbeit?* Berlin usw.: Birkhäuser, S. 84-97.
- Rinderspacher, Jürgen P. (1998b): Das Zeitkonto als Zeitproblem. Überlegungen zur Haltbarkeit von Langzeitkonten. In: Klenner, Chr., Seifert, H. (Hrsg.), *Zeitkonten – Arbeit à la carte?* Hamburg: VSA, S. 27-52.
- Rinderspacher, Jürgen P. (1999): Der freie Samstag. Ein Phänomen als Untersuchungsgegenstand. In: Fürstenberg, F., Herrmann-Stojanov, I., Rinderspacher, J. P. (Hrsg.), *Der Samstag. Über Entstehung und Wandel einer Zeitinstitution*. Berlin: edition sigma, S. 17-68.
- Rinderspacher, Jürgen P. (2000a): Auf dem Weg in bessere Zeiten? Modernisierung zwischen Zeitsouveränität und Marktanpassung. In: Hildebrandt, E. (Hrsg.), *Reflexive Lebensführung*. Berlin: edition sigma (im Erscheinen).
- Rinderspacher, Jürgen P. (2000b): Zeitdarwinismus oder Zeitpolitik? Der Wert der Beschleunigung in der Zivilgesellschaft. In: Schweidler, W. (Hrsg.), *Werte im 21. Jahrhundert – Wer bestimmt die Richtung?* Baden-Baden: Nomos (im Erscheinen).
- Ritter, Gerhard A., Kocka, Jürgen (1982): *Deutsche Sozialgeschichte 1870–1914. Dokumente und Skizzen*. 3. Aufl. München: Beck.
- Rohbeck, Johannes (1990): Turgot als Geschichtsphilosoph. In: Rohbeck, J., Steinbrügge, L., Turgot. Über die Fortschritte des menschlichen Geistes. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 7-90.
- Rosdücher, Jörg.; Seifert, Hartmut (1994): Temporäre Arbeitszeitverkürzungen zur Beschäftigungssicherung. Ein neuer beschäftigungspolitischer Ansatz? In: *WSI-Mitteilungen* 47, S. 744-752.
- Rucht, Dieter (1994): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Saage, Richard (Hrsg.) (1992): *Hat die politische Utopie eine Zukunft?* Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- Sachße, Christoph, Engelhardt, H. Tristram (Hrsg.) (1990): *Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Sahlins, Marshall (1974): *Stone Age Economics*. London: Tavistock.
- Sandbothe, Mike (1998): *Die Verzeitlichung der Zeit. Grundtendenzen der modernen Zeitdebatte in Philosophie und Wissenschaft*. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- Sauer, Walter (Hrsg.) (1984): *Der dressierte Arbeiter. Geschichte und Gegenwart der industriellen Arbeitswelt*. München: Beck.

- Schaaff, Herbert (1991): Kritik der eindimensionalen Wirtschaftstheorie: Zur Begründung einer ökologischen Glücksökonomie. Frankfurt/M.: Thun.
- Schauer, Hellmut (1993): Europäische Dimensionen der Tarifpolitik in der Sozialstaatskrise. In: Negt, O. (Hrsg.), Die Zweite Gesellschaftsreform. Marburg: Steidel, S. 65-78.
- Scherhorn, Gerhard (1995): Güterwohlstand versus Zeitwohlstand – Über die Unvereinbarkeit des materiellen und des immateriellen Produktivitätsbegriffs. In: Biervert, B., Held, M. (Hrsg.), Zeit in der Ökonomik. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 47-168.
- Scherhorn, Gerhard, Dahm, Patricia (1999): Produktivität im Konsum. Eine empirische Untersuchung zu Eigenarbeit und Bürgerarbeit. Schlußbericht über ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt. Düsseldorf (HBS).
- Scherhorn, Gerhard, Reisch, Lucia. A. (1998): Ich wär so gern ein Zeitmillionär. In: Politische Ökologie, Nr. 57/58, S. 52-56.
- Scheuch, Ernst K. (1977): Soziologie der Freizeit. In: Scheuch, E. K., Scherhorn, G. (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung. Bd. 11, Freizeit-Konsum. Stuttgart: Enke.
- Schluchter, Wolfgang (1988): Religion und Lebensführung. Studien zu Max Webers Religions- und Herrschaftssoziologie, Bd. II. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schmidt, V. (1992): Soziale Differenzierung und die Wandlung der Arbeitszeitbedarfe. In: Raehlmann, I., Meiners, B., Glanz, A., Funder, M. (Hrsg.), Alles unter einem Hut? Arbeits- und Lebenszeit von Frauen in der „Dienstleistungsgesellschaft“. Hamburg: VSA, S. 38-53.
- Schmugge, Ludwig (1987): Feste feiern wie sie fallen – das Fest als Lebensrhythmus im Mittelalter. In: Hugger, P. (Hrsg.), Stadt und Fest. Zur Geschichte und Gegenwart europäischer Festkultur. Stuttgart: Poeschel, S. 61-88.
- Schneeweiss, C. (Hrsg.) (1992): Kapazitätsorientiertes Arbeitszeitmanagement. Heidelberg: Physika.
- Schneider, Michael (1982): Von der Deflations- zur Arbeitsbeschaffungspolitik in der Krise der 30er Jahre. Aspekte eines internationalen Vergleichs. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 2, S. 65-73.
- Schneider, Michael (1984): Streit um Arbeitszeit. Geschichte des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung in Deutschland. Köln: Bund.
- Schüle, Johann A. (1987): Theorie der Institution. Eine dogmengeschichtliche und konzeptionelle Analyse. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schulze Buschhoff, Karin (1997): Arbeitszeiten – Wunsch und Wirklichkeit in Ost- und Westdeutschland. Veröffentlichungen des Wissenschaftszentrum Berlin, FS III 97-410. Berlin.
- Schumann, Jochen (1988): Wohlfahrtsökonomik. In: Issing, O. (Hrsg.), Geschichte der Nationalökonomie. München: Vahlen, S. 169-190.
- Schupp, Jürgen (1994): Teilzeitbeschäftigung im sozialen Wandel. Längsschnittdaten und handlungstheoretische Fundierung. Inauguraldissertation, Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Bochum.
- Seifert, Hartmut (1989): Sozialverträgliche Arbeitszeitgestaltung. Ein neues Konzept der Arbeitszeitpolitik? In: WSI-Mitteilungen 42, S. 670-681.
- Seyfarth, Constans (1973): Protestantismus und gesellschaftliche Entwicklung: Zur Reformulierung eines Problems. In: Seyfarth, C., Sprondel, W. M., Seminar: Religion und gesellschaftliche Entwicklung. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 338-366.
- Smith, Adam (1973): Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes (Wealth of Nations), hrsg. v. H. Meixner und M. Turban, nach der 4. Aufl. London 1786. Gießen: Achenbach.
- Stihler, Ariane (1998): Die Entstehung des modernen Konsums. Darstellung und Erklärungsansätze. Berlin: Duncker & Humblot.
- Stolz-Willig, Brigitte (1992): Leben – nicht nur arbeiten. Tarifpolitik für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. kda (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) 31, S. 5-6.

- Stolz-Willig, Brigitte (1995): Sozialverträgliche Arbeitszeiten und Geschlechterverhältnisse. In: Büsing, A., Seifert, H. (Hrsg.), Sozialverträgliche Arbeitszeitgestaltung. München und Mering: Rainer Hampp, S. 119-134.
- Strümpel, Burkhard (1977): Die Krise des Wohlstands. Stuttgart: Kohlhammer.
- Tenbruck, Friedrich (1989): Die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft. Der Fall Moderne. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Teriet, Bernhard (1976): Neue Strukturen der Arbeitszeitverteilung. Göttingen: Schwartz.
- Thamer, Hans-Ulrich (1988): Faszination und Manipulation. Die Nürnberger Reichsparteitage der NSDAP. In: Schultz, U. (Hrsg.), Das Fest. Eine Kulturgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. München: Beck, S. 352-368.
- Thompson, E. P. (1967): Time, Work Discipline and Industrial Capitalism. In: Past & Present, No. 38, S. 56-97.
- Thompson, E. P. (1968): The Making of the English Working Class. Harmondsworth: Penguin.
- Trommsdorff, Gisela (1994): Zukunft als Teil individueller Handlungsorientierungen. In: Holst, E., Rinderspacher, J. P., Schupp, J. (Hrsg.), Erwartungen an die Zukunft. Zeithorizonte und Wertewandel in der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 45-76.
- Voß, Gerd-Günter (1991): Lebensführung als Arbeit. Über die Autonomie der Person im Alltag der Gesellschaft. Stuttgart: Enke.
- Voß, Gerd-Günter (2000): Entgrenzte Arbeitszeit – reflexive Lebenszeit. Die Zeiten des Arbeitskraftunternehmers. In: Hildebrandt, E. (Hrsg.), Reflexive Lebensführung. Berlin: edition sigma (im Erscheinen).
- Voß, Gerd-Günter, Pongratz, Hans J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 1, S. 131-158.
- Voßkamp, Wilhelm (Hrsg.) (1985): Utopieforschung, Bd. I-III. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Wagner, D. (1993): Arbeitszeit und Wertewandel. In: Marr, R. (Hrsg.), Arbeitszeitmanagement. Berlin: Erich Schmidt, S. 299-321.
- Waldenfels, Bernhard (1999): Sinnesschwellen. Studien zur Phänomenologie des Fremden, Bd. 3. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Weiß, Johannes (1998): Die Zweite Moderne. In: Soziologische Revue, Nr. 4, S. 415-426.
- Weisser, Gerhard (1960): Soziale Sicherheit für alle. In: Wo ist Sicherheit? SDR-Sendereihe, hrsg. v. J. Schlemmer. Stuttgart: Kröner.
- Wendorff, Rudolf (1989): Zeitbewußtsein in Entwicklungsländern. In: ders., Im Netz der Zeit. Menschliches Zeiterleben interdisziplinär. Stuttgart: Hirzel, S. 105-117.
- Wendorff, Rudolf (1993): Tag und Woche, Monat und Jahr. Eine Kulturgeschichte des Kalenders. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wienecke, Werner A. (1992): Die Bedeutung der Zeit in Afrika. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Wienhöfer, Elmar, Kastenholz, Hans (1999): Diskursive Verständigung und Politikberatung. In: Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Jahrbuch 1998, S. 46-55.
- Winch, Donald (1985): Das Aufkommen der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft 1750–1870. In: Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3. Hrsg. v. C. M. Cipolla, dtsh. Ausgabe K. Borchart. Stuttgart, New York: G. Fischer, S. 333-378.
- Wohlrab-Sahr, Monika (1992): Über den Umgang mit biographischer Unsicherheit – Implikationen der „Modernisierung der Moderne“. In: Soziale Welt, Nr. 2, S. 217-236.
- Wotschak, Philip (1998): Moderne Zeitstrukturen und soziale Ungleichheit. In: Widerspruch, 18. Jg., Nr. 36, S. 173-178.
- Yie, Nam-Bock (1986): Wertewandel und Arbeitswelt in der Republik Korea 1945–1984. Bochum: Brockmeyer.

- Zapf, Wolfgang (1990): Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: ders. (Hrsg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 23-39.
- Zapf, Wolfgang (Hrsg.) (1969): Theorien des sozialen Wandels. Köln, Berlin: Kiepenheuer.
- Zapf, Wolfgang (Hrsg.) (1990): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Zapf, Wolfgang, Breuer, Sigrid, Hampe, Jürgen et al. (1987): Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. München: Beck.
- Zierke, Irene (1999): Zur alltagskulturellen Bedeutung des Samstags in der DDR. In: Fürstenberg, F., Herrmann-Stjanov, I., Rinderspacher, J. P. (Hrsg.), Der Samstag. Über Entstehung und Wandel einer modernen Zeitinstitution. Berlin: edition sigma, S. 165-204.
- Zimmer, Annette (Hrsg.) (1992): Vereine heute - zwischen Tradition und Innovation. Basel usw.: Birkhäuser.
- Zinn, Karl Georg (1999): Systemstabilität und ordnungspolitischer Wandel des Kapitalismus - Die soziale Marktwirtschaft als politisches Kabinettstückchen. In: Elsner, W., Engelhardt, W. W., Glastetter, W. (Hrsg.), Ökonomie in gesellschaftlicher Verantwortung. Sozialökonomik und Gesellschaftsreform heute. Berlin: Duncker & Humblot, S. 163-192.
- Zühlke-Robinet, Klaus (1997): Arbeitszeitverkürzung und betriebliche Arbeitszeitflexibilisierung seit 1985 - eine Literaturstudie. Graue Reihe des Instituts für Arbeit und Technik (IAT), Gelsenkirchen.

Papers der Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

- P98-501 Jürgen Blazejczak, Eckart Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner: Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.
- P99-501 IG Metall/WZB: Gewerkschaften und Ökologie. Forschungs- und Betriebsprojekte zu nachhaltiger Entwicklung (Dokumentation). Redaktion: Joachim Beerhorst/Anneli Rüling, 58 S.
- P99-502 Eckart Hildebrandt: Arbeit und Nachhaltigkeit, 39 S.
- P99-503 Felix Beutler, Jörg Brackmann: Neue Mobilitätskonzepte in Deutschland – Ökologische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven, 80 S.
- P99-504 Volker Hielscher: Gewerkschaftsarbeit im Wohngebiet: Eine Antwort auf neue Herausforderungen der Gewerkschaften?, 29 S.
- P99-505 Sebastian Brandl, Ulli Lawatsch: Vernetzung von betrieblichen Interessenvertretungen entlang der Stoffströme – Alternativen zu dezentralisierten, den einzelnen Betrieb betreffenden Formen der Interessenvertretung, 46 S.
- P99-506 Carroll Haak, Günther Schmid: Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?, 44 S.
- P99-507 Eckart Hildebrandt: Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, 38 S.
- P99-508 Weert Canzler, Andreas Knie: Neue Mobilitätskonzepte: Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen, 33 S.
- P99-509 Elisabeth Redler: Eigenarbeits- und Reparaturzentren – ökologische Qualität der Eigenarbeit, 36 S.
- P99-510 Ulrike Schumacher: Zwischen Ausgrenzung und neuen Potentialen – Die Modernisierung ehrenamtlicher Arbeit und der individuelle Mix von Tätigkeiten am Beispiel des Engagements in Berliner Umweltschutzorganisationen, 59 S.
- P99-511 Thomas Ritt: Die Beschäftigungsfelder im Umweltschutz und deren Veränderung, 41 S.
- P99-512 Frank Kleemann, Ingo Matuschek, G. Günter Voß: Zur Subjektivierung von Arbeit, 50 S.
- P00-501 Frank H. Witt, Christoph Zydorek: Informations- und Kommunikationstechnologien – Beschäftigung, Arbeitsformen und Umweltschutz, 59 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie bitte unbedingt einen an Sie adressierten **Aufkleber** mit, sowie **je Paper** eine **Briefmarke im Wert von DM 1,00** oder einen "**Coupon Réponse International**" (für Besteller aus dem Ausland).

Please send a **self-addressed label** and **postage stamps in the amount of 1 DM** or a "**Coupon-Réponse International**" (if you are ordering from outside Germany) for **each** WZB-Paper requested.

Bestellschein

Order Form

Absender • Return Address:

An das
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
PRESSE- UND INFORMATIONSREFERAT
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

*Hiermit bestelle ich folgende(s)
Discussion Paper(s):*

*Please send me the following
Discussion Paper(s):*

Autor(en) / Kurztitel • Author(s) / Title(s) in brief	Bestellnummer • Order no.

